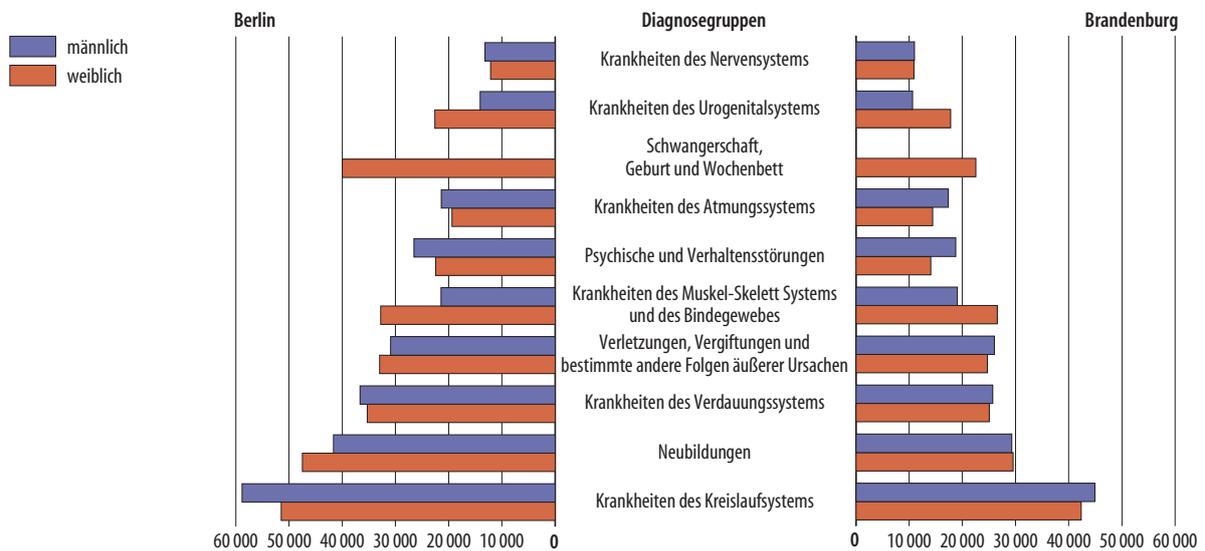


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

1 2008

Aus Krankenhäusern entlassene vollstationäre Behandlungsfälle in den Ländern Berlin und Brandenburg 2005 nach den häufigsten Diagnosegruppen und dem Geschlecht



Krankenhausstatistik im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg



Wie entwickelten sich die Steuereinnahmen der Kommunen des Landes Brandenburg?

EU-Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Unternehmen

Unternehmen und Betriebe in der Region Berlin-Brandenburg im Jahr 2006

Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...



Wirtschaft im Überblick



6 ... aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

September 2007: Bevölkerungszahl Berlins steigend

September 2007: Bevölkerung im Land Brandenburg sinkend

Erwerbstätigenrechnung

Jahr 2007: Beschäftigungsrekord in der Region Berlin-Brandenburg

2007: In der Region Berlin-Brandenburg über 79 Millionen Arbeitsstunden mehr geleistet

Verarbeitendes Gewerbe

November 2007: Brandenburger Industrie setzt Umsatzsteigerung fort

November 2007: Brandenburger Auftragslage weiterhin positiv

November 2007: Verstärkte Inlandsnachfrage nach Berliner Erzeugnissen

November 2007: Berliner Industrie auch mit Umsatzwachstum

Bauhauptgewerbe

November 2007: Brandenburger Baugewerbe mit Auftragssteigerung

Einzelhandel

November 2007: Berliner Einzelhandel 1,3 Prozent mehr Umsatz

November 2007: Brandenburger Einzelhandel 0,3 Prozent weniger Umsatz

Tourismus

November 2007: Brandenburg-Tourismus mit starkem Gästezuwachs

Verkehr

2007: Rückgang der Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge in Berlin

2007: Starker Rückgang der Neuzulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge in Brandenburg

12 ... aus Deutschland

Preise

2007: Verbraucherpreise gegenüber 2006 +2,2 Prozent

Handel

2007: Großhandel im fünften Jahr in Folge mit Umsatzzuwachs

Bevölkerung

2007: Bevölkerungsrückgang erwartet

Verdienste

2007: Tarifverdienste stärker gestiegen als in den Vorjahren

Bruttoinlandsprodukt

2007: Deutsche Wirtschaft mit robustem Wachstum

16 ... aus Europa

Haushalterhebungen

2006: LEBEN IN EUROPA – EU-Armuts-Indikatoren für Deutschland

Produzierendes Gewerbe

November 2007: Auftragseingänge in der Eurozone um 2,7 Prozent gestiegen

Handel

Drittes Quartal 2007: EU verzeichnet Leistungsbilanzdefizit von 17,2 Mrd. EUR

18 Berlin Oktober 2007

Die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 18,0 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden lag bei den Beschäftigten eine leicht fallende Tendenz vor. Der Umsatz war langfristig steigend. Der Auftragseingangsindex des Verarbeitenden Gewerbes hatte eine stark steigende Tendenz. Für das Berliner Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten eine gleichbleibende und beim baugewerblichen Umsatz eine fallende Entwicklung bei einem sehr positiven Auftragseingang erkennbar. Beim Einzelhandel entwickelte sich die Messzahl der Beschäftigten positiv und die des nominalen Umsatzes etwa gleichbleibend. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz. Die Berliner Ausfuhren stiegen weiter kontinuierlich an, während sich bei den Einfuhren eine Trendwende andeutete. Im Tourismus war eine insgesamt sehr positive Tendenz erkennbar. Die Inflationsrate lag bei +2,3 Prozent – Tendenz steigend.

22 Brandenburg Oktober 2007

Im Oktober 2007 betrug die brandenburgische Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,9 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein stabiler Anstieg nur beim Auftragseingang vorhanden. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz leicht, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen weiterhin an, zeigten aber seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine leicht nachlassende Tendenz. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der langfristig-steigende Trend an. Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben waren stark fallend. Die Inflationsrate lag im Oktober 2007 bei 2,4 Prozent – Tendenz steigend.

Aufsätze

26 Krankenhausstatistik
im Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg

Die im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erhobenen Daten ermöglichen die Bereitstellung detaillierter Informationen über die Struktur und das Leistungsangebot der stationären Versorgung in den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen der Region Berlin-Brandenburg. Anhand der Ergebnisse aus dem Jahr 2006 wird deutlich, welches Potenzial an Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen einschließlich des darin beschäftigten Personals für die medizinische Versorgung vorhanden ist. Angaben über die im Jahr 2005 aus stationärer Behandlung Entlassenen, aufgeschlüsselt nach Diagnosegruppen, zeigen, welche Krankheiten am häufigsten in den Einrichtungen behandelt werden mussten.

34 Wie entwickelten sich
die Steuereinnahmen
der Kommunen
des Landes Brandenburg?

Die Steuereinnahmen der Kommunen setzen sich aus der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, den jeweiligen Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie einigen kleineren Verbrauchs- und Aufwandsteuern zusammen. Seit dem Jahr 2000 – dem Zeitraum dieser Betrachtung – war die Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes Brandenburg durch eine starke Schwankung von etwa –11 bis +17 Prozent zum Vorjahreszeitraum gekennzeichnet.

38 EU-Erhebung zur Nutzung von
Informations- und Kommunika-
tionstechnologie in Unternehmen

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien führte im letzten Jahrzehnt zu großen Veränderungen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Bei der vorgestellten Erhebung handelt es sich um eine freiwillige Stichproben-Erhebung ohne Auskunftspflicht. Neben der Erläuterung zum methodischen Konzept werden ausgewählte Ergebnisse aus den neuen Bundesländern (ohne Berlin) zum Berichtsjahr 2006 dieser EU-weiten Erhebung vorgestellt.

42 Unternehmen und Betriebe in
der Region Berlin-Brandenburg
im Jahr 2006

Die Region Berlin-Brandenburg verfügt über ein erhebliches Potenzial an Wirtschaftseinheiten in Form von Unternehmen und Betrieben. Anhand der Gewerbeanzeigenstatistik, den Unterlagen des statistischen Unternehmensregisters und der Insolvenzstatistik wird die Wirtschaftsstruktur der Unternehmen und Betriebe im Jahr 2006, ihr Gewerbegeschehen, die damit verbundene Beschäftigung von Arbeitskräften und der erwirtschaftete Umsatz, aber auch die finanziellen Forderungen bei eingetretener Insolvenz, dargestellt.

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
2. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444
Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Rubriken

- 53** Historisches
Georg Hermann
- 56** Aus der amtlichen Statistik
- 63** Veröffentlichungen
Berlin, Brandenburg

Umschlag-
seite **3**

Karte
Aktive Betriebe 2006 mit
sozialversicherungspflichtig
Beschäftigten 2004 in den
Gemeinden von Brandenburg
und den Ortsteilen von Berlin

4 Karte
Insolvenzen in der Region
Berlin-Brandenburg 2006

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2008

Für nicht gewerbliche Zwecke sind
Vervielfältigung und unentgeltliche
Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet. Die
Verbreitung, auch auszugsweise, über
elektronische Systeme/Datenträger
bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle
übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Ein Jahr Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Bestandsaufnahme und Ausblick

Am 13. Dezember 2005 haben die Länder Berlin und Brandenburg einen Staatsvertrag über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg abgeschlossen. Durch Zusammenlegung des Statistischen Landesamtes Berlin und des Statistikbereichs des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS) wurde zum 1. Januar 2007 das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet. Der Sitz der Anstalt ist in Potsdam. Weitere Standorte befinden sich in Berlin, in Cottbus und – befristet – in Frankfurt (Oder).

Aufgabe des Amtes für Statistik ist es, die den beiden vormaligen Statistikeinrichtungen in Berlin und Brandenburg nach Gesetz oder Vereinbarung übertragenen Aufgaben termingerecht und in hinreichender Qualität zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere alle mit der Erhebung, Aufbereitung, Auswertung, Analyse und Veröffentlichung der EU-, Bundes-, Landes- und Berliner Kommunalstatistik verbundenen Tätigkeiten – immer in der für das jeweilige Land erforderlichen kleinräumigen, regionalen und sachlichen Gliederung.

Die organisatorische Struktur des neuen Amtes wurde im Vorfeld der Fusion geplant, so insbesondere für die fachstatistischen Bereiche die Verteilung der Aufgaben auf die Standorte. Für die Bereiche Informationstechnik und Allgemeine Verwaltung war das nur sehr begrenzt möglich, da die Teilung des LDS Brandenburg nicht vorher realisiert wurde, sondern ebenfalls zum Jahreswechsel 2006/2007.

Was 2007 erreicht werden konnte

Die Zusammenführung der fachstatistischen Aufgaben der beiden Statistischen Landesämter Berlin und Brandenburg ist planmäßig für einen Zeitraum bis Ende 2009 vorgesehen, 2007 konnte bereits die Hälfte der Statistiken an einem Standort zusammengeführt werden. Da die Aufgaben zwischen den Standorten wandern, wechselten die Mitarbeiter/innen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Sachgebiet am selben Standort.

Trotz der Belastungen durch die Fusion konnten die Berichtstermine gegenüber dem Statistischen Bundesamt größtenteils eingehalten werden.

Das Amt ist weiterhin fester Bestandteil des Statistischen Verbundes in Deutschland und hat für die dezentralen Dienstleistungsstatistiken, Statistiken der Abfallwirtschaft und Finanz- und Personalstatistiken, für den Mikrozensus und für die Schulstatistiken die Patenschaft übertragen bekommen. Dieses Patenlandprinzip bedeutet Repräsentation in

nationalen und internationalen Gremien und Veranstaltungen sowie Koordinierung im Hinblick auf fachliche Aufgaben, Prozesse und aktuell auftretende Fragen, wie z.B. gegenüber der Zentralen Datenstelle der Länderfinanzministerien der Finanzministerkonferenz.

Ebenfalls im Rahmen des Statistischen Verbundes hat das Amt für einige Statistiken die zentrale Produktion und Datenhaltung übertragen bekommen. Die Dienstleistungsstatistik-Konjunktur startete im Oktober 2007. Die Umweltstatistik Abfall wird für den nächsten Berichtszeitraum und die Finanz- und Personalstandsstatistiken werden für den Einsatz in 2008 vorbereitet.

Dem Wunsch der Wissenschaft Rechnung tragend, Mikrodaten der amtlichen Statistik in unmittelbarer räumlicher Nähe zu den Instituten und Hochschulen zu analysieren, wurde im Herbst eine neue Außenstelle des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder in Räumen des DIW in Berlin-Mitte eröffnet.

Sofort am 1. Januar 2007 ging die neue Internetpräsenz des Amtes „online“. Neben aktuellen Mitteilungen aus allen Statistiken für die Presse, erscheinen die Ergebnisse der Monatsstatistiken beider Länder zeitnah, ebenso die mittlerweile weit über 300 Statistischen Berichte.

Von Beginn an wurden die Pressemitteilungen zu statistischen Ergebnissen aus Berlin und Brandenburg kontinuierlich herausgegeben. Auch die neue Zeitschrift für amtliche Statistik ist mit sechs Heften herausgegeben worden. Die Statistischen Jahrbücher Berlins und Brandenburgs wurden planmäßig Mitte Dezember der Öffentlichkeit vorgestellt. Zur Kleinen Berlin Statistik kam die Kleine Brandenburg Statistik – beide Broschüren erschienen auch in englischer Sprache. Daneben wurden diverse thematische Broschüren und Faltblätter mit Daten über Berlin und Brandenburg veröffentlicht.

Das Amt spielt eine zentrale Rolle bei Wahlen und Plebisziten im Land Berlin. So hat das Amt 2007 zusammen mit den Bezirkswahlämtern das Volksbegehren „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“ organisiert. Die Leiterin des Amtes ist gleichzeitig stellvertretende Berliner Landeswahlleiterin. Die Geschäftsstelle des Landeswahlleiters ist im Amt angesiedelt.

Zu den weiteren Aufgaben des Amtes gehört die Unterstützung der Bezirkswahlämter bei der Durchführung von Bürgerentscheiden. Dies ist im Jahr 2007 zweimal erfolgreich praktiziert worden und zwar im Januar in Friedrichshain-Kreuzberg und im September 2007 in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Aufgabenplanungen 2008 Erweitertes fachstatistisches Aufgabenspektrum

Das fachstatistische Aufgabenspektrum wird sich 2008 im Wesentlichen dadurch ändern, dass gesetzlich angeordnete Statistiken neu hinzukommen oder wegfallen und bestehende in ihrem Umfang erweitert oder reduziert werden.

Folgende Aufgaben sind im Jahr 2008 neu oder wesentlich erweitert durchzuführen:

- Methodisch-konzeptionelle Vorbereitung des Zensus 2011 auf der Grundlage des Zensusvorbereitungsgesetzes. Aufgrund der sehr verschiedenen Gegebenheiten in Flächenländern und Stadtstaaten sind zwei separate Organisationseinheiten in Potsdam und Berlin vorzusehen.
- Per Gesetz angeordnete erhebliche Erweiterung der Steuerstatistiken.
- Per Gesetz angeordnete Umstellung auf die Wirtschaftszweigklassifikation 2008. Neben umfangreichen Erhebungen zur neuen wirtschaftlichen Zuordnung der Organisationseinheiten sind viele DV-Programme anzupassen und Rückrechnungen durchzuführen, um Langzeit-Ergebnisdarstellungen zu erhalten.
- Per Gesetz angeordnete Erweiterung der Aufgaben des Unternehmensregisters. Aufnahme der landwirtschaftlichen Wirtschaftseinheiten sowie Darstellung von Unternehmensdemografie und Unternehmensgruppen.

Hinzu kommen weitere fachstatistische Aufgabenveränderungen:

- Wegfall der Handwerksberichterstattungen und deren Ersatz durch Registerauswertungen,
- Erweiterung der Berichtskreise im Dienstleistungsbereich (nach EU-Recht),
- Einführung jährlicher Strukturserhebungen in den Bereichen Umwelt und Verarbeitendes Gewerbe zur Abwasser- und Abfallentsorgung (nach EU-Recht).

Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen in Brandenburg

Für die Wahlen zu den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, Wahlen zu den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisangehörigen Städte und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2008 sind Aufgaben zur Unterstützung des Landeswahlleiters Brandenburgs und seiner Geschäftsstelle zu leisten.

Unterstützung bei der Durchführung der Wahlen und Volksentscheide in Berlin

Nach dem Erfolg des Volksbegehrens „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen!“ wird das Amt voraussichtlich im zweiten Quartal 2008 einen Volksentscheid darüber organisieren müssen. Neben der Werbung von 8 000 Wahlhelfern wird das Amt zum Beispiel dafür sorgen, dass

- alle Stimmberechtigten eine Benachrichtigung erhalten,
- vom Stimmzettel bis zur Wahlurne alle notwendigen Materialien vorliegen,
- das Internetangebot des Landeswahlleiters gepflegt wird,
- die Bezirkswahlämter ihre Abstimmungsverzeichnisse führen und Briefwahlunterlagen versenden können und
- am Abend der Abstimmung das Ergebnis ermittelt und zügig im Internet veröffentlicht wird.

Fazit

Das gemeinsame Statistikamt der Länder Berlin und Brandenburg als Anstalt des öffentlichen Rechts ist für beide Länder ein Prototyp und somit war von allen Beteiligten – den Statistikeinrichtungen, den Ministerien, den externen IT-Dienstleistern – viel Neuland zu betreten.

Auch wenn der Integrationsprozess längst nicht abgeschlossen ist, fällt die Bilanz nach einem Jahr Bestehen durchaus positiv aus. Das ist in erster Linie den Mitarbeitern des Statistikamtes Berlin-Brandenburg zu verdanken, die sich vielfach völlig neuen Aufgaben stellen mussten und etliches an Mehrarbeit zu leisten hatten, auch um den deutlichen Personalabbau zu kompensieren.

Potsdam, im Februar 2008



Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Kurz gefasst

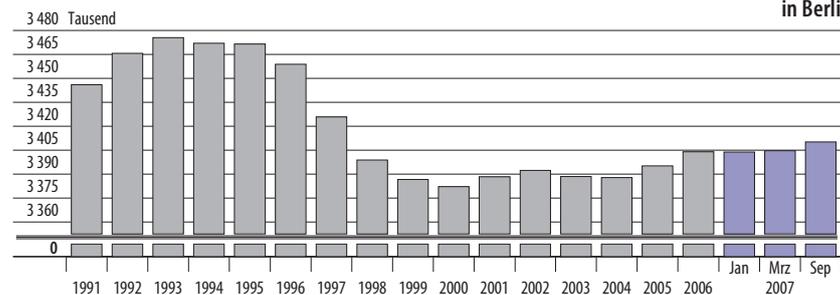
aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung September 2007: Bevölkerungszahl Berlins steigend

Die Bevölkerungszahl Berlins stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 um rund 6 100 auf 3 410 100 Einwohner. Im Jahr 2006 war für den gleichen Zeitraum ein etwas höherer Bevölkerungsgewinn von 7 100 Personen registriert worden. Ende September 2007 lebten in Berlin 474 100 Ausländer, das waren 1 400 mehr als am Jahresanfang.

Im Zeitraum Januar bis September 2007 kamen 22 200 Kinder zur Welt, das waren rund 800 oder 3,9 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2006. Da im Berichtszeitraum ebenso viele Menschen verstorben

sind wie Kinder geboren wurden, war die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung ausgeglichen. Die Bevölkerungszunahme wurde somit ausschließlich durch einen Wanderungsgewinn von 6 100 Personen bestimmt, der insbesondere durch die positive Bilanz mit den neuen Bundesländern ohne das Berliner Umland (6 300 Personen), den alten Bundesländern (3 400 Personen) sowie dem Ausland (1 800 Personen) zustande kam. Gegenüber seinem Umland verlor Berlin rund 5 400 Personen. Im entsprechenden Zeitraum 2006 lag dieser Verlust noch bei 5 800 Personen.



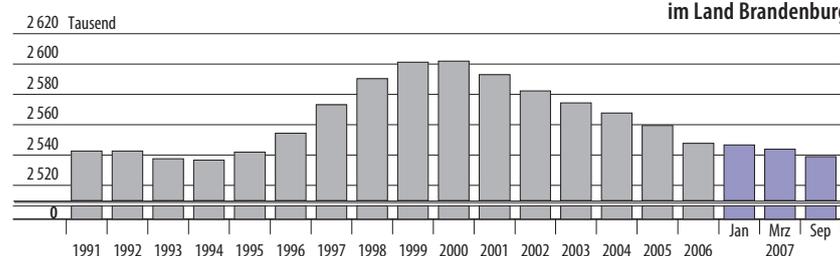
Bevölkerung September 2007: Bevölkerung im Land Brandenburg sinkend

Die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg lag Ende September 2007 bei rund 2 539 100 Personen. Gegenüber dem Stand vom Jahresanfang waren dies 8 700 Personen bzw. 0,3 Prozent weniger. Damit hielt der seit 2001 zu beobachtende Bevölkerungsrückgang auch in den ersten neun Monaten des Jahres 2007 weiter an.

Im Zeitraum Januar bis September 2007 wurden im Land Brandenburg 13 600 lebend geborene Kinder registriert, dies ist ein Anstieg um rund 300 Kinder bzw. 2,5 Prozent im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres 2006. Verstorben sind indes knapp 19 500 Personen, so dass der Sterbeüberschuss (mehr Gestorbene als Lebendgeborene) bei 5 900 Personen lag. Gleichzeitig wurde ein Wanderungsverlust (mehr Fortzüge als Zuzüge) von rund 2 800 Personen ermittelt, der im Vergleichszeitraum des Jahres 2006 mit ca. 3 000

Personen noch etwas höher ausgefallen war. Zugewinne aus der Bundeshauptstadt Berlin sorgten dafür, dass das Minus der Wanderungen über die Landesgrenzen für Brandenburg nicht noch größer ausfiel. Aus Berlin zogen 3 300 Personen mehr nach Brandenburg als in umgekehrter Richtung. Demgegenüber standen Verluste im Wanderaustausch mit den alten Bundesländern (5 500 Personen), den anderen neuen Bundesländern (500 Personen) sowie dem Ausland (100 Personen).

Die Bevölkerungszahl im engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburgs, die im Jahr 2005 die Marke von 1 Million übersprungen hatte, stieg im Verlauf der ersten neun Monate des Jahres 2007 um weitere 6 200 Personen beziehungsweise 0,6 Prozent auf annähernd 1 019 700 Personen. Der übrige Teil Brandenburgs (äußerer Entwicklungsraum) verlor im gleichen Zeitraum dagegen 14 900 Personen und zählte zum Jahresende 1 519 400 Einwohner.



Erwerbstätigenrechnung
Jahr 2007:
Beschäftigungsrekord
in der Region
Berlin-Brandenburg

Die Region Berlin und Brandenburg lag bei der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung im vergangenen Jahr an der Spitze in Deutschland. Die Erwerbstätigenzahl nahm im Jahr 2007 in beiden Ländern zusammen um 55 800 Personen beziehungsweise 2,2 Prozent zu. Damit wurde in etwa wieder das Beschäftigungsniveau des Jahres 2000 erreicht. Von den insgesamt 2 640 200 Erwerbstätigen in der Region Berlin-Brandenburg 2007 entfielen 1 605 600 auf Berlin und 1 034 600 auf Brandenburg. Damit waren 34 100 Personen in Berlin und 21 700 Personen in Brandenburg mehr erwerbstätig als noch im Jahr zuvor. In Berlin hat die Erwerbstätigkeit bereits seit 2004 zugenommen. Im letzten Jahr erreichte Berlin mit einem Anstieg um 2,2 Prozent zum zweiten Mal infolge den Spitzenwert unter allen Bundesländern (2006: +1,7 Prozent). Dieser übertraf sogar den Anstieg im letzten Boomjahr 2000, der bei 1,5 Prozent lag. In Brandenburg legte die Beschäftigung nach jahrelanger überwiegend rückläufiger Entwicklung erst 2007 wieder deutlich zu und eroberte mit 2,1 Prozent zusammen mit Hamburg einen Spitzenplatz unter allen Bundesländern. Bundesweit nahm die Zahl der Erwerbstätigen 2007 um 1,7 Prozent zu (2006: +0,6 Prozent). Dazu trugen die alten und neuen Bundesländer (jeweils ohne Berlin) gleichermaßen (+1,6 Prozent) bei.

Der Beschäftigungsboom 2007 ist hauptsächlich bedingt durch den wirtschaftlichen Aufschwung, der vor allem die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreichte, und zwar in allen Bundesländern. Brandenburg lag hierbei insbesondere durch die in der ersten Jahreshälfte erreichten Rekordwerte an der Spitze in Deutschland, schon bald gefolgt von Berlin. Im Vergleich zu den voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war die Zunahme der marginalen Beschäftigungsverhältnisse in Berlin und Brandenburg nur noch schwach, die Zahl der Ein-Euro-Jobs sogar rückläufig. Positiv beeinflusst wurde die Erwerbstätigkeit weiterhin vom Zuwachs der Selbstständigen.

Die Beschäftigungsentwicklung verlief 2007 in den Wirtschaftsbereichen in Berlin und Brandenburg unterschiedlich. Während sich in Berlin die Arbeitsplatzsituation im Produzierenden Gewerbe kaum

geändert hat, verbesserte sie sich in Brandenburg um über 4 Prozent – wie in keinem anderen Bundesland. Zwar stieg in beiden Ländern erstmals wieder seit Mitte der neunziger Jahre die Beschäftigung im Baugewerbe sogar überdurchschnittlich, doch wurde dieser Anstieg in Berlin durch fortgesetzten Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe fast kompensiert. Dagegen gab es im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe einen Beschäftigungsboom, wie er hier und auch in den anderen Bundesländern noch nie erreicht wurde. Auch an der nach vielen Jahren in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei in Deutschland wieder gestiegenen Beschäftigung partizipierte Brandenburg am stärksten (+2,8 Prozent). Zusätzliche Arbeitsplätze wurden in beiden Ländern in den Dienstleistungsbereichen geschaffen, in Berlin mit 2,5 Prozent deutlich mehr und in Brandenburg mit 1,5 Prozent etwas weniger als im Durchschnitt der Bundesländer (+1,8 Prozent). In beiden Ländern ging der Beschäftigungszuwachs vor allem von den unternehmensnahen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassungen – der Zeitarbeit – aus. Dagegen fiel der Zuwachs im Handel, Gastgewerbe und Verkehr in Berlin deutlich höher aus als in Brandenburg. Auch bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungsunternehmen stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin stärker als in Brandenburg. Gedämpft wurde der Anstieg allerdings durch weiteren Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung beider Länder sowie im Bereich Erziehung und Unterricht Brandenburgs.

Im Ergebnis der unterschiedlichen Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen hat sich 2007 die Wirtschaftsstruktur in Berlin weiter zugunsten der Dienstleistungsbereiche verändert. Betrug deren Anteil an allen Erwerbstätigen in Berlin im Jahr 2000 noch 81,4 Prozent, so lag er 2006 bei 86,0 Prozent und stieg im vergangenen Jahr weiter auf 86,3 Prozent. In Brandenburg sank 2007 der Dienstleistungsanteil im gleichen Zeitraum leicht ab infolge des überdurchschnittlichen Anstiegs im Produzierenden Gewerbe von 73,8 Prozent 2006 auf 73,4 Prozent (2000: 68,9 Prozent). Diese vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ ermittelten Zahlen stellen erste vorläufige Ergebnisse auf der Grundlage kurzfristig verfügbarer, aber noch unvollständiger Daten für das Jahr 2007 dar.

Erwerbstätige in Berlin und Brandenburg 2007
nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			Veränderung 2007 zu 2006		
	Berlin	Brandenburg	Berlin-Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin-Brandenburg
	Personen in 1 000			%		
Insgesamt	1 605,6	1 034,6	2 640,2	2,2	2,1	2,2
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei ...	5,2	37,7	42,9	2,8	2,8	2,8
Produzierendes Gewerbe	214,5	237,9	452,3	0,1	4,2	2,2
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	129,4	128,6	258,0	-0,9	6,3	2,6
Baugewerbe	72,1	94,1	166,2	2,2	2,4	2,3
Dienstleistungsbereiche	1385,9	759,0	2145,0	2,5	1,5	2,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	373,4	254,0	627,4	2,8	0,8	2,0
Finanzierung, Vermietung und						
Unternehmensdienstleistungen	371,6	148,2	519,8	4,4	5,6	4,8
Öffentliche und private Dienstleister ..	640,9	356,8	997,7	1,2	0,3	0,9

Erwerbstätigenrechnung 2007: In der Region Berlin-Brandenburg über 79 Millionen Arbeitsstunden mehr geleistet

Die Zahl der erwerbstätigen Personen in beiden Ländern zusammen war 2007 – wie bereits im vorherigen Abschnitt ausgeführt – um 55 800 bzw. 2,2 Prozent auf insgesamt 2 640 200 Personen angestiegen. Diese erbrachten insgesamt ein Jahresarbeitszeitvolumen von rund 3 966 Millionen Stunden.

Es ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je Erwerbstätigen. Damit standen der Berliner und Brandenburger Wirtschaft zusammen 79,2 Millionen Arbeitsstunden bzw. 2,0 Prozent mehr als im Jahr zuvor zur Verfügung.

In Berlin lag die Erwerbstätigenzahl um 34 100 Personen bzw. 2,2 Prozent und die geleistete Arbeitszeit um 47,9 Mill. Stunden beziehungsweise 2,0 Prozent

über dem Vorjahresniveau. In Brandenburg waren die Erwerbstätigkeit um 2,1 Prozent und das Arbeitsvolumen um 2,0 Prozent gestiegen. Das heißt, es arbeiteten 21 700 Personen mehr und es wurden 31,4 Millionen Arbeitsstunden zusätzlich geleistet. Deutschlandweit lag der Anstieg bei der Erwerbstätigkeit und beim Arbeitsvolumen bei je 1,7 Prozent. Zwischen der durchschnittlichen Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern (jeweils ohne Berlin) gab es fast keine Unterschiede.

Damit hat sich 2007 die Pro-Kopf-Arbeitszeit im Durchschnitt aller Bundesländer nicht verändert. Bei insgesamt nur 1,6 Arbeitstagen mehr waren die Änderungen auch regional nur marginal.

Verarbeitendes Gewerbe November 2007: Brandenburger Industrie setzt Umsatzsteigerung fort

Die 405 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im November 2007 einen Umsatz von insgesamt 1,8 Milliarden EUR, darunter 0,5 Milliarden EUR mit ausländischen Geschäftspartnern. Mit einem Umsatzplus von 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat konnte die Brandenburger Industrie ihren seit Jahresbeginn anhaltenden Erfolgskurs fortsetzen. Aus drei bedeutenden Branchen wurden für den Monat November größtenteils zweistellige Zuwachsraten im Umsatz gemeldet: Im Fahrzeugbau waren es 12,6 Prozent, in der chemischen Industrie 12,3 Prozent und im

Ernährungsgewerbe 11,8 Prozent. Dagegen fiel das Ergebnis der metallherstellenden/-bearbeitenden Betriebe um 1,1 Prozent niedriger aus als im November 2006. Im Zeitraum Januar bis November 2007 wurden Erzeugnisse und Leistungen im Gesamtwert von 18,3 Milliarden EUR umgesetzt, 12,5 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Umsätze aus Auslandsgeschäften summierten sich auf 4,7 Milliarden EUR und stiegen damit um 13,0 Prozent. Im November 2007 arbeiteten 73 669 Personen in den Brandenburger Industriebetrieben, 235 weniger als im Oktober, aber 2 227 oder 3,1 Prozent mehr als im November 2006.

**Beschäftigte und Umsatz
des Verarbeitenden Gewerbes im Land Brandenburg
seit Januar 2007**

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland	Beschäftigte	Umsatz	darunter Ausland
	Anzahl	Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Januar	71 376	1 472,6	393,0	5,7	15,2	21,3
Februar	71 639	1 485,0	377,7	6,0	15,5	16,1
März	71 723	1 742,6	477,7	5,7	12,5	19,7
April	72 234	1 621,6	448,8	6,7	20,7	24,0
Mai	72 495	1 651,5	433,7	6,2	8,1	15,7
Juni	72 727	1 739,7	460,8	5,3	7,2	-0,5
Juli	73 521	1 679,4	431,4	5,7	19,7	24,5
August	74 013	1 697,8	408,8	5,4	14,6	9,6
September	73 982	1 698,7	414,3	3,9	7,7	7,6
Oktober	73 904	1 722,5	442,1	3,5	11,7	9,3
November	73 669	1 790,4	450,5	3,1	7,9	3,7
Januar bis November	72 844	18 301,7	4 738,8	5,2	12,5	13,0

Verarbeitendes Gewerbe November 2007: Brandenburger Auftrags- lage weiterhin positiv

Die Auftragseingänge der Brandenburger Industriebetriebe lagen im November 2007 preisbereinigt um 7,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Das positive Ergebnis ist ausschließlich auf den Anstieg der Inlandsbestellungen zurückzuführen (12,9 Prozent).

Damit entfielen zwei Drittel des gesamten Brandenburger Auftragsvolumens auf das Binnengeschäft. Das Auslandsgeschäft schloss dagegen mit einem Minus von 2,8 Prozent ab. Von der verstärkten Inlandsnachfrage profitierten vor allem der Bereich der Elektrotechnik/Elektronik (+73,2 Prozent) und der Maschinenbau

(+46,0 Prozent). Der Fahrzeugbau konnte auch im November wieder eine positive Auftragsbilanz verzeichnen. So führten zweistellige Zuwachsraten sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland zu einem Gesamtplus von 17,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. In den ersten elf Monaten des Jahres 2007 gingen 11,4 Prozent mehr Aufträge an die brandenburgische Industrie als noch im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Bestellungen aus dem Inland entwickelten sich dabei mit einem Plus von 12,7 Prozent etwas besser als die ausländischen Aufträge (+9,3 Prozent).

Verarbeitendes Gewerbe
November 2007:
Verstärkte
Inlandsnachfrage nach
Berliner Erzeugnissen

Die Nachfrage nach Berliner Erzeugnissen stieg im November 2007 preisbereinigt um 19,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage übertrafen den Vorjahreswert mit zweistelligen Zuwachsraten. Die Auslandsbestellungen legten um 10,6 Prozent zu. Noch deutlicher stieg, nicht zuletzt wegen umfangreicher Großaufträge im Bereich der Elektrotechnik/Elektronik und im Fahrzeugbau, die Binnennachfrage (+29,5 Prozent).

In den ersten elf Monaten des Jahres 2007 erhielten die Berliner Industriebetriebe 13,6 Prozent mehr Aufträge als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei kamen 19,4 Prozent mehr Aufträge von ausländischen und 7,3 Prozent mehr von deutschen Kunden. Hohe Zuwachsraten verbuchten in diesem Zeitraum die chemische Industrie (+26,4 Prozent), die Hersteller von Metallerzeugnissen (15,1 Prozent) und die Branche Elektrotechnik/Elektronik (+11,6 Prozent).

Auftragseingangindex für das
Verarbeitende Gewerbe in Berlin seit Januar 2007
 Basis 2000 $\hat{=}$ 100; Volumenindex

Zeitraum	Auftragseingangindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	Insgesamt	Inland	Ausland	Insgesamt	Inland	Ausland
Januar	111,3	87,3	140,3	7,4	-3,8	17,8
Februar	105,5	95,1	118,0	15,8	13,7	18,0
März	124,3	105,6	147,1	9,7	2,0	17,5
April	107,3	90,4	127,8	15,6	11,0	19,8
Mai	117,3	91,8	148,1	14,1	4,3	22,8
Juni	123,0	98,2	153,0	11,9	4,7	18,3
Juli	119,9	106,7	135,9	11,7	13,5	10,1
August	119,0	99,7	142,3	16,6	10,8	21,9
September	119,0	92,3	151,3	6,7	-7,3	20,1
Oktober	135,0	106,3	169,6	21,0	3,7	38,7
November	139,3	126,6	154,8	19,3	29,5	10,6
Januar bis November	120,1	100,0	144,4	13,6	7,3	19,4

Verarbeitendes Gewerbe
November 2007:
Berliner Industrie
mit Umsatzwachstum

Die 357 Berliner Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte erwirtschafteten im November 2007 mit einem Gesamtumsatz von 2,8 Milliarden EUR einen Spitzenwert unter den monatlich registrierten Ergebnissen von 2007. Damit errechnete sich eine Steigerung um 4,7 Prozent, die ausschließlich von 18,2 Prozent mehr Umsätzen mit ausländischen Geschäftspartnern getragen wurde. Die Inlandsumsätze betragen 1,8 Milliarden EUR und verfehlten damit um 1,6 Prozent das Ergebnis vom November 2006.

Die chemische Industrie als zweitgrößte Branche erreichte erneut eine beträchtliche Umsatzsteigerung. Im November 2007 wurden 23,3 Prozent mehr chemische Erzeugnisse und Leistungen im In- und Ausland umgesetzt als noch vor Jahresfrist. Im Zeitraum Januar bis November 2007 wurden Umsätze von 27,2 Milliarden EUR getätigt, 2,1 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das Wachstum wurde nur durch die erfolgreiche Entwicklung der Auslandsumsätze um 8,9 Prozent auf 9,3 Milliarden EUR erzielt. Im Inland verringerten sich die Erlöse um 1,1 Prozent auf 17,9 Milliarden EUR.

Beschäftigte und Umsatz
des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin seit Januar 2007

Zeitraum	Beschäftigte	Umsatz	darunter	Beschäftigte	Umsatz	darunter
	Anzahl	in Mill. EUR	Ausland	Veränderung zum Vorjahr in %	Veränderung zum Vorjahr in %	Ausland
Januar	84 572	2 186,3	740,3	-1,8	-2,7	-0,9
Februar	84 286	2 234,2	765,7	-1,9	0,9	8,4
März	84 463	2 632,1	897,8	-1,1	-0,5	0,3
April	84 429	2 254,5	754,0	-0,5	1,8	10,2
Mai	84 115	2 451,3	834,1	-1,2	-1,5	6,2
Juni	84 627	2 523,4	892,1	-0,7	-0,2	2,9
Juli	83 901	2 476,6	832,3	-1,3	7,4	20,9
August	84 122	2 485,5	851,8	-1,4	4,4	14,9
September	85 450	2 564,1	847,0	-0,2	0,0	-2,7
Oktober	86 650	2 647,4	930,3	0,7	8,9	23,7
November	86 525	2 758,0	993,9	0,5	4,7	18,2
Januar bis November	84 831	27 213,3	9 339,3	-0,8	2,1	8,9

Bauhauptgewerbe
November 2007:
Brandenburger Baugewerbe
mit Auftragssteigerung

Bei den Auftragseingängen in Höhe von 153,7 Mill. EUR war ein kräftiger Anstieg von mehr als einem Drittel (37,8 Prozent) gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat zu verzeichnen. Zuwächse waren vor allem im gewerblichen und industriellen Hochbau mit 134,5 Prozent und im sonstigen Tiefbau mit 62,9 Prozent zu beobachten. In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen fiel der baugewerbliche Umsatz (226,7 Millionen EUR) dagegen um fast ein Fünftel (-19,6 Prozent) im Vergleich zum Vorjahresmonat, wobei nur der

Wohnungsbau eine Zuwachsrate (5,2 Prozent) auswies. Der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten betrug im November 12 977 EUR und lag damit um 15,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Zahl der im Bauhauptgewerbe tätigen Personen verringerte sich um knapp fünf Prozent auf 17 469, die Summe der gezahlten Löhne und Gehälter ebenfalls um 1,3 Prozent auf 42,2 Mill. EUR. Im November 2007 wurden durch die Beschäftigten der auskunftspflichtigen Betriebe 2,2 Millionen Arbeitsstunden auf den Baustellen geleistet, das waren fast zehn Prozent weniger als vor einem Jahr.

Einzelhandel
November 2007:
Berliner Einzelhandel
1,3 Prozent mehr Umsatz

Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im November 2007 nach vorläufigen Berechnungen nominal 1,3 Prozent mehr um als im November 2006. Real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde allerdings 0,5 Prozent weniger umgesetzt als zwölf Monate zuvor. Der November hatte in diesem Jahr 26 Verkaufstage (ohne Sonn- und Feiertage) und damit ebenso viele wie im Vorjahr. Außergewöhnlich stark war im November der Umsatzzuwachs außerhalb von Verkaufsräumen

(nominal +17,1 Prozent). Dazu trugen insbesondere die Sparten Versand-/Internethandel (+23,4 Prozent) und Brennstoffhandel (+41,2 Prozent) bei. Der Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten war dagegen rückläufig. Beim Brennstoffhandel war in erster Linie die starke Preiserhöhung für Heizöl für den Umsatzsprung verantwortlich. Beschäftigt waren im Berliner Einzelhandel 3,8 Prozent mehr Menschen als vor einem Jahr. Die Zahl der Vollbeschäftigten stieg von November 2006 bis November 2007 um 1,8 Prozent, die der Teilzeitbeschäftigten um 5,4 Prozent.

Einzelhandel
November 2007:
Brandenburger
Einzelhandel 0,3 Prozent
weniger Umsatz

Der Einzelhandel im Land Brandenburg (ohne Kraftfahrzeughandel) setzte im November 2007 nach vorläufigen Berechnungen nominal 0,3 Prozent weniger um als im November 2006. Real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, wurde 3,1 Prozent weniger umgesetzt als zwölf Monate zuvor. Der Monat November hatte in diesem Jahr 26 Verkaufstage (ohne Sonn- und Feiertage), das waren ebenso viele wie im Vorjahr. In den ersten elf Monaten dieses Jahres war der Einzelhandelsumsatz im Land Brandenburg nominal gleich hoch wie im Vorjahr. Real wurde 1,4 Prozent weniger umgesetzt als 2006. Überdurchschnittlich schnitt insbesondere die Wirtschaftsgruppe Apotheken sowie Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Erzeugnissen

ab (Umsatzsteigerung von nominal 4,0 Prozent). Auch die größte Wirtschaftsgruppe, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (das sind hauptsächlich Lebensmittelmärkte und -discounter mit breitem Sortiment sowie Warenhäuser) konnte leichte nominale Erlössteigerungen von 0,9 Prozent erzielen. Negativ war dagegen die Umsatzentwicklung beim Facheinzelhandel mit sonstigen Waren (nominal -1,6 Prozent). Diese Wirtschaftsgruppe umfasst zahlreiche Fachgeschäfte, die z. B. Bekleidung, Schuhe, Möbel, elektrische Geräte, Bau- und Heimwerkersortimente, Bücher und Zeitungen, Schreibwaren, Spielwaren, Blumen, optische Artikel (Brillen, Fotoartikel), Computer, Telekommunikationsendgeräte, Fahrräder, Sport- und Campingartikel verkaufen.

Umsatz und Beschäftigte des
brandenburgischen Einzelhandels im November 2007
nach Wirtschaftsbereichen – Vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftsbereich	November 2007			Januar bis November 2007		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %						
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)						
in Verkaufsräumen	-0,3	-3,1	-0,2	0,0	-1,4	1,1
mit Waren verschiedener Art	1,6	-2,1	-1,2	0,9	-1,4	1,4
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	0,3	-3,6	-1,8	-5,5	-9,6	-3,1
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln	3,8	1,7	2,6	4,0	2,6	2,3
Sonstiger Facheinzelhandel	-4,8	-5,4	0,0	-1,2	-1,6	0,9
außerhalb von Verkaufsräumen	-7,1	-19,9	1,5	-13,9	-13,9	-2,0

Tourismus
November 2007:
Brandenburg-Tourismus
mit starkem Gästezuwachs

Im November dieses Jahres wurden in 1 321 geöffneten Beherbergungsbetrieben mit mehr als acht Betten des Landes Brandenburg und auf 96 geöffneten Campingplätzen für Urlaubscamping insgesamt 238 300 (+14,3 Prozent gegenüber November

2006) neu angekommene Gäste begrüßt. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 10,7 Prozent auf 592 700. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,5 Tage (Vorjahr: 2,6 Tage).

In elf von dreizehn Reisegebieten wurde im November ein positives Ergebnis bei den Übernachtungen verzeichnet. Hohe Zuwächse meldeten die Betriebe aus dem Spreewald und dem Ruppiner Land (+27,6 bzw. +26,6 Prozent). Rückgänge mussten nur der Fläming und das Barnimer Land (-8,4 bzw. -4,5 Prozent) hinnehmen. Die Beherbergungsbetriebe in der Landeshauptstadt Potsdam registrierten gegenüber dem Vorjahr 9,6 Prozent mehr Übernachtungen. Das Bettenangebot der Beherbergungsbetriebe erhöhte sich landesweit gegenüber November 2006 um rund 2 800 auf insgesamt 70 700 Betten. Ausschlaggebend dafür war, dass die Quote der zeitweiligen Betriebschließungen aus saisonalen Gründen von Oktober zu November sich in diesem Jahr gegenüber 2006 halbiert hat (von 8,2 auf 4,1 Prozent). Die Auslastungsquote stieg an auf 27,8 Prozent nach 26,3 Prozent zwölf Monate zuvor.

In der Hotellerie – Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen – (965 geöffnete Betriebe mit einem Angebot von 43 900 Betten) stieg die Zahl der Gästeankünfte um 8,0 Prozent auf 183 900 und die der Übernachtungen um 7,0 Prozent auf 347 900. Die Aufenthaltsdauer betrug durchschnittlich 1,9 Tage, die Bettenauslastung 26,5 Prozent.

Die Parahotellerie – Jugendherbergen, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen – (335 Betriebe mit 22 600 Betten) meldete 48 300 neue Gäste (+47,8 Prozent) und 121 000 Übernachtungen (+35,1 Prozent) bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 2,5 Tagen und einer Betten-Auslastungsquote von 18,0 Prozent. In den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (21 Betriebe mit 4 300 Betten) kamen 5 100 neue Gäste an (-3,7 Prozent), die Zahl der Übernachtungen sank um 0,7 Prozent auf 119 000. Typisch für diese Betriebsart sind die lange Aufenthaltsdauer (diesmal durchschnittlich 23,5 Tage) und die hohe Bettenauslastung (93,3 Prozent). Die Campingplätze zählten im November 1 000 neu angekommene Gäste (+216,1 Prozent) und 4 800 Übernachtungen (+343,5 Prozent) bei einer gegenüber dem Vorjahr stark gestiegenen durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 4,8 Tagen. Diese hohen Steigerungsraten kamen ebenfalls dadurch zustande, dass nur etwa halb so viele saisonale Schließungen wie im Vorjahr zu verzeichnen waren.

Verkehr
2007: Rückgang der
Neuzulassungen fabrikneuer
Kraftfahrzeuge in Berlin

Im Jahr 2007 verzeichnete das Kraftfahrt-Bundesamt nach sechs Jahren der ständigen Steigerung von neu zugelassenen Kraftfahrzeugen für das Land Berlin einen Rückgang. Die Anzahl der zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuge sank im Vergleich zum Jahr

2006 um 3 949 Kraftfahrzeuge oder 3,7 Prozent. Der Rückgang betraf allein die Personenkraftwagen (-6 805 Pkw beziehungsweise -7,5 Prozent). Bei den übrigen

Fahrzeugarten waren Zuwächse zu verzeichnen. So gab es, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, 54,4 Prozent mehr Neuzulassungen von Kraftomnibussen, 44,1 Prozent mehr Zugmaschinen, 26 Prozent mehr Lastkraftwagen und 0,3 Prozent mehr Krafträder. Die Zahl der zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung sank ebenfalls gegenüber dem Jahr 2006 auf 3 652 (-3,7 Prozent).

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Berlin im Dezember 2007

Fahrzeugart	Dezember			Januar bis Dezember		
	2007	2006	Veränderung in %	2007	2006	Veränderung in %
Kfz-insgesamt.....	9 116	9 333	-2,3	101 490	105 439	-3,7
darunter						
Krafträder.....	230	179	28,5	5 111	5 097	0,3
Personenkraftwagen...	7 557	8 163	-7,4	83 896	90 701	-7,5
Kraftomnibusse.....	32	38	-15,8	298	193	54,4
Lastkraftwagen.....	1 149	867	32,5	10 432	8 280	26,0
Zugmaschinen.....	96	38	x	1 091	757	44,1
Anhänger.....	188	231	-18,6	3 652	3 793	-3,7

Verkehr
2007: Starker Rückgang
der Neuzulassungen
fabrikneuer Kraftfahrzeuge
in Brandenburg

Im Jahr 2007 verzeichnete das Kraftfahrt-Bundesamt die niedrigste Anzahl von neu zugelassenen Kraftfahrzeugen seit Beginn der Aufzeichnungen für das Land Brandenburg. Die Anzahl der zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuge sank im Vergleich zum Jahr 2006 um 12 578 Kraftfahrzeuge oder 13,8 Prozent.

Der Rückgang betraf besonders die Personenkraftwagen (-13 601 Pkw beziehungsweise -18,0 Prozent). Aber auch die Kraftomnibusse (-17,6 Prozent) und die

Krafträder (-5,9 Prozent) beendeten das Jahr 2007 mit einem Rückgang. Die Sparte der Güterkraftfahrzeuge konnte im Jahr 2007 eine Steigerung der Anmeldungen gegenüber dem Vorjahr verbuchen. So wurden 9 132 Lastkraftwagen (+15,4 Prozent oder 1 217 Fahrzeuge) und 2 424 Zugmaschinen (+3,4 Prozent) mehr zugelassen. Die Zahl der zugelassenen fabrikneuen Kraftfahrzeuganhänger zur Lastenbeförderung stieg gegenüber dem Jahr 2006 auf 11 144 (+4,1 Prozent).



aus Deutschland

2007: Verbraucherpreise gegenüber 2006 +2,2 Prozent

Preise Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber 2006 um 2,2 Prozent gestiegen. Dies ist die höchste Jahresteuerrate seit 1994. In 2006 hatte die Teuerungsrate bei 1,7 Prozent gelegen, im Jahr 2005 bei 2,0 Prozent und 2004 bei 1,6 Prozent.

Für die Beschleunigung der Preisentwicklung 2007 sind – neben der Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer zu Beginn des Jahres – vor allem die Energiepreise verantwortlich. Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2007 um 3,9 Prozent. Unter allen Energiepreisen stiegen die Preise für Strom am stärksten (+6,8 Prozent). Mineralölprodukte verteuerten sich 2007 gegenüber 2006 im Schnitt um 3,0 Prozent (davon Kraftstoffe: +4,1 Prozent; leichtes Heizöl: – 1,2 Prozent). Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung 1,9 Prozent betragen.

Der deutliche Anstieg der Jahresteuerrate 2007 über die Zwei-Prozent-Marke ist seit der zweiten Jahreshälfte durch sukzessive Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln (+3,1 Prozent Jahresdurchschnitt 2007) geprägt, insbesondere für einzelne Milch-, Mehl- und Fettprodukte im zweistelligen Bereich (darunter Butter: +19,1 Prozent; Mehl: +15,4 Prozent; Speisequark: +12,0 Prozent und Vollmilch: +10,3 Prozent). Zusätzlich wirkte sich bereits seit April 2007 der Preisanstieg für das Bildungswesen auf die Teuerungsrate aus, vor allem wegen der Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern. Auch die Preise für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+3,1 Prozent) haben sich im Jahresdurchschnitt 2007 überdurchschnittlich entwickelt, dagegen erhöhten sich beispielsweise die Preise für langlebige Gebrauchsgüter (+0,9 Prozent), Bekleidung (+0,8 Prozent) sowie für Nachrichtenübermittlung (+0,2 Prozent) geringer als die Verbraucherpreise insgesamt.

Im Dezember 2007 stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber Dezember 2006 um 2,8 Prozent. Seit September hat die Teuerungsrate die Zwei-Prozent-Marke überschritten. Im November wurde der Jahreshöchstwert mit einem Plus von 3,1 Prozent erreicht, im Dezember hat sich der Preisanstieg wieder etwas abgeschwächt (+2,8 Prozent). Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich der Index im Dezember um 0,5 Prozent.

Im Jahresvergleich wirkte im Dezember 2007 – wie in den Vormonaten – die Energie preistreibend, trotz zuletzt wieder rückläufiger Preise für Mineralölprodukte (darunter Kraftstoffe: +11,9 Prozent gegenüber Dezember 2006 und –5,4 Prozent gegenüber November 2007). Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung für Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) hätte die Teuerungsrate im Dezember 2007 nur bei 2,2 Prozent gelegen. Mineralölprodukte verteuerten sich um 14,5 Prozent (darunter leichtes Heizöl: +25,1 Prozent). Auch die Strompreise erhöhten sich im Dezember 2007 mit 8,2 Prozent überdurchschnittlich gegenüber dem Vorjahr, dagegen sanken die Gaspreise um 2,4 Prozent.

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen im Dezember 2007 gegenüber Dezember 2006 im Schnitt um 6,0 Prozent. Erheblich teurer waren vor allem Speisefette und -öle (+25,5 Prozent; darunter Butter: + 44,9 Prozent) sowie Milchprodukte und Eier (+17,3 Prozent; darunter Speisequark: +37,8 Prozent). Auch die Preise für Brot- und Getreideerzeugnisse blieben deutlich über denen des Vorjahres (+6,0 Prozent; darunter Mehl: +27,6 Prozent). Dagegen stiegen unter anderem die Preise für Nachrichtenübermittlung (+0,8 Prozent) und Bekleidung (+0,1 Prozent) in deutlich geringerem Umfang als die Verbraucherpreise insgesamt.

Der deutliche Anstieg des Preisindex von November auf Dezember 2007 um 0,5 Prozent resultiert in erster Linie aus saisonbedingten Preisentwicklungen: Neben den Preiserhöhungen für einige Obst- und Gemüsesorten (darunter Weintrauben: +16,0 Prozent und Kopfsalat: +13,1 Prozent) sind insbesondere übliche Teuerungen – aufgrund der Saisonhöhepunkte Weihnachten und Silvester – für Pauschalreisen (+32,5 Prozent zum November 2007) und Beherbergungsdienstleistungen (+20,8 Prozent) hervorzuheben. Auch die Flugpreise verteuerten sich saisonbedingt zum Ende des Jahres im Schnitt um 6,7 Prozent, die Bahnpreise stiegen aufgrund der Tarifpreisänderungen im Schnitt um 3,6 Prozent gegenüber dem Vormonat. Verbraucherfreundlich entwickelten sich dagegen vor allem die Kraftstoffpreise (–5,4 Prozent; darunter Superbenzin: –5,9 Prozent). Auch im Bereich Bekleidung und Schuhe gab es binnen Monatsfrist erste Preisrückgänge (–1,0 Prozent).

Der für europäische Zwecke berechnete harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,3 Prozent gestiegen. Im Dezember 2007 gegenüber Dezember 2006 erhöhte sich der harmonisierte Verbraucherpreisindex um 3,1 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,7 Prozent.

Gesamtverbraucherpreisindex für Deutschland 2006 und 2007

Jahres- durchschnitt — Monat	2000 = 100	Veränderung gegenüber	
		dem Vorjahres- zeitraum	dem Vormonat
%			
2006.....	110,1	1,7	x
2007.....	112,5	2,2	x
2006 Dezember..	111,1	1,4	0,8
2007 Januar.....	110,9	1,6	–0,2
Februar.....	111,3	1,6	0,4
März.....	111,6	1,9	0,3
April.....	112,0	1,9	0,4
Mai.....	112,2	1,9	0,2
Juni.....	112,3	1,8	0,1
Juli.....	112,8	1,9	0,4
August.....	112,7	1,9	–0,1
September.....	112,8	2,4	0,1
Oktober.....	113,0	2,4	0,2
November..	113,6	3,1	0,5
Dezember..	114,2	2,8	0,5

Quelle:
Statistisches Bundesamt

2007: Großhandel im fünften Jahr in Folge mit Umsatzzuwachs

Handel Die Großhandelsunternehmen in Deutschland konnten auch 2007 ihren Umsatz steigern: Nach vorläufigen Ergebnissen erhöhte sich ihr Umsatz nominal um 2,4 Prozent und real um 0,3 Prozent gegenüber 2006. Damit erzielte der Großhandel im fünften Jahr in Folge einen nominalen und realen Umsatzzuwachs.

Der Dezember 2007 trug dazu jedoch nicht bei: Der Großhandelsumsatz lag in diesem Monat nominal 1,9 Prozent und real 5,2 Prozent unter dem Wert vom Dezember 2006. Im Vergleich zum November 2007 wurde im Großhandel unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal 1,5 Prozent und real 1,0 Prozent weniger umgesetzt.

Nur der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör verzeichnete im Dezember 2007 real einen höheren Umsatz als im Vorjahresmonat (+3,7 Prozent), nominal war der Umsatz allerdings niedriger (-2,5 Prozent).

Zwei Branchen des Großhandels konnten im Dezember 2007 zwar nominale Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat verbuchen, real sanken die Umsätze jedoch: der Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren (nominal +7,5 Prozent, real -16,7 Prozent) und der Großhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal +1,3 Prozent, real -4,9 Prozent). In den restlichen drei Großhandelsbranchen wurde sowohl nominal als auch real weniger als im Vorjahresmonat abgesetzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

2007: Bevölkerungsrückgang erwartet

Bevölkerung Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes dürfte die Einwohnerzahl Deutschlands auch 2007 wieder gesunken sein. Von Ende 2006 bis Ende 2007 wird mit einem Rückgang von etwa 100 000 Personen auf 82,21 Millionen gerechnet.

Voraussichtlich ist die Zahl der lebend geborenen Kinder 2007 gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen. Es werden etwa 680 000 bis 690 000 Geburten erwartet. Da die Sterbefälle 2007 mit 820 000 bis 830 000 wohl in etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen werden, wird das Geburtendefizit, das heißt die Differenz aus Geburten und Sterbefällen, voraussichtlich auf unter

140 000 sinken. 2006 hatte es 149 000 betragen: 673 000 lebend geborenen Kindern standen 822 000 Sterbefälle gegenüber.

Für 2007 dürfte sich ein höherer Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland ergeben als für 2006. Damals zogen lediglich 23 000 Personen mehr vom Ausland nach Deutschland zu als von Deutschland ins Ausland fort. Im vergangenen Jahr werden es voraussichtlich 35 000 bis 45 000 Personen gewesen sein. Der Wanderungsgewinn läge damit aber trotz Zunahme noch deutlich geringer als im langjährigen Durchschnitt und würde auch nicht zur Kompensation des Geburtendefizits ausreichen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

2007: Tarifverdienste stärker gestiegen als in den Vorjahren

Verdienste Die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,0 Prozent. Das ist der höchste Anstieg seit 2004. Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter verzeichneten mit einem Plus von 2,5 Prozent sogar den höchsten Zuwachs seit 2003. Zum Vergleich: Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber 2006 um 2,2 Prozent.

Im letzten Quartal 2007 haben sich die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten im Durchschnitt um 2,3 Prozent und die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter um 2,9 Prozent erhöht. Damit hat sich der im dritten Quartal 2007 festgestellte deutliche Anstieg der Tarifverdienste fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 2007 lagen die durchschnittlichen Tarifierhöhungen noch deutlich niedriger. Dies führte im Jahresdurchschnitt insgesamt zu einem vergleichsweise moderaten Ergebnis.

Überdurchschnittlich stiegen die tariflichen Monatsgehälter der Angestellten 2007 beispielsweise im Ma-

schinenbau (+3,6 Prozent), im Textil- und Bekleidungs-gewerbe (+3,3 Prozent), in der Chemischen Industrie (+3,1 Prozent) sowie im Fahrzeugbau (+3,0 Prozent). Unterdurchschnittliche Tarifierhöhungen gab es für die Angestellten in der Energie- und Wasserversorgung (+1,4 Prozent), im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe sowie im Gastgewerbe (jeweils +1,3 Prozent). Die Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden erhielten keine Tarifierhöhungen (0,0 Prozent).

Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter verzeichneten 2007 überdurchschnittliche Zuwächse unter anderem im Maschinenbau (+4,0 Prozent), im Fahrzeugbau (+3,1 Prozent) und in der Chemischen Industrie (+3,0 Prozent). Unterdurchschnittlich stiegen die Tariflöhne der Arbeiter dagegen im Baugewerbe (+1,5 Prozent), im Holzgewerbe (+1,4 Prozent), in der Energie- und Wasserversorgung (+1,2 Prozent) sowie bei Bund, Ländern und Gemeinden (0,0 Prozent).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Bruttoinlandsprodukt 2007: Deutsche Wirtschaft mit robustem Wachstum

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2007 erneut kräftig gewachsen. Um 2,5 Prozent war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Berechnungen höher als im Vorjahr. Bei kalenderbereinigter Betrachtung – im vergangenen Jahr standen 1,6 Arbeitstage weniger zur Verfügung als in 2006 – ergibt sich eine Wachstumsrate von 2,6 Prozent für 2007.

Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, verkettet

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
1,8	2,0	2,0	3,2	1,2	0,0	-0,2	1,1	0,8	2,9	2,5

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2007 von gut 39,7 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 649 000 Personen mehr (+1,7 Prozent) als ein Jahr zuvor. Die Erwerbstätigkeit erreichte damit den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Zahl der Erwerbslosen (internationale Abgrenzung) sank nach vorläufigen Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung um 641 000 (-15,1 Prozent) auf 3,6 Millionen Personen. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen beziehungsweise je Erwerbstätigenstunde, stieg im Jahr 2007 jeweils um 0,8 Prozent und blieb damit deutlich hinter den in 2006 erreichten Zuwachsraten (+2,2 Prozent beziehungsweise +2,4 Prozent) zurück.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) trugen alle Wirtschaftsbereiche positiv zum Wachstum bei. Ein kräftiges Plus verzeichnete insbesondere das Produzierende Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung im Vorjahresvergleich um 5,2 Prozent zulegen. Deutlich gestiegen ist die Wirtschaftsleistung auch in den Bereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+2,3 Prozent), Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+3,1 Prozent) sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (+2,7 Prozent). Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes verbesserte sich um 1,7 Prozent. Der im Jahr 2006 einsetzende Aufschwung – die preisbereinigte Bruttowertschöpfung stieg seinerzeit um 5,4 Prozent – hat sich damit allerdings deutlich abgeflacht. Die Bruttowertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zu.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen 2007 die Wachstumsimpulse sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland. Die ungebrochene Nachfrage des Auslands nach deutschen Waren und Dienstleistungen bescherte dem Export einen Zuwachs von 8,3 Prozent. Das Wachstum der Importe blieb mit einem Plus von 5,7 Prozent deutlich hinter dem der

Exporte zurück. Der daraus resultierende preisbereinigte Exportüberschuss (Außenbeitrag) trug mit 1,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei. Die inländische Verwendung lieferte einen Wachstumsbeitrag von 1 Prozentpunkt, der in erster Linie von den Bruttoanlageinvestitionen getragen wurde; sie waren preisbereinigt um 4,9 Prozent höher als 2006. Als Wachstumstreiber erwiesen sich erneut die Ausrüstungsinvestitionen: Die Unternehmen investierten in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge 8,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die Bauinvestitionen stiegen demgegenüber lediglich um 2,0 Prozent. Dieser Zuwachs geht fast ausschließlich auf das Konto der Investitionen in Nichtwohnbauten, die mit einem Plus von 4,3 Prozent an das gute Ergebnis des Jahres 2006 (ebenfalls +4,3 Prozent) anknüpfen konnten. Die preisbereinigten Wohnungsbauinvestitionen stiegen demgegenüber lediglich um 0,3 Prozent und blieben deutlich hinter der Zuwachsrate des Vorjahres (+4,3 Prozent) zurück.

Die Konsumausgaben trugen mit 0,2 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei. Dass vom Konsum positive Wachstumseffekte ausgingen, war allerdings ausschließlich den Konsumausgaben des Staates zu verdanken, die preisbereinigt um 2,0 Prozent zulegten. Die privaten Konsumausgaben verringerten sich 2007 im Vorjahresvergleich um 0,3 Prozent, was zu einem negativen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten führte. In 2006 leistete der private Konsum demgegenüber noch einen positiven Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten. In diesen beiden Ergebnissen dürfte sich indessen auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer widerspiegeln, die im Jahr 2006 zu Vorzieheffekten geführt hat.

Das Volkseinkommen, das sich aus dem Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammensetzt, stieg 2007 auf 1 825 Milliarden EUR (+4,2 Prozent). Während das Arbeitnehmerentgelt mit 1 180 Milliarden EUR um 2,6 Prozent höher war als im Jahr zuvor, verzeichneten die Unternehmens- und Vermögenseinkommen einen Zuwachs von 7,2 Prozent auf 645 Milliarden EUR. Die Lohnquote, die den Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen misst, fiel auf 64,6 Prozent; das war 1 Prozentpunkt weniger als im Jahr zuvor.

Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen 2007 um 3,1 Prozent auf 954 Milliarden EUR. Einen höheren Zuwachs gab es zuletzt im Jahr 2000 (+3,4 Prozent). Die Nettolöhne und -gehälter, die sich nach dem Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer ergeben, lagen mit knapp 620 Milliarden EUR um 2,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Während die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer mit einem Plus von 2,7 Prozent vergleichsweise moderat angestiegen sind, legte die Lohnsteuer nach ersten vorläufigen Ergebnissen

um 6,2 Prozent zu. Zurückzuführen ist dieser starke Anstieg unter anderem auf die deutliche Zunahme voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und auf Änderungen des Einkommensteuerrechts (unter anderem Abschaffung oder Einschränkung der Pendlerpauschale).

Die Anzahl der Arbeitnehmer hat im vergangenen Jahr um 1,7 Prozent zugenommen. Deren durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer) stiegen um 1,3 Prozent, die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter um 0,5 Prozent.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm im Jahr 2007 um 1,6 Prozent auf 1 518 Milliarden EUR zu. Im Unterschied zum Jahr 2006 zeigten die

Haushalte wieder eine stärkere Kaufzurückhaltung, so dass das Wachstum der in jeweiligen Preisen berechneten Konsumausgaben der privaten Haushalte von 1,4 Prozent noch hinter dem moderaten Anstieg des verfügbaren Einkommens zurückblieb. Die Sparquote kletterte dementsprechend auf 10,8 Prozent, das waren 0,3 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor.

Der Staatssektor, bestehend aus Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, wies im Jahr 2007 nach noch vorläufigen Berechnungen einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo auf. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich eine „schwarze Null“.

Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen und Volkseinkommen in Deutschland 2004 bis 2007

Merkmal	2004	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts				
In jeweiligen Preisen				
Private Konsumausgaben	1,8	1,4	2,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	-0,3	1,4	1,0	2,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,9	6,7	7,7
Ausrüstungsinvestitionen	3,5	4,9	7,1	7,6
Bauinvestitionen	-2,4	-2,2	6,8	8,3
Sonstige Anlagen	1,8	2,1	3,7	3,2
Inländische Verwendung	1,1	1,5	3,0	2,7
Exporte	9,9	8,3	14,0	8,8
Importe	7,5	9,2	14,3	5,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,2	1,5	3,5	4,3
Preisbereinigt, verkettet				
Private Konsumausgaben	0,2	-0,1	1,0	-0,3
Konsumausgaben des Staates	-1,5	0,5	0,9	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	1,0	6,1	4,9
Ausrüstungsinvestitionen	4,6	6,0	8,3	8,4
Bauinvestitionen	-3,8	-3,1	4,3	2,0
Sonstige Anlagen	2,1	4,8	6,7	6,5
Inländische Verwendung	-0,2	0,3	1,9	1,1
Exporte	10,0	7,1	12,5	8,3
Importe	7,2	6,7	11,2	5,7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,1	0,8	2,9	2,5
Nachrichtlich:				
BIP je Erwerbstätigen (Produktivität)	0,7	0,9	2,2	0,8
Bruttonationaleinkommen	3,6	1,7	3,5	4,4
Volkseinkommen	4,2	1,4	3,6	4,2
Arbeitnehmerentgelt	0,4	-0,6	1,7	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	13,4	5,9	7,2	7,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1,9	1,7	1,9	1,6
Wachstumsbeiträge zum preisbereinigten BIP in %-Punkten				
Inländische Verwendung	-0,2	0,3	1,8	1,0
Private Konsumausgaben	0,1	0,0	0,6	-0,2
Konsumausgaben des Staates	-0,3	0,1	0,2	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,2	1,1	0,9
darunter Ausrüstungsinvestitionen	0,3	0,4	0,6	0,6
Bauinvestitionen	-0,4	-0,3	0,4	0,2
Vorratsveränderungen u. ä.	-0,1	0,0	-0,1	-0,1
Außenbeitrag	1,3	0,5	1,1	1,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

aus Europa

Haushalterhebungen 2006: LEBEN IN EUROPA – EU-Armut-Indikatoren für Deutschland

LEBEN IN EUROPA 2006 ist eine Erhebung, die EU-weit vergleichbare Daten über Armut und soziale Ausgrenzung ermittelt. Für LEBEN IN EUROPA 2006 wurden in Deutschland rund 13 800 private Haushalte sowie rund 26 000 Personen ab 16 Jahren in diesen Haushalten befragt.

Erste Ergebnisse zeigen, dass im Jahr 2005 knapp 13 Prozent der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet waren. Die Armutsgefährdungsquote – das ist nach EU-Definition der Anteil der Personen, der mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der gesamten Bevölkerung auskommen muss – lag 2005 in den neuen Ländern und Berlin bei gut 15 Prozent, im früheren Bundesgebiet bei knapp unter 12 Prozent.

Referenzjahr für die Ermittlung der Armutsgefährdungsquote ist bei LEBEN IN EUROPA jeweils das dem Erhebungsjahr vorausgegangene Jahr (hier: 2005). Zur Berechnung der Armutsgefährdungsquote wird nach dem europäischen Standard zunächst das von allen Haushaltsmitgliedern tatsächlich erzielte Haushaltseinkommen herangezogen (darin sind Sozialtransfers enthalten). Dieses wird auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel verteilt („bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen“), der die unterschiedliche Zusammensetzung von Haushalten berücksichtigt und den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch ihr Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen. Zur Ermittlung des mittleren Einkommens der Bevölkerung wird der Median (Zentralwert) des Äquivalenzeinkommens verwendet.

Das so errechnete mittlere verfügbare Jahreseinkommen der Bevölkerung Deutschlands lag im Jahr 2005 bei 15 617 EUR pro Person. Allein lebende Personen waren nach EU-Definition dann armutsgefährdet, wenn sie weniger als 9 370 EUR (oder 781 EUR monatlich) zum Leben hatten. Ein Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren war bei einem verfügbaren Jahreseinkommen von weniger als 19 677 EUR (oder 1 640 EUR monatlich) armutsgefährdet. Das mittlere verfügbare Einkommen armutsgefährdeter Personen lag 20 Prozent unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle von 9 370 EUR. Diese Differenz ist ein Maß für den Einkommensunterschied, der zur Überwindung der Armutsgrenze fehlt und wird als relative Armutsücke bezeichnet.

Hinsichtlich der Verteilung der Einkommen auf die Gesamtbevölkerung hatten nach den Ergebnissen von LEBEN IN EUROPA 2006 die einkommensstärksten 20 Prozent der Bevölkerung ein rund vier Mal (4,1) so hohes Einkommen wie die einkommensschwächsten 20 Prozent der Bevölkerung. Wie die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2006 weiter zeigen, war die ältere Generation (65-Jährige und Ältere) im früheren Bundesgebiet überdurchschnittlich (14 Prozent) von Armut betroffen, in den neuen Ländern und Berlin dagegen lag sie mit einer Armutsgefährdungsquote von 9 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Erwerbstätigkeit mindert das Armutsrisiko. So waren bundesweit nur 5,5 Prozent der im Jahr 2005 überwiegend (mehr als sechs Monate) Erwerbstätigen von Armut betroffen. Die Zahlung staatlicher Transferleistungen reduziert die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung deutlich: Bundesweit lag die Armutsquote vor Sozialtransfers (außer Pensions- und Rentenzahlungen) bei 26 Prozent und nach Sozialtransfers nur noch bei 13 Prozent. Die staatliche Hilfe greift in ganz besonderem Maße bei jungen Menschen unter 18 Jahren (Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers: 34 Prozent; nach Sozialtransfers: 12 Prozent).

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2006

Ausgewählte europäische Hauptindikatoren	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin
Schwellenwert für Armutsgefährdung in EUR/Jahr			
Allein Lebende/r.....	9 370	.	.
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren.....	19 677	.	.
Armutsgefährdungsquote 2005 ¹ nach Sozialtransfers in %			
Insgesamt.....	12,7	11,8	15,4
Männer.....	12,3	11,3	15,1
Frauen.....	13,2	12,3	15,6
unter 18-Jährige.....	12,4	11,1	17,1
18- bis unter 65-Jährige.....	12,7	11,3	16,7
Männer.....	12,4	10,9	16,7
Frauen.....	13,0	11,6	16,8
65-Jährige und Ältere.....	13,1	14,4	8,9
Männer.....	11,4	13,2	5,6
Frauen.....	14,5	15,5	11,4
Relative Armutsücke 2005 ¹ in %			
Insgesamt.....	20,3	20,4	19,8
Männer.....	21,5	21,1	21,8
Frauen.....	19,3	19,9	18,6
Ungleichheit der Einkommensverteilung: Verhältnis oberstes/unterstes Fünftel der Einkommensverteilung			
Insgesamt.....	4,1	4,2	3,5
Armutsgefährdungsquote 2005 ¹ überwiegend Erwerbstätiger ab 18 Jahren ² in %			
Insgesamt.....	5,5	5,0	7,5
Männer.....	5,0	4,5	7,0
Frauen.....	6,2	5,7	8,3
Armutsgefährdungsquote 2005 ¹ vor Sozialtransfers ³ in %			
Insgesamt.....	25,9	23,1	34,6
unter 18-Jährige.....	33,8	29,7	47,5
18- bis unter 65-Jährige.....	26,9	23,2	37,8
65-Jährige und Ältere.....	14,8	16,0	11,1

1 Referenzjahr für die Ermittlung der Armutsgefährdungsquote ist bei LEBEN IN EUROPA jeweils das dem Erhebungsjahr vorausgegangene Jahr.

2 Erwerbstätig über einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten im Referenzjahr 2005.

3 ausgenommen Renten und Pensionen

Produzierendes Gewerbe
November 2007:
Auftragseingänge in der
Eurozone um 2,7 Prozent
gestiegen

In der Eurozone (EZ13) ist der Index der Auftragseingänge in der Industrie im November 2007 gegenüber dem Vormonat um 2,7 Prozent gestiegen. Im Oktober nahm der Index um 2,5 Prozent zu. In der EU27 haben die Auftragseingänge im November 2007 um 1,9 Prozent zugenommen, nachdem sie im Oktober um 5,5 Prozent gestiegen waren. Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, so nahmen die Auf-

tragseingänge in der Industrie im November 2007 in der Eurozone um 0,6 Prozent und in der EU27 um 0,5 Prozent zu. Im Vergleich zum November 2006 erhöhte sich der Index der Auftragseingänge in der Industrie im November 2007 in der Eurozone um 11,9 Prozent und in der EU27 um 15,7 Prozent. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Anstieg in der Eurozone 6,6 Prozent und 8,1 Prozent in der EU27. ...

Auftragseingänge in der Industrie 2007
 – Veränderungen gegenüber dem Vormonat in %¹ –

Merkmal	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
EZ13						
Auftragsorientiertes verarbeitendes Gewerbe....	4,4	-3,1	0,9	-1,2	2,5	2,7
Auftragsorientiertes verarbeitendes Gewerbe ohne NACE35.....	1,3	0,1	0,7	-1,8	1,9	0,6
Textil- und Bekleidungs-gewerbe.....	3,0	-1,4	-1,5	-1,6	2,4	-0,9
Chemische Industrie.....	1,8	-0,2	2,8	-3,3	0,7	2,7
Metallerzeugung und Herstellung von Metallerzeugnissen.....	0,5	1,2	0,0	-3,6	3,5	5,8
Maschinen- und Anlagenbau.....	0,9	3,4	0,3	-1,3	-0,5	-2,2
Elektrische und elektronische Erzeugnisse.....	-1,2	0,6	-1,3	-0,6	0,6	-0,7
Fahrzeugbau.....	16,0	-12,8	-2,8	1,6	8,3	7,3
EU27						
Auftragsorientiertes verarbeitendes Gewerbe....	5,3	-3,2	1,1	-1,6	5,5	1,9
Auftragsorientiertes verarbeitendes Gewerbe ohne NACE35.....	1,6	0,9	0,8	-1,4	0,9	0,5
Textil- und Bekleidungs-gewerbe.....	3,0	-1,0	-0,4	-0,8	1,7	-0,6
Chemische Industrie.....	4,2	-0,8	2,0	-2,4	0,5	2,2
Metallerzeugung und Herstellung von Metallerzeugnissen.....	0,3	1,2	0,2	-2,5	2,9	3,0
Maschinen- und Anlagenbau.....	1,1	6,4	-0,9	-1,7	-0,1	-2,7
Elektrische und elektronische Erzeugnisse.....	-2,2	1,6	-0,8	-0,3	-0,1	1,2
Fahrzeugbau.....	14,0	-9,5	0,7	-0,9	14,7	3,4

¹ saisonbereinigt
 (Angaben von Eurostat geschätzt)

Quelle: Eurostat

Handel
Drittes Quartal 2007:
EU verzeichnet
Leistungsbilanzdefizit
von 17,2 Mrd. EUR

Nach den jüngsten Revisionen verzeichnete die EU27 im dritten Quartal 2007 ein Leistungsbilanzdefizit von 17,2 Milliarden EUR. Dem standen im dritten Quartal 2006 ein Defizit von 24,6 Milliarden und im zweiten Quartal 2007 ein Defizit von 16,3 Milliarden gegenüber. Geringer als im entsprechenden Quartal 2006 fiel das Defizit im dritten Quartal 2007 beim Saldo des Warenhandels aus (-41,5 Milliarden EUR gegenüber -44,5 Milliarden), während der Überschuss bei der Dienstleistungsbilanz zunahm (+23,2 Milliarden gegenüber +16,7 Milliarden). Der Überschuss bei der Einkommensbilanz fiel (+14,8 Milliarden gegenüber +16,5 Milliarden), während das Defizit bei der Bilanz der laufenden Übertragungen fast stabil blieb (-13,8 Milliarden gegenüber -13,3 Milliarden).

Der Überschuss in der Dienstleistungsbilanz (+23,2 Milliarden EUR) ergibt sich hauptsächlich aus einem Überschuss bei den Positionen „sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen“ (+10,1 Milliarden), Finanzdienstleistungen (+8,6 Milliarden), Transportleistungen (+5,8 Milliarden) sowie EDV- und Informationsleistungen (+3,0 Milliarden), teilweise kompensiert durch Defizite im Reiseverkehr (-4,3 Milliarden) und bei Patenten und Lizenzen (-3,5 Milliarden).

Im dritten Quartal 2007 verbuchte die EU27 Überschüsse im Handel mit den USA (+26,0 Milliarden EUR), Hongkong (+3,0 Milliarden) und Kanada (+2,1 Milliarden), während der Handel mit China (-38,0 Milliarden), Russland (-6,9 Milliarden) und Japan (-6,7 Milliarden) ein Defizit aufwies. ...

(Angaben vorläufig)

Quelle: Eurostat

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Oktober 2007

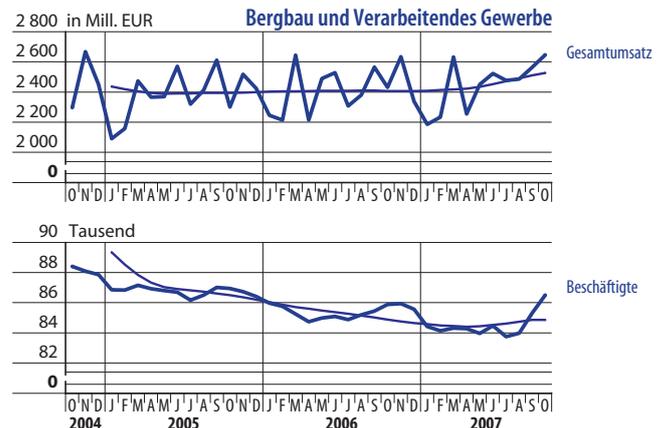
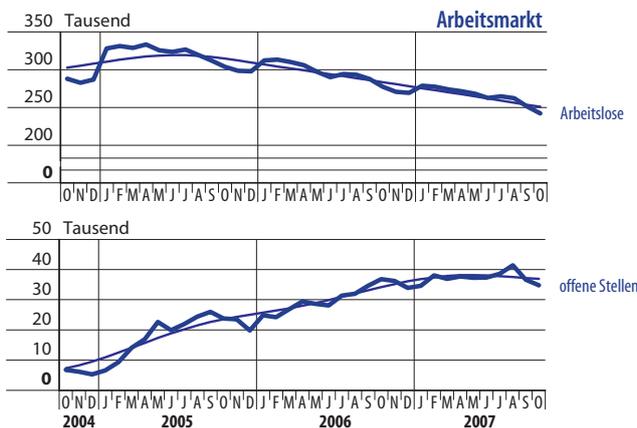
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Oktober 2006 bis zum Oktober 2007 um 12,6 Prozent; das waren 35 010 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 16,6 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden kam es bei der Beschäftigtenzahl zu einer leicht steigenden Tendenz. Der Umsatz und ganz besonders der Auslandsumsatz sowie der Auftragseingangindex für das Verarbeitende Gewerbe waren steigend. Für das Berliner Bauhauptgewerbe war bei den Beschäftigten eine leicht fallende und beim baugewerblichen Umsatz eine

steigende Entwicklung – bei einem sehr positiven Auftragseingang – erkennbar. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen weiter kontinuierlich an. Beim Einzelhandel war die Messzahl der Beschäftigten im positiven Bereich, ebenso wie die des nominalen Umsatzes. Dagegen verzeichneten im Gastgewerbe der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz. Sowohl bei der Zahl der Berliner Gäste als auch bei den Übernachtungen, war eine insgesamt sehr positive Tendenz sichtbar. Der Verbraucherpreisindex entwickelte sich konstant-steigend; die Inflationsrate lag bei +2,3 Prozent – Tendenz steigend.

sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit der Mitte des Jahres 2005 fast linear. Die gemeldeten offenen Stellen verringerten sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 2 055 oder 5,6 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,0. Die seit Mitte des Jahres 2004 steigende Trend-Konjunktur-Komponente bei den offenen Stellen scheint seit Mitte des Jahres 2007 wieder leicht abzufallen.

Die im Monat Oktober 2007 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 357 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 647,4 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 215,3 Millionen EUR überboten; es erhöhte sich um 8,9 Prozent. In den ersten zehn Monaten 2007 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 24,5 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten zehn Monaten des Jahres 2006 bedeutete dies eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 1,8 Prozent. Im Oktober 2007 wurden im Ausland 930,3 Millionen EUR abgesetzt, das waren 35,1 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewebes zeigte eine durchgängig positive Entwicklung mit Veränderungsdaten von über 10 Prozent. Im Vergleich zum Oktober 2006 betrug der Zuwachs des Auftragseingangindex 21,1 Prozent, beim Vergleich der ersten zehn Monate 2007 mit 2006 waren es +13,0 Prozent und im Ein-Jahres-Vergleich +12,8 Prozent. Bei der Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe, im

In Berlin wurden Ende Oktober 2007 mit 242 241 Arbeitslosen 3,7 Prozent weniger als im Vormonat, dem September 2007, registriert. Im Vergleich zum Oktober 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 12,6 Prozent, das entspricht 35 010 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 16,6 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 14,4 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,4 beziehungsweise 2,1 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,7 beziehungsweise 1,0 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen einschließlich der Berliner Werte. Insgesamt hatte



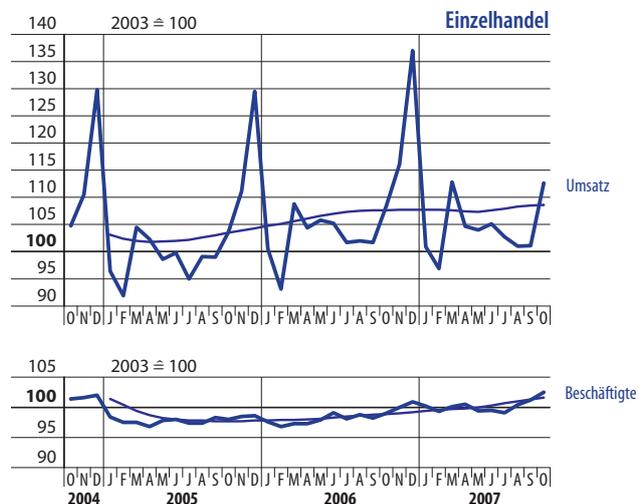
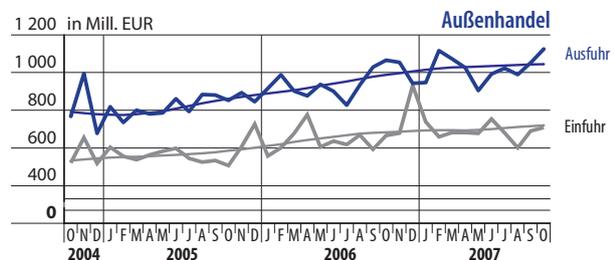
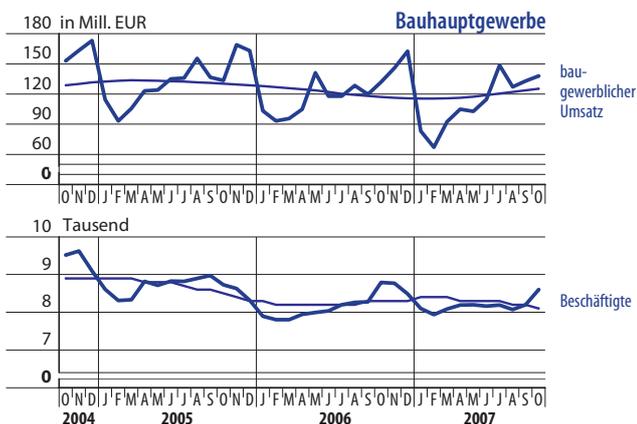
Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden deutete sich eine leichte Steigerung und damit ein eventueller Trendwechsel an. Im Oktober 2007 waren in diesem Bereich 86 650 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2007 – nahm die Zahl der Beschäftigten um 1 200 Personen oder 1,4 Prozent zu. Im Vergleich zum Oktober 2006 waren es +0,7 Prozent oder 624 Personen mehr. Durch Veränderungen in der Erhebungs-Methodik ist eine Zeitreihenzerlegung mit dem BV4.1-Verfahren des Statistischen Bundesamtes erst ab Anfang 2005 möglich. Die längerfristigen Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl weisen in die gleiche Richtung – beide steigend. Da der Gesamtumsatz stärker als die Beschäftigtenzahl anstieg, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im Oktober 2007 ebenfalls an, und zwar auf 30 552,8 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat +8,1 Prozent und im Vergleich des Zehn-Monats- und des Zwölf-Monats-Zeitraumes +2,7 beziehungsweise +2,5 Prozent.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz einen uneinheitlichen Trend. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 602 Arbeitnehmer erzielten im Oktober 2007 einen baugewerblichen Umsatz von 138,0 Millionen EUR. Dieser lag um 4,7 Prozent über dem Wert vom Oktober 2006. Im Vergleich der Jahreszeiträume – November 2006 bis Oktober 2007 zum November 2005 bis Oktober 2006 – ist ein Abfall um 4,4 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl verminderte sich im Vergleich zum Oktober 2006 um 2,2 Prozent, im 10-monatigen und im 12-monatigen Zeitraum nahm sie jedoch um 0,9 beziehungsweise 1,1 Prozent zu. Der Auftragseingang entwickelte sich langfristig mit Veränderungsraten um +20 Prozent sehr günstig. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es sogar +44,4 Prozent. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes stieg an, während die der Beschäftigten leicht fallend war.

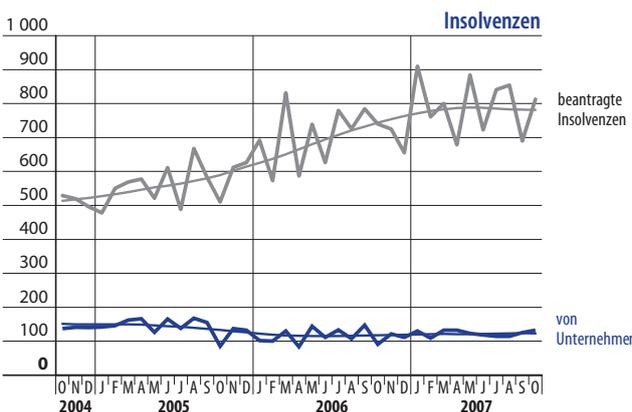
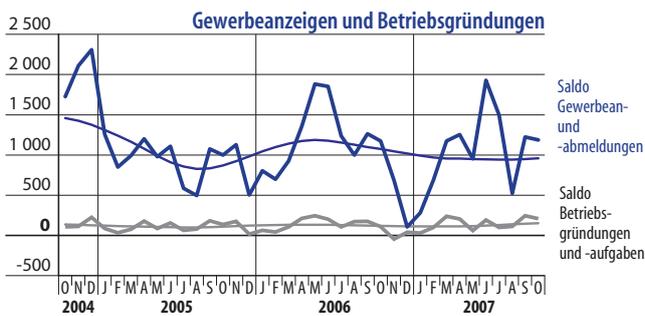
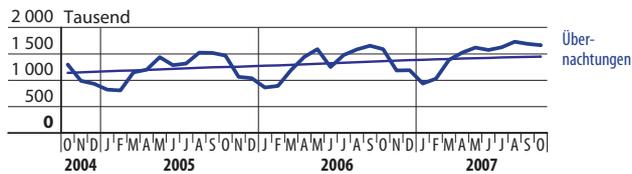
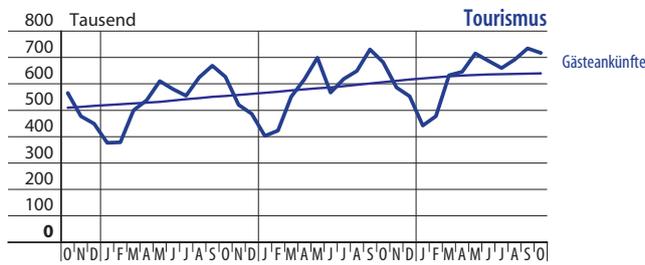
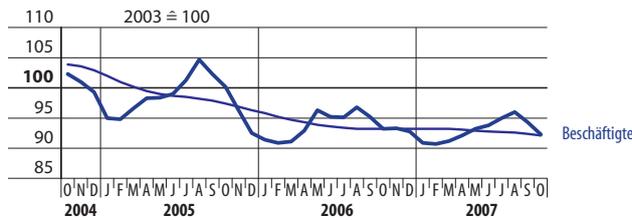
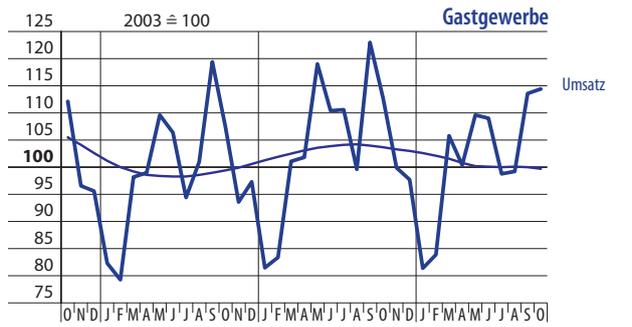
Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte **Importwert** der Berliner Wirtschaft im Oktober 2007 ein Volumen von 708,5 Millionen EUR und lag damit um 6,3 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +9,7 Pro-

zent. Im gleichen Monat erreichte das **Exportvolumen** 1 124,5 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +5,5 Prozent, für den Zehn-Monats-Zeitraum +9,3 Prozent und beim Ein-Jahres-Zeitraum waren es +10,2 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war bei den Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigtenzahl, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein langfristig steigender Trend erkennbar. Die Veränderung des nominalen Umsatzes im Zeitraum Januar bis Oktober 2007 zum Januar bis Oktober 2006 betrug +1,0 Prozent und beim Vergleich der letzten zwölf Monate ergab sich ein Plus von 1,8 Prozent. Die analogen Beschäftigten-Kennziffern lauteten: +2,3 Prozent für den Zehn-Monats-Zeitraum des Jahres 2007 (Januar bis Oktober) zum Vergleichszeitraum des Jahres 2006 und +2,2 Prozent für den Vergleich der entsprechenden Ein-Jahres-Zeiträume. Aufgrund einer Veränderung der Basis der Messzahlen im Jahr 2004 ist zurzeit die Trendberechnung im Einzelhandel, wie auch im Gastgewerbe, erst ab Januar des Jahres 2005 möglich. Trotzdem liefern die Trend-Konjunktur-Komponenten in der Abbildung deutliche Informationen. Die entsprechenden Komponenten der nominalen Umsatz-Messzahl und der Beschäftigtenzahl steigen seit Mitte des Jahres 2005 leicht an.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** war eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten erkennbar. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes trat im Vergleich des Zeitraumes Januar bis Oktober 2007 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Veränderung von -2,6 Prozent auf und im Vergleich des 12-monatigen Zeitraumes war ein Abfall um -1,6 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten fiel in den gleichen Vergleichszeiträumen um 0,9 beziehungsweise um 1,0 Prozent.

Im Oktober 2007 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 661,4 Tausend; gegenüber dem Oktober 2006 waren es 71 665 Übernachtungen oder 4,5 Prozent mehr. Beim Vergleich des zehnmonatigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 9,1 Prozent und beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ein Plus von 9,6 Prozent. Die Zahl der Gäste und die der Übernachtungen zeigten beide eine stabil-steigende Trend-Konjunktur-Komponente in etwa gleicher Größenordnung. Im Oktober 2007 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,3 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** erfolgte ein methodischer Wechsel in der Darstellung. Es werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und die der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbeanmeldungen stieg gegenüber dem Oktober 2006 um 1,1 Prozent; im Zehn-Monats-Vergleich waren es -12,1 Prozent und im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum -16,8 Prozent. Auffallend ist, dass zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkte Anmeldungen auftraten. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigt sich wechselhaft; Oktober 2007 zu Oktober 2006: +92,7 Prozent; Zehn-Monats-Vergleich: +3,8 Prozent und Einjahresvergleich -8,8 Prozent, wobei die absoluten Werte bei etwas über 100 bis 200 Betriebsgründungen über den Betriebsaufgaben lagen. Die Trend-Konjunktur-Komponente beim Gewerbe-Saldo zeigte eine stärker schwankende, in letzter Zeit gleichbleibende Tendenz, während die gleichnamige Komponente für den Saldo der Betriebe ebenso schwankt, aber seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 wieder steigt.

Bei den **Insolvenzen** wurde ebenfalls – wie bei den Gewerbean- und -abmeldungen – ein Wechsel in der Darstellungsform vorgenommen. Neben den beantragten Insolvenzen werden die Unternehmensinsolvenzen dargestellt. Bei den beantragten Insolvenzen war eine kontinuierlich ansteigende Tendenz mit um +10 Prozent Veränderung zu beobachten, die allerdings stark durch



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

die Verbraucherinsolvenzen bestimmt wurde. Im Monat Oktober 2007 erhöhten sich die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat um 9,9 Prozent auf 813 Fälle. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen „nur“ 132 Fälle. Die Unternehmensinsolvenzen sind langfristig und stabil bei etwas über 120 Insolvenzen pro Monat angelangt. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume wurde die geringere Steigerung bei den Insolvenzfällen der Unternehmen deutlich; es ergaben sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum 3,0 Prozent mehr. Die beantragten Insolvenzen nahmen im gleichen Zeitraum jedoch um 12,2 Prozent zu. Die Trend-Konjunktur-Komponenten zeigten ein deutliches Bild: steigende beantragte Insolvenzen und steigende Unternehmensinsolvenzen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2007 – bezogen auf das Jahr 2000 – bei 111,3. Es zeigte sich ein langfristig konstant-steigender Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen Oktober 2007 und Oktober 2006, ergab sich damit der Wert von +2,3 Prozent. Sie befand sich seit August 2006 unter 2,0 Prozent und bewegte sich im Zeitraum vom Januar 2001 bis zur Gegenwart zwischen -0,1 bis +2,6 Prozent. In den letzten beiden Monaten stieg die Inflationsrate allerdings wieder auf Werte über 2,0 Prozent an.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Oktober 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 05. Februar 2008)

Merkmal	Einheit	Oktober 2007		Januar 2007 bis Oktober 2007		November 2006 bis Oktober 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	242 241	-12,6	265 357	-11,0	266 134	-10,7
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 \pm 100	135,0	21,1	118,2	13,0	117,2	12,8
Gesamtumsatz	Mill. EUR	2 647,4	8,9	2 445,5	1,8	2 452,2	1,6
Auslandsumsatz	Mill. EUR	930,3	23,7	834,5	7,9	832,3	7,4
Beschäftigte	1 000	86,7	0,7	84,7	-0,9	84,9	-0,9
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	142,0	44,4	123,3	23,2	123,1	20,5
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	138,0	4,7	111,2	-3,6	118,3	-4,4
Beschäftigte	1 000	8,6	-2,2	8,2	0,9	8,3	1,1
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	1 124,5	5,5	1 024,7	9,3	1 020,4	10,2
Einfuhr	Mill. EUR	708,5	6,3	687,2	7,3	706,9	9,7
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	112,6	4,0	104,2	1,0	107,9	1,8
Beschäftigte	2003 \pm 100	102,5	3,5	100,2	2,3	100,3	2,2
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	114,4	1,5	101,6	-2,6	101,1	-1,6
Beschäftigte	2003 \pm 100	92,3	-1,0	93,0	-0,9	93,0	-1,0
Tourismus							
Gästekünfte	1 000	717,7	5,2	640,4	7,8	628,6	8,6
Gästeübernachtungen	1 000	1 661,4	4,5	1 477,4	9,1	1 428,9	9,6
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen .. darunter	Anzahl	1 188	1,1	1 071,6	-12,1	959,2	-16,8
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben		210	92,7	149,4	3,8	124,0	-8,8
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	813	9,9	795,5	12,4	777,9	12,2
darunter							
Regelinsolvenz der Unternehmen.	Anzahl	132	45,1	122,9	7,0	121,8	3,0
Verbraucherpreisindex	2000 \pm 100	111,3	2,3	110,4	1,6	110,2	1,5

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Brandenburg Oktober 2007

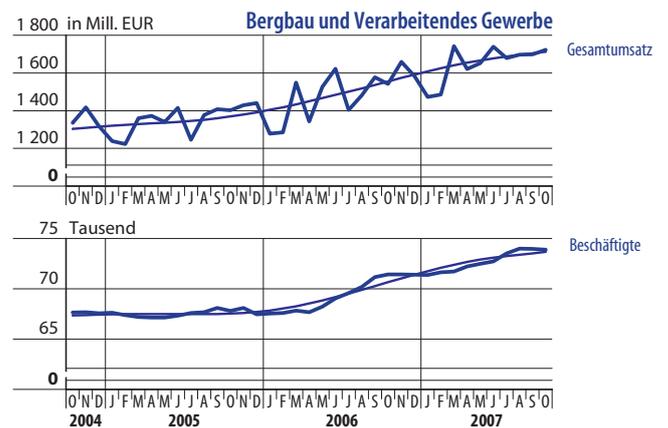
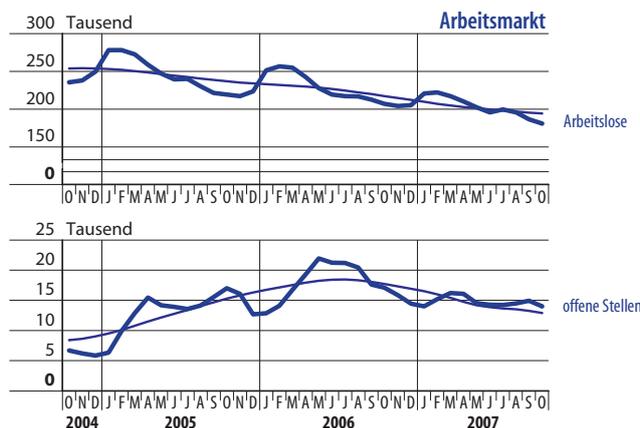
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Oktobers 2007 zum Oktober 2006 um 12,7 Prozent; das sind 26 383 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 14,9 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war ein stabiler Anstieg nur beim Auftragsengang vorhanden. Die Beschäftigtenzahl und der Gesamtumsatz entwickelten sich langfristig verhaltener, aber – bis auf den Vergleich zum Vorjahresmonat – auch positiv. Im brandenburgischen Einzelhandel stiegen längerfristig die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz leicht an, während im Gastgewerbe der nominale Umsatz

eine steigende und die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz zeigten. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen weiterhin an, zeigten aber seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine leicht nachlassende Tendenz, bei der Ausfuhr deutet sich eventuell ein Trendwechsel an. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der langfristig-steigende Trend, der von sehr starken saisonalen Schwankungen überlagert wurde, nach wie vor an. Der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben waren stark fallend. Während die beantragten Insolvenzen, durch steigende Privatinsolvenzen bestimmt, insgesamt anstiegen, fielen die Unternehmensinsolvenzen. Die Inflationsrate – die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat – lag seit dem September des Jahres 2006 unter 2,0 Prozent; im Oktober 2007 betrug sie 2,4 Prozent mit weiter steigender Tendenz.

zentpunkte weniger. Damit lag die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber in beiden Fällen 0,3 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Arbeitslosenquoten. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen – die seit Anfang des Jahres 2005 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Arbeitslosenzahl weiterhin erhalten. Die gemeldeten offenen Stellen waren seit dem Oktober des vorigen Jahres um 3 061 Stellen oder um 17,9 Prozent niedriger. Im Mai 2006 war mit bisher fast 22 000 offenen Stellen das Maximum erreicht, seit Juli 2006 ist die dazugehörige Trend-Konjunktur-Komponente wieder fallend. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,9. Im Oktober dieses Jahres waren 7 793 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Oktober 2006 ergab das ein Minus von 1 206 Personen oder –13,4 Prozent.

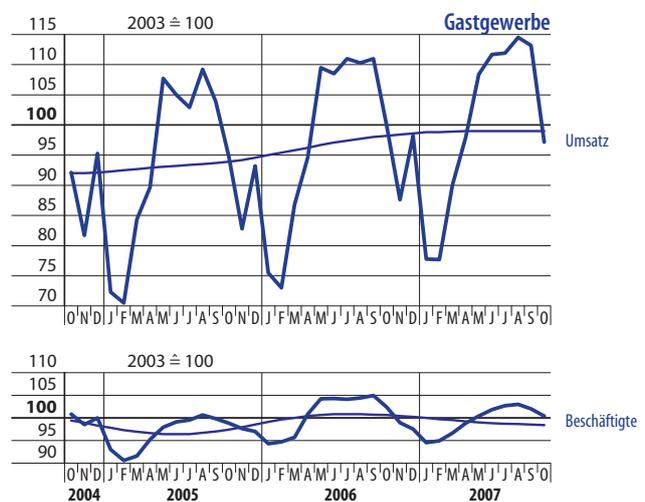
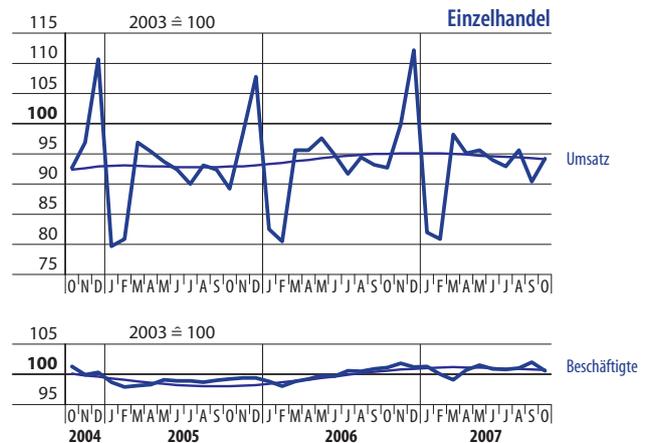
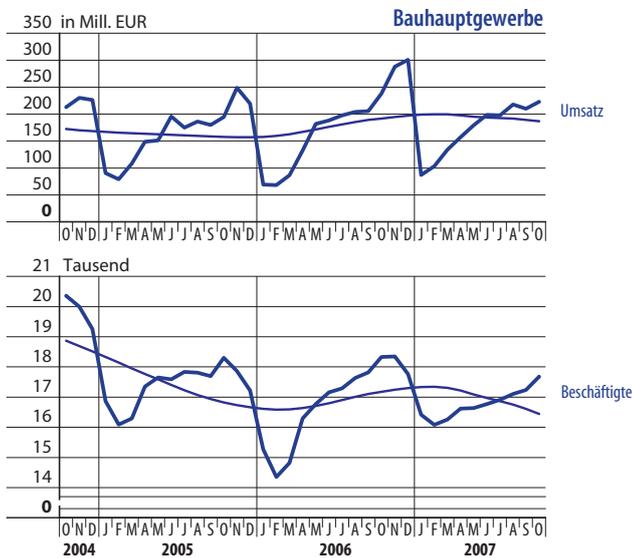
Mit dem Beginn des Jahres 2007 werden im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden monatlich nur noch Betriebe ab 50 Beschäftigte – bis dahin waren es Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten – erhoben. Die erforderliche Rückrechnung ist für die wichtigsten Kennziffern im gesamten Zeitraum erfolgt. Die im Monat Oktober 2007 berichtspflichtigen 405 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 722,5 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 180,3 Millionen EUR oder 11,7 Prozent überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von November 2006 bis Oktober 2007 – konnten die brandenburgischen

Im Land Brandenburg wurden Ende Oktober 2007 mit 180 777 Arbeitslosen rund 3,0 Prozent weniger als im Vormonat, dem September 2007, registriert; das sind –5 684 Personen. Im Vergleich zum Oktober 2006 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 12,7 Prozent, das entspricht 26 383 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,9 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,4 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,4 beziehungsweise 2,2 Pro-



Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 19,8 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 13,0 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftsabschnitt war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte – sehr stark steigend. Die Veränderungen aller zu diesem Wirtschaftsabschnitt in der Tabelle enthaltenen Merkmale der einzelnen Vergleichszeiträume (Monat zum Vorjahresmonat und 10-Monats- und Ein-Jahres-Zeiträume zum Vorjahreszeitraum) lagen seit dem Beginn des Jahres 2007 meist über 10 Prozent – außer bei der Beschäftigtenzahl. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses brandenburgischen Wirtschaftsabschnitts erreichte im Oktober ein Niveau von 442,1 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug dabei 25,7 Prozent. Insgesamt sind in den ersten zehn Monaten des Jahres 2007 Waren für 4,3 Milliarden EUR dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Tendenz erkennbar, während die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl ist deutlich niedriger als der bei der Umsatzentwicklung. Im Oktober 2007 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 73 904 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2007 – fiel die Zahl der Beschäftigten um 0,1 Prozent oder 78 Personen. Gegenüber dem Oktober 2006 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 3,5 Prozent. Beim Vergleich der ersten zehn Monate des Jahres 2007 mit denen des Jahres 2006 sind es +5,4 Prozent, wie auch beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume. Damit zog der seit Januar 2003 steigende Umsatz seit dem Beginn des Jahres 2006 auch deutlich steigende Beschäftigtenzahlen nach sich. Die Umsatz je Beschäftigten (Produktivität) betrug 23 307 EUR, das waren +8,0 Prozent gegenüber dem Oktober 2006. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg wesentlich schwächer. Sie lag im Vergleich zum Oktober 2006 um 1,0 Prozent höher.

In der konjunkturellen Entwicklung des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** ist keine eindeutige Richtung erkennbar. Zwar signalisierten die Umsatz-, die Auftragseingangs- und die Beschäftigtenwerte des 10-monatigen und des jährlichen Durchschnitts im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine positive Entwicklung, bei dem monatlichen Vergleich zum Oktober und bei der Trend-Konjunktur-Komponente der Grafik (Umsatz und Beschäftigtenzahl) ist eher wieder eine leicht fallende Tendenz erkennbar. Die 340 im Oktober 2007 berichtspflichtigen Betriebe erreichten mit 17 679 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 222,8 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 6,5 Prozent unter dem Wert vom Oktober 2006. Im Oktober 2007 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 146,6 Millionen EUR. Es lag damit um 21,5 Prozent über den Angaben des Oktobers 2006. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zehn Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +12,7 Prozent und die in den letzten zwölf Monaten bei +15,6 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe stieg in den letzten zehn Monaten im Vergleich zum vergleichbaren vorhergehenden Zeitraum um 1,2 Prozent; beim Vergleich der jeweils letzten zwölf Monate waren es +1,5 Prozent. Aber bei dem Vergleich des Oktober 2007 zum Oktober 2006 ergaben sich –647 Beschäftigte oder 3,5 Prozent weniger.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Beim nominalen Umsatz- und bei der Beschäftigten-Messzahl im brandenburgischen Einzelhandel war in den letzten drei Jahren, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, ein kontinuierlich sehr leicht steigender Trend erkennbar. Die Umsatz-Messzahl vom Januar bis Oktober 2007 zum Vorjahreszeitraum blieb unverändert, beim Vergleich des gesamten letzten Einjahres-Zeitraumes (November 2006 bis Oktober 2007) zum gleichen Vorjahreszeitraum (November 2005 bis Oktober 2006) ergab sich ein Plus von 0,6 Prozent. Die analogen Beschäftigten-Kennziffern lauten: +1,1 Prozent für Januar bis Oktober 2007 zum Januar bis Oktober 2006 und +1,2 Prozent für den Vergleich des entsprechenden 12-monatigen Zeitraumes. Die Trend-Konjunktur-Komponente war bei der Beschäftigten- und der Umsatzmesszahl seit dem Beginn des Jahres 2007 wieder leicht fallend.

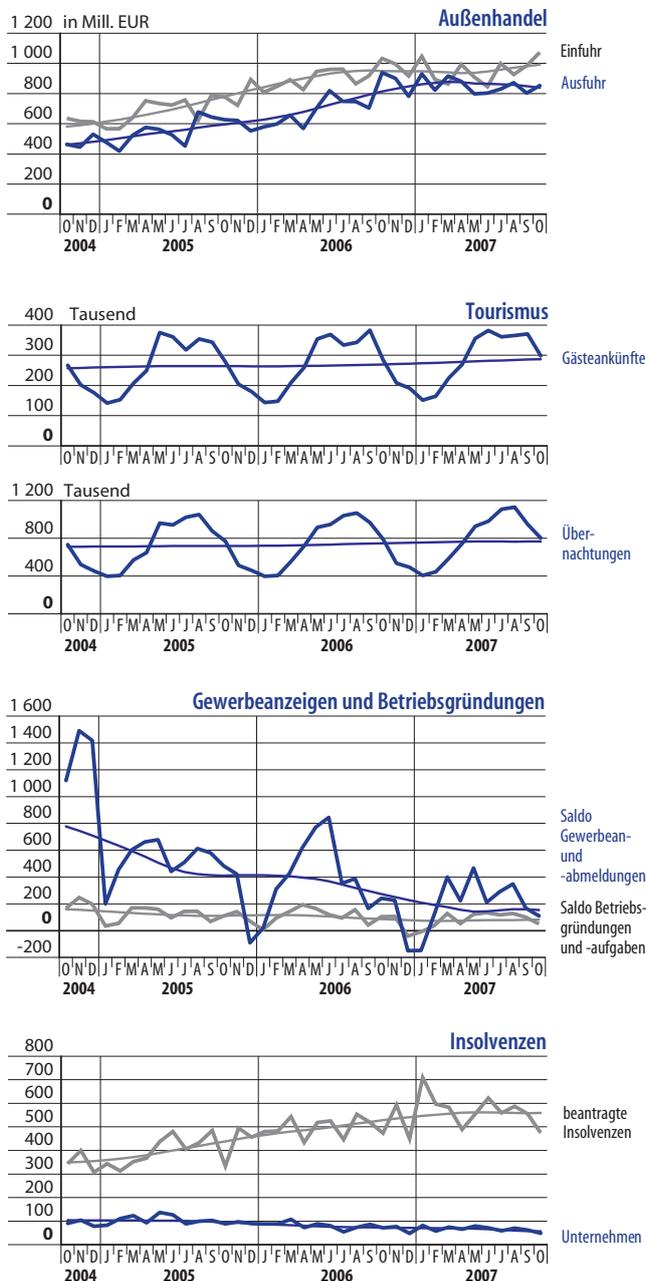
Im ebenfalls saisonal stark geprägten Gastgewerbe war beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigtenzahlen eine gegenläufige Entwicklung sichtbar. Während

die Trend-Konjunkturkomponente beim Umsatz seit mehreren Jahren leicht steigt, fällt die der Beschäftigten seit Mitte vorigen Jahres ebenso leicht ab. Im Vergleich des Zeitraumes Januar bis Oktober 2007 zum gleichen Zeitraum 2006 ist eine Veränderung beim nominalen Umsatz von +2,1 Prozent und im Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ein Zuwachs von 2,6 Prozent feststellbar. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im Vergleich zum analogen 10-monatigen Zeitraum um 1,5 Prozent, im Ein-Jahresvergleich um -1,1 Prozent.

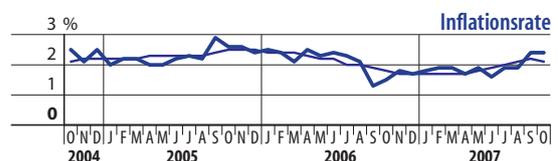
Beim Außenhandel erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im Oktober 2007 ein Volumen von 853,0 Millionen EUR und lag damit um 9,1 Prozent unter dem Ergebnis des Oktobers 2006. Beim Vergleich der Zehn-Monats- und der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein hohes Plus von 20,5 oder 23,7 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum von November 2006 bis Oktober 2007 Waren im Wert von 10,2 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen 1 073,6 Millionen EUR, bei einem Plus von 3,9 Prozent gegenüber dem Oktober 2006. In den letzten zwölf Monaten wurden Waren im Wert von 11,4 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert. In der Grafik deutet sich beim Import nach einer leichten Abschwächung wieder eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente an, während beim Export nach langer stabiler Steigerung die leicht fallende Trend-Konjunktur-Komponente weiter anhält. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Im Oktober 2007 betrug die Zahl der Gästeankünfte in der Tourismusbranche 299,0 Tausend; gegenüber dem Oktober 2006 waren es 13,9 Tausend oder 4,9 Prozent mehr. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 4,1 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen stieg ebenfalls an, wenn auch nicht so stark wie die Gästeankünfte, – im Vergleich zum Oktober 2006 um 1,1 Prozent und im Vergleich der entsprechenden Ein-Jahres-Zeiträume um 3,8 Prozent. Im Durchschnitt entfielen im Oktober 2007 auf jeden Gast 2,7 Übernachtungen; im Mittel des laufenden Jahres 2007 waren es bisher ebenfalls 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt ist bei den Gästeankünften und bei den Übernachtungen – bei einer sehr stark saisonal geprägten Entwicklung, die sich über die einzelnen Jahre verfestigte – langfristig ein kontinuierlich-leicht-steigender Trend erkennbar, der sich in letzter Zeit etwas verstärkt hat und der bei den Gästeankünften stärker ausgeprägt als bei den Übernachtungen ist. Die Verweildauer der Gäste fällt demzufolge langfristig leicht ab.

Bei den Gewerbeanmeldungen werden die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Insgesamt ist bei beiden Kennziffern langfristig eine deutlich fallende Tendenz erkennbar. Im Oktober 2007 betrug der Saldo aus Gewerbe- und -abmeldungen +110 Gewerbeanmeldungen, gegenüber dem Oktober 2006 waren es 54,4 Prozent weniger. Im Zehn-Monats-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



Zeitraum sind es –47,1 und im Ein-Jahres-Vergleich –49,3 Prozent. Der Saldo der Betriebsanmeldungen und -aufgaben nahm ebenfalls ab. Er lag im Oktober 2007 zum Oktober 2006 bei einem Plus von 50 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, aber im Vergleich zum Vorjahresmonat sind es –51,9 Prozent. Beim Vergleichen des Zehn-Monats- und des Zwölf-Monats-Zeitraumes bleibt der stark fallende Trend auch bei den Betriebsgründungen und -aufgaben erhalten, mit –22,7 beziehungsweise –30,1 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte beim Saldo des Gewerbes eine langfristig stark fallende Tendenz – bei den Betrieben ist sie leicht fallend.

Bei den **Insolvenzen** lagen für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit langem ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei 50 bis 70 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Oktober 2007 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren

gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,2 Prozent auf 474 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 49 Fälle, das waren –31,9 Prozent zum Oktober 2006. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume entwickelte sich der Rückgang der Regelinsolvenzen der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich 20,4 Prozent weniger, bei den beantragten Insolvenzverfahren waren es dagegen 14,3 Prozent mehr.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Oktober 2007 (bezogen auf das Jahr 2000) bei 114,2. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Oktober 2007 und dem Oktober 2006, ergab sich damit ein Wert von +2,4 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt lag der Wert in der Abteilung „Lebensmittel und alkoholfreie Getränke“ mit +5,7 Prozent und in der Sondergliederung „Energie“ mit +6,0 Prozent. Seit dem September 2006 lag die Inflationsrate in Brandenburg stabil unter 2,0 Prozent, ab dem September 2007 ist sie wieder bei 2,4 Prozent angelangt. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem November 2006 ebenfalls leicht an.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Oktober 2007

(Basis: Originalwerte, Stand vom 30. Januar 2008)

Merkmal	Einheit	Oktober 2007		Januar 2007 bis Oktober 2007		November 2006 bis Oktober 2007	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose.....	Anzahl	180 778	– 12,7	203 170	– 11,9	203 449	– 11,2
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 \triangle 100	183,9	44,6	153,4	11,9	152,7	14,4
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 722,5	11,7	1 651,1	13,0	1 646,1	13,0
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	442,1	9,3	428,8	14,1	428,7	16,4
Beschäftigte.....	1 000	73,9	3,5	72,8	5,4	72,5	5,4
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	146,6	21,5	154,7	12,7	154,3	15,6
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	222,8	– 6,5	170,7	8,6	191,4	12,6
Beschäftigte.....	1 000	17,7	– 3,5	16,8	1,2	17,0	1,5
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	94,2	1,6	91,9	0,0	94,3	0,6
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	100,6	– 0,5	100,8	1,1	100,9	1,2
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	97,2	– 2,8	100,0	2,1	98,9	2,6
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	100,4	– 2,0	99,5	– 1,5	99,3	– 1,1
Außenhandel							
Ausfuhr.....	Mill. EUR	853,0	– 9,1	851,0	20,5	849,3	23,7
Einfuhr.....	Mill. EUR	1 073,6	3,9	953,6	5,3	954,0	7,2
Tourismus							
Gästeankünfte.....	1 000	299,0	4,9	294,5	4,1	278,7	4,1
Gästeübernachtungen.....	1 000	802,0	1,1	808,4	3,5	759,1	3,8
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und abmeldungen... darunter	Anzahl	110	– 54,4	219,1	– 47,1	189,1	– 49,3
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	50	– 51,9	86,6	– 22,7	77,7	– 30,1
Beantragte Insolvenzverfahren... darunter	Anzahl	474	0,2	573,3	15,2	564,7	14,3
Regelinsolvenzen der Unternehmen...	Anzahl	49	– 31,9	67,3	– 17,4	66,5	– 20,4
Verbraucherpreisindex.....	2000 \triangle 100	114,2	2,4	113,2	1,9	112,9	1,9

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Angelika Hauswirth, Gisela Kröger

Krankenhausstatistik im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg



Vorbemerkungen

Die Krankenhausstatistik ist eine jährliche Totalerhebung von Daten über Krankenhäuser sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, ihrer organisatorischen Einheiten, personellen und sachlichen Ausstattung sowie der von ihnen erbrachten Leistungen. Daneben werden Angaben über die Krankenhauskosten, über die Zahl der Behandlungsfälle und die Art der Erkrankungen sowie über Ausbildungsstätten an Krankenhäusern erhoben.

Seit Bestehen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg ab 1. Januar 2007 wird die Krankenhausstatistik als Teil der Statistiken des Gesundheitswesens für die Länder Berlin und Brandenburg am Standort Berlin durchgeführt. Die Vielfalt der erhobenen Daten ermöglichen die Bereitstellung detaillierter Informationen über die Struktur und das Leistungsangebot der stationären Versorgung in den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen beider Länder. Der Beitrag gibt Auskunft über die Erhebungen der Krankenhausstatistik für beide Länder. Anhand der Ergebnisse aus dem Jahr 2006 wird verdeutlicht, welches Potenzial an Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen einschließlich des darin beschäftigten Personals in der Region Berlin-Brandenburg für die medizinische Versorgung vorhanden ist. Angaben über die im Jahr 2005 aus stationärer Behandlung Entlassenen, aufgeschlüsselt nach Diagnosegruppen, zeigen, welche Krankheiten am häufigsten in den Einrichtungen behandelt werden mussten.

(z.B. Krankenkassen, Krankenhausgesellschaften, Berufsverbände) und Wirtschaftsunternehmen (z.B. Pharma- und Beratungsunternehmen), epidemiologische und gesundheitsökonomische Institute, Medien.

Die Ergebnisse dieser Statistik liefern detaillierte Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots der stationären Versorgung und schaffen die statistische Basis für gesundheitspolitische Betrachtungen des Bundes und der Länder. Neben der Information einer breiten Öffentlichkeit unterstützen sie die an der Krankenhausplanung und -finanzierung beteiligten Institutionen bei der Ermittlung des Bedarfs an Krankenhausleistungen und bilden die Basis für gesundheitspolitische Untersuchungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Bereitstellung von Daten für Informationssysteme und Fortschreibung von Kennziffern für die nationale und internationale Gesundheitsberichterstattung. Hauptnutzer sind Gesundheits- und Sozialministerien des Bundes und der Länder, die Europäische Kommission, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), nationale Organisationen

Die veränderten institutionellen Rahmenbedingungen sind Anlass, die Organisation und Hauptinhalte der Erhebung sowie ausgewählte Ergebnisse aus dem Informationsangebot der Krankenhausstatistik für beide Länder kurz vorzustellen.

Hauptinhalte der Krankenhausstatistik

Alle Statistischen Einrichtungen der Länder erheben die Informationen einheitlich und zeitgleich bei den Krankenhäusern und den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Rechtsgrundlage ist die Krankenhausstatistikverordnung (KHStatV) von 1990 [1], wonach sich die Krankenhausstatistik in folgende Erhebungsteile gliedert:

- Teil I: Grunddaten, insbesondere mit Informationen über die materiell-technische Ausstattung der Krankenhäuser, Patientenbewegung, Fachabteilungsgliederung, Entbindungen und Geburten, den Personalbestand sowie Ausbildung und Ausbildungsstätten;
- Teil II: Diagnosen, mit Informationen über die Entlassungsdiagnosen vollstationärer Behandlungsfälle nach Geschlecht, Alter, Wohnort, Fachabteilungszuordnung, Dauer der Krankenhausaufenthalte, Art der Behandlung und Sterbefälle;
- Teil III: Kostennachweis, mit Informationen über die Kostenstruktur, gegliedert nach Personal- und Sachkosten, Kosten für Ausbildung und Abzüge für nichtstationäre Leistungen.

Der Nachweis für die Grunddaten erfolgt seit 1990, der der Kostendaten seit 1991 und der für Diagnose-daten ab 1993.

Die erhobenen Merkmale der Krankenhausstatistik unterliegen ständigen Veränderungen und Weiterentwicklungen, die sich unter anderem am medizinischen Fortschritt und veränderten Behandlungsmethoden orientieren und vor allem dem gewachsenen Informationsbedarf der Gesellschaft Rechnung tragen sollen. Das Bundesministerium für Gesundheit, Fachgremien, Vertreter des Statistischen Bundesamtes und der Länder, Mitarbeit in internationalen Arbeitsgruppen (zum Beispiel Eurostat), Auskunftspflichtige und Rückmeldungen der Nutzer im Rahmen des Auskunftsdienstes sind in die Weiterentwicklung dieses Aufgabengebietes der Statistik integriert. Ausdruck dieser Weiterentwicklung war 2001 die erste Änderungsverordnung zur Krankenhausstatistikverordnung. Die am 1. Januar 2002 in Kraft ge-

tretenen Änderungen dienen einer differenzierteren Erfassung

- der Rechtsform bei öffentlichen Trägern,
- der Intensivbetten,
- von kapazitäts- und leistungsbezogenen Daten der Fachabteilung Geriatrie,
- besonderer Einrichtungen im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 3 der Krankenhausstatistikverordnung,
- des Leistungsgeschehens im Bereich der vor- und nachstationären Behandlung sowie im Bereich ambulanter Operationen,
- der Zahl von Tages- und Nachtklinikplätzen nach Fachabteilungen,
- der Patientenabgänge mit dem Schwerpunkt Anzahl der Entlassungen in stationäre Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie in Pflegeheime sowie
- der Erweiterung des Berichtskreises für Diagnose-daten um Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten.

Detaillierte Informationen über die Krankenhausstatistik und deren Ergebnisse sind beispielsweise in den nachfolgenden Veröffentlichungen zu finden:

- Auf der Homepage des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg geben Eckzahlen in Tabellenform und als Grafik einen Kurzüberblick über die langfristigen Ergebnisse der Krankenhausstatistik – auch in einer Gegenüberstellung für beide Bundesländer [2].
- Kurzinformationen zu Krankenhäusern enthalten die Statistischen Jahrbücher von Berlin [3] und Brandenburg [4].
- In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Beiträge zur Berliner Krankenhausstatistik in der Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin veröffentlicht [5–9].
- Deutschlandweite Informationen, Kennziffern und Vergleichswerte zu allen Bundesländern erscheinen in der Fachserie 12 Reihe 6 des Statistischen Bundesamtes [10].
- Die Forschungsdatenzentren stellen ausgewählte Mikrodaten der amtlichen Statistik für wissenschaftliche Forschungszwecke zur Nutzung bereit [11], zu denen auch gesundheitsrelevante Daten gehören.
- Umfangreiche Aussagen zur medizinischen Betreuung und zu Kennziffern der stationären Versorgung enthalten Veröffentlichungen einschließlich der Krankenhausplanungen der Gesundheitsverwaltungen der Länder Berlin [12] und Brandenburg [13].

Krankenhausstatistik – ein Kurzüberblick

In die Erhebung werden Krankenhäuser einschließlich der mit ihnen verbundenen Ausbildungsstätten sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen einbezogen; von der Berichtspflicht ausgenommen sind Krankenhäuser im Straf- oder Maßregelvollzug sowie Polizeikrankenhäuser und Krankenhäuser, deren Träger die Bundesrepublik Deutschland ist.

Die ermittelten Ergebnisse bilden das Leistungsgeschehen der Krankenhäuser ab, die erhobenen Merkmale mit ihren Ausprägungen lassen eine Vielzahl von Auswertungen zu, unter anderem nach

Trägerschaft und Größenklassen bezogen auf Bettenzahlen, Aussagen zur Fachabteilungsspezifität, der regionalen Zuordnung sowohl der Krankenhäuser als auch der Behandelten, den Behandlungsursachen, dem Alter und dem Geschlecht. Der Kostennachweis der Krankenhäuser enthält Aussagen zu den Budgets der Krankenhäuser und zu wichtigen Kostenkennziffern.

Stationäre Versorgung – Unterschiede zwischen Stadtstaat und Flächenstaat

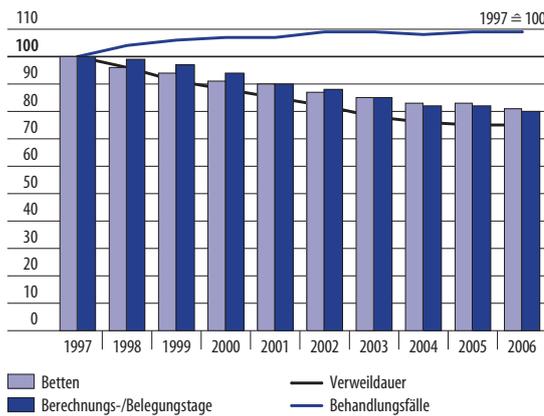
Im Stadtstaat Berlin sind auf einer Fläche von 892 km² rund 3,4 Millionen Einwohner stationär zu versorgen. Krankenhäuser mit ihren vollstationären und teilstationären Kapazitäten sind neben der vorrangigen ambulanten Versorgung ein wesentlicher Teil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und gleichzeitig wichtige Arbeitgeber. Hier befinden sich neben den Möglichkeiten der medizinischen Grundversorgung, spezialisierte Einrichtungen der Hochleistungsmedizin sowie Zentren für Spezialbehandlungen (wie zum Beispiel Herz, Herz-Kreislauf, Schlaganfall, Transplantationen, Querschnittslähmung, Schwerbrandverletzte, Schwerst-Schädel-Hirn-Verletzte, Mukoviszidosekranke, Onkologie, Aids, Neonatologie) und Ausbildungsstätten für die Hochschulmedizin, die über Berlin hinaus agieren.

Der schrittweise Abbau der vereinigungsbedingten Überversorgung mit stationären Behandlungsangeboten, die Angleichung im Ausstattungs- und Versorgungsniveau und die Trägerpluralität waren seit 1990 neben einem ausgewogenen Verhältnis von Basisversorgung, Spezialisierung und Kostenminimierung das erklärte Ziel der Berliner Gesundheitspolitik. Der Realisierungsstand dieser politischen Zielstellungen lässt sich auch anhand der Ergebnisse der jährlichen Krankenhausstatistik nachweisen. Künftig werden die Veränderungen in der Hochschulmedizin durch eine stärkere Konzentration von Forschung und Lehre und die zunehmende Berücksichtigung von Maßnahmen zur Rücknahme bei der Planung von Subdisziplinen unterhalb der Fachabteilungsebene in Berlin die Weiterentwicklung in der Medizin mit tragen. Andererseits orientieren neue Therapiemethoden auf kurzzeitige Krankenhausaufenthalte.

Die medizinische Versorgung im Flächenland Brandenburg ist hingegen auf einem wesentlich größeren Gebiet von 29 479 km² für rund 2,5 Millionen Einwohner abzusichern, insbesondere durch Vorhalten von Angeboten der medizinischen Grundversorgung, der Regelversorgung und der Schwerpunktversorgung. In Brandenburg stand seit 1990 die Sicherung beziehungsweise der Ausbau bestehender Versorgungsstrukturen im Vordergrund der Gesundheitspolitik, um eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und gleichwertige Versorgung in allen Regionen des Landes zu gewährleisten.

Die Gesundheitsverwaltungen beider Länder arbeiten in Fachgremien und Arbeitsgruppen eng zusammen. Dabei werden bei den Planungen gemeinsame länderübergreifende Versorgungsschwerpunkte erarbeitet und festgelegt, wie beispielsweise die wechselseitige Inanspruchnahme hoch spezialisierter Behandlungsangebote, insbesondere durch Berliner Krankenhäuser. Im Land Brandenburg wer-

Abb. 1 Indikatoren der Krankenhausstatistik in Berlin und im Land Brandenburg 1997 bis 2006



den hingegen die zahlreichen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen von Berlinerinnen und Berlinern in größerem Maße genutzt.

Struktur der stationären Versorgung in den Ländern Berlin und Brandenburg

In die Erhebungen im Jahr 2006 waren in den Ländern Berlin und Brandenburg 119 Krankenhäuser und 29 Vorsorge- sowie Rehabilitationseinrichtungen einbezogen.

Von den Krankenhäusern waren 107 allgemeine Krankenhäuser, mit Fachabteilungen der medizinischen Grundversorgung. Das Behandlungsangebot in der Region ergänzten neun Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen und neurologischen Fachabteilungen sowie drei reine Tages- und Nachtkliniken, in denen die Patientinnen und Patienten nur für eine begrenzte Zeit des Tages oder der Nacht untergebracht und teilstationär behandelt wurden. Der Vorsorge oder Rehabilitation dienten 27 Einrichtungen im Land Brandenburg. In Berlin gibt es nur zwei dieser stationären Einrichtungen.

Unterschiede in der Trägerpluralität der Krankenhäuser in den Ländern Berlin und Brandenburg

Einen öffentlichen Träger in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form (Zweckverband, Anstalt, Stiftung, privatrechtlich) hatten 25 der 119 betriebenen Krankenhäuser; 51 waren freigemeinnützig (Träger der kirchlichen oder freien Wohlfahrtspflege, Stiftungen, Kirchengemeinden, Vereine) und 43 Krankenhäuser waren privat (gewerbliches Unternehmen). Die Aufteilung nach Krankenhausträgern lässt klare Unterschiede zwischen den beiden Ländern erkennen.

In Berlin gibt es dagegen durch Standortschließungen, Konzentration und Trägerwechsel in den vergangenen Jahren nur noch drei öffentliche Krankenhäuser, mit allerdings 42 Prozent der Allgemeinbetten. Hierzu gehören die Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH, in der Vereinigung von ehemals neun öffentlichen Krankenhäusern, die Charité und das Unfallkrankenhaus Berlin; 37 Einrichtungen haben einen privaten Träger und 19 Einrichtungen sind freigemeinnützig.

Im Jahr 2006 wurden im Land Brandenburg durch die öffentliche Hand 22 Krankenhäuser betrieben, in denen 62 Prozent der Betten standen. Ergänzt wurde das Behandlungsangebot durch 17 freigemeinnützige Krankenhäuser mit 21 Prozent der Betten und acht private Krankenhäuser mit 17 Prozent der Betten.

Durch private Träger wurden in der Region 85 Prozent der insgesamt 5674 Betten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen betrieben, darunter waren die zwei Berliner Einrichtungen mit 318 Betten von privaten Trägern. Im Land Brandenburg wurden in drei freigemeinnützigen Einrichtungen 465 Betten (8 Prozent) vorgehalten, in vier öffentlichen Einrichtungen standen die restlichen 413 Betten (7 Prozent).

Entwicklung ausgewählter Indikatoren für die Region Berlin-Brandenburg in den letzten zehn Jahren

Seit 1997, also innerhalb von neun Jahren, sank die in den Ländern Berlin und Brandenburg zusammengefasste Zahl der Krankenhausbetten um 8022 bzw. –18,5 Prozent. Der Bettenabbau erfolgte zu 82 Prozent in Berliner Krankenhäusern. In diesem Zeitraum stieg zugleich die Zahl der stationären Behandlungsfälle um 8,7 Prozent auf 1,21 Millionen. Im Land Brandenburg war der Anstieg der Fallzahlen im betrachteten Zeitraum mit einem Anteil von 53 Prozent (+51 708 Fälle) wesentlich höher als im Land Berlin mit 47 Prozent (+45 275 Fälle).

Mit dieser Entwicklung einher ging die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer der Patientinnen und Patienten, von 11,5 Tagen im Jahr 1997 auf 8,5 Tage im Jahr 2006.

Wie sich die wichtigsten Indikatoren der Krankenhausstatistik seit 1997 in den Ländern Berlin und Brandenburg entwickelten verdeutlicht Abbildung 1.

Die Zahl der Berechnungs- und Belegungstage ging in den betrachteten zehn Jahren um knapp ein Fünftel auf insgesamt 10,3 Millionen Tage zurück, auch hier wurden vier Fünftel des Abbaus durch Berliner Krankenhäuser getragen (Tabelle 1).

Unterschiedliche Entwicklung in den Krankenhäusern der Länder Berlin und Brandenburg

Zum Stichtag 31. Dezember 2006 gab es in den Ländern Berlin und Brandenburg zusammen insgesamt 35 249 Krankenhausbetten, 19 859 bzw. 56,3 Prozent wurden in Berliner Krankenhäusern vorgehalten, 15 390 Betten bzw. 43,7 Prozent entfielen auf das Land Brandenburg. Das Bettenangebot beider Länder entsprach einem Versorgungsangebot von rund 59 Betten je 10 000 Einwohner. Mit dieser Versorgungsdichte ergaben sich für Berlin und für Brandenburg seit 2001 niedrigere Werte als im Bundesdurchschnitt, der für 2006 bei 62 Betten je 10 000 Einwohner lag. Die Zahl der Behandlungstage ging im Vorjahresvergleich von 10,5 Millionen auf 10,3 Millionen Berechnungs- und Belegungstage (–1,8 Prozent) zurück. Beide Länder wiesen eine niedrigere Behandlungshäufigkeit aus als im Bundesdurchschnitt (2 044 Fällen je 10 000 Einwohner).

Tab. 1 **Grunddaten, Kosten und Kostenkennziffern in Krankenhäusern der Länder Berlin und Brandenburg 1997 bis 2006**

Jahr	Kranken- häuser	Auf- gestellte Betten	Behand- lungs- fälle ^{1, 2}	Berech- nungs-/ Belegungs- tage	durch- schnitt- liche Verweil- dauer	Bereinigte Kosten				
						ins- gesamt	je auf- gestelltes Bett	je Behand- lungs- fall ^{1, 2}	je Berech- nungs-/ Belegungs- tag	
						Anzahl	in 1 000	Tage	1 000 EUR	EUR
Berlin										
1997.....	68	26 469	649 244	7 876	12,1	2 880 376	108 821	4 437	366	
1998.....	73	25 110	677 818	7 727	11,4	2 899 803	115 484	4 278	375	
1999.....	74	24 170	692 263	7 400	10,7	2 910 035	120 399	4 204	393	
2000.....	76	23 287	697 609	7 085	10,2	2 910 468	124 983	4 172	411	
2001.....	70	22 620	690 244	6 696	9,7	2 853 596	126 154	4 134	426	
2002.....	67	21 404	694 028	6 457	9,3	2 796 738	130 664	4 030	433	
2003.....	69	20 991	691 115	6 221	9,0	2 772 177	132 065	4 011	446	
2004.....	71	20 531	691 224	6 065	8,8	2 729 280	132 935	3 948	450	
2005.....	71	20 350	691 869	5 984	8,6	2 725 241	133 918	3 939	455	
2006.....	72	19 859	694 518	5 848	8,4	2 721 860	137 059	3 919	465	
Land Brandenburg										
1997.....	58	16 802	463 210	4 933	10,6	1 206 512	71 808	2 605	245	
1998.....	55	16 569	475 247	4 992	10,5	1 243 022	75 021	2 616	249	
1999.....	53	16 430	486 030	4 991	10,3	1 269 554	77 270	2 612	254	
2000.....	54	16 288	492 835	4 920	10,0	1 300 707	79 857	2 639	264	
2001.....	53	16 134	504 258	4 842	9,6	1 372 473	85 067	2 722	283	
2002.....	51	16 058	515 933	4 819	9,3	1 429 957	89 050	2 772	297	
2003.....	49	15 664	519 341	4 687	9,0	1 459 689	93 188	2 811	311	
2004.....	47	15 534	508 267	4 497	8,8	1 516 637	97 633	2 984	337	
2005.....	47	15 424	517 800	4 498	8,7	1 560 374	101 165	3 013	347	
2006.....	47	15 390	514 918	4 447	8,6	1 593 842	103 563	3 095	358	

1 nach Novellierung der Krankenhausstatistikverordnung Fallzahlberechnung einschließlich Stundenfälle;

2 2005 ohne gesunde Neugeborene

In der Statistik des Jahres 2006 meldeten die 72 Berliner Krankenhäuser 491 Betten weniger als 2005 (-2,4 Prozent). Damit standen rein rechnerisch 58 Betten je 10 000 Einwohner zur Verfügung. Trotz Abbaus von Betten und einem Rückgang der Berechnungs- und Belegungstage nahm die Zahl der Behandlungsfälle um 2 649 Fälle (+0,4 Prozent) auf 694 518 Fälle zu. Grund waren kürzere Liegezeiten gegenüber dem Jahr 2005 von durchschnittlich 8,6 Tagen auf 8,4 Tage. Rein rechnerisch – bezogen auf die stationären Behandlungsfälle – lag die Behandlungshäufigkeit mit 2 042 Krankenhausaufhalten je 10 000 Einwohner leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Bettenrückgang in den 47 Krankenhäusern des Landes Brandenburg fiel mit 34 Betten (-0,2 Prozent) wesentlich geringer aus als im Land Berlin. Mit einer Versorgungsdichte von 60 Betten je 10 000 Einwohner gab es keine Veränderungen bei dieser Kennziffer gegenüber 2005. Die Zahl der Behandlungsfälle ging im Gegensatz zu einer Fallzahlerhöhung in den Berliner Krankenhäusern gegenüber dem Vorjahr um 2 882 (-0,6 Prozent) auf 514 918 Fälle zurück. Der durchschnittliche Aufenthalt der Patientinnen und Patienten betrug 8,6 Tage (2005: 8,7 Tage). Hier führten allerdings geringer Bettenabbau, gesunkene Behandlungszahlen und Verkürzung der Verweildauer zum niedrigsten Wert bei den Berechnungs- und Belegungstagen im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Die Behandlungshäufigkeit je 10 000 Einwohner war mit 2 017 Fällen deutlich geringer als in Berlin und dem Bund.

65 954 Personen als hauptamtliche Ärzte und als nichtärztliches Personal angestellt

Ende 2006 waren in den 119 Krankenhäusern in Berlin und Brandenburg 65 954 Personen als Ärzte und als nichtärztliches Personal beschäftigt. Nachrichtlich wurden 153 Zahnärzte, 4 294 Schülerinnen und Schüler, 363 Ausbilder und 26 nicht fest angestellte Hebammen und Entbindungshelfer gemeldet. Lässt man die Zahl der nachrichtlich gemeldeten Personen unberücksichtigt, arbeiteten dort 10 738 hauptamtliche Ärztinnen und Ärzte.

Die meisten davon (1 338 Personen) praktizierten in der Inneren Medizin, in der Anästhesiologie (1 013) und der Chirurgie (958). Die stärkste Personalgruppe stellte der Pflegedienst mit 24 791 Personen, die die Patientinnen und Patienten zum Beispiel als Gesundheits- und Krankenpflegerin/-pfleger, als Krankenpflegehelfer/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin/-pfleger versorgten. Im medizinisch-technischen Dienst und im Funktionsdienst (zum Beispiel im Operationsdienst oder in der Ambulanz) belief sich die Zahl der Beschäftigten auf 18 902 Personen, im Wirtschafts-, Versorgungs- und Verwaltungsdienst auf 7 734 Personen.

Wie bereits bei den vorher genannten Kennziffern, sind die Veränderungen auch beim Personalbestand in den letzten neun Jahren in Berliner Krankenhäusern insbesondere beim nichtärztlichen Personal deutlich höher ausgefallen als in Brandenburg.

Tab. 2 Hauptamtliche Ärzte und nichtärztliches Personal in Krankenhäusern der Länder Berlin und Brandenburg 1997 bis 2006

Jahr	Personal am 31.12.				Vollkräfte im Jahresdurchschnitt				Belastungszahl des Personals nach Betten ³		
	insgesamt	Hauptamtliche Ärzte ¹	Nichtärztliches Personal ²		insgesamt	Hauptamtliche Ärzte	Nichtärztliches Personal		Hauptamtliche Ärzte	Nichtärztliches Personal	
			insgesamt	darunter Pflege-dienst			insgesamt	darunter Pflege-dienst		insgesamt	darunter Pflege-dienst
Berlin											
1997.....	55 871	7 464	48 407	19 760	50 891	6 844	44 047	17 695	31,7	204,1	82,2
1998.....	54 471	7 702	46 769	19 124	49 258	6 892	42 366	17 055	32,6	200,1	80,6
1999.....	52 413	7 560	44 853	18 418	47 423	6 882	40 541	16 410	33,9	200,0	80,9
2000.....	50 857	7 549	43 308	17 789	45 085	6 685	38 400	15 523	34,5	198,4	80,2
2001.....	48 662	7 309	41 353	17 074	43 202	6 379	36 823	15 070	34,8	200,7	84,6
2002.....	48 029	7 410	40 619	16 775	41 382	6 373	35 009	14 347	36,0	197,9	81,1
2003.....	47 303	7 771	39 532	16 372	40 495	6 550	33 945	13 927	38,4	199,2	81,7
2004.....	45 229	7 464	37 765	15 773	39 273	6 608	32 665	13 445	39,9	197,1	81,1
2005.....	43 289	7 089	36 200	15 321	38 074	6 755	31 319	12 831	41,2	191,0	78,3
2006.....	42 658	7 246	35 412	15 168	36 801	6 697	30 104	12 488	41,8	187,9	77,9
Land Brandenburg											
1997.....	23 715	2 924	20 791	9 887	22 197	2 702	19 495	9 414	20,0	144,2	69,7
1998.....	23 697	2 971	20 726	9 859	21 918	2 766	19 152	9 313	20,2	140,0	68,1
1999.....	23 169	2 932	20 237	9 716	21 629	2 777	18 852	9 202	20,3	137,9	67,3
2000.....	22 916	2 964	19 952	9 662	21 225	2 792	18 433	9 180	20,8	137,1	68,3
2001.....	23 218	3 015	20 203	9 848	21 222	2 834	18 388	9 209	21,4	138,6	69,4
2002.....	23 645	3 103	20 542	9 886	21 323	2 901	18 422	9 091	22,0	139,5	68,9
2003.....	23 802	3 236	20 566	9 839	21 492	3 009	18 483	9 015	23,4	143,9	70,2
2004.....	23 651	3 334	20 317	9 824	21 212	3 094	18 118	8 898	25,2	147,5	72,4
2005.....	23 513	3 413	20 100	9 788	21 063	3 244	17 819	8 723	26,3	144,7	70,8
2006.....	23 296	3 492	19 804	9 623	20 905	3 302	17 603	8 624	27,1	144,5	70,8

1 bis 2003 einschließlich Ärzte im Praktikum. Ab 2004 erhielten Ärzte im Praktikum den Status eines Assistenzarztes ohne abgeschlossene Weiterbildung;
2 ohne Schülerinnen/Schüler;
3 Belastungszahl nach (belegten Betten) = Berechnungs- und Belegungstage geteilt durch Vollkräfte mal Kalendertage mal 100

Tab. 3 Kosten und Kostenkennziffer in den Krankenhäusern in den Ländern Berlin und Brandenburg 2006

Merkmal	Einheit	Insgesamt	Land	
			Berlin	Brandenburg
Betten	Anzahl	35 249	19 859	15 390
Berechnungs-/ Belegungstage	Anzahl	10 294 454	5 847 623	4 446 831
Fallzahl	Anzahl	1 209 436	694 518	514 918
Vollkräfte ¹	Anzahl	58 675	37 283	21 392
Gesamtkosten	Tsd. EUR	4 899 929	3 242 722	1 657 207
Kosten				
des Krankenhauses	Tsd. EUR	4 861 325	3 218 270	1 643 055
Personalkosten	Tsd. EUR	2 905 852	1 900 663	1 005 189
Sachkosten	Tsd. EUR	1 929 185	1 303 898	625 287
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Steuern	Tsd. EUR	26 288	13 709	12 579
Kosten der Ausbildungsstätten	Tsd. EUR	38 604	24 451	14 152
Abzüge	Tsd. EUR	584 226	520 861	63 365
Bereinigte Kosten	Tsd. EUR	4 315 702	2 721 860	1 593 842
Bereinigte Kosten je:				
Aufgestelltes Bett	EUR	122 435	137 059	103 563
Berechnungs-/ Belegungstag	EUR	419	465	358
Behandlungsfall	EUR	3 568	3 919	3 095
Personalkosten je Vollkraft	EUR	49 525	50 979	46 990

1 enthalten in der Zahl der Vollkräfte sind Schülerinnen/Schüler in der Gesundheits- und Krankenpflege im Verhältnis 9,5 zu 1 und Schülerinnen/Schüler in der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe im Verhältnis 6 zu 1.

Die Personalstärke in Berliner Krankenhäusern sank gegenüber 2005 um 631 Personen bzw. –1,5 Prozent, darunter beim nichtärztlichen Personal um 788 Beschäftigte (–2,2 Prozent). Dagegen nahm die Zahl der Ärzte um 157 Personen zu (+2,2 Prozent).

In Krankenhäusern des Landes Brandenburg fiel der Rückgang der Personalstärke beim nichtärztlichen Personal um 296 Beschäftigte (–1,5 Prozent) etwas geringer aus als im Land Berlin. Auch hier nahm die Zahl der Ärzte um 79 Personen (+2,3 Prozent) zu (Tabelle 2).

Kosten und Kostenkennziffern in den Krankenhäusern in der Region Berlin-Brandenburg

Die Brutto-Kosten der Krankenhäuser – einschließlich der Kosten für nichtstationäre Leistungen (zum Beispiel Ambulanz, wissenschaftliche Forschung und Lehre) – betragen 2006 in der Region 4,9 Milliarden EUR. Darunter waren 59,3 Prozent Personal- und 39,4 Prozent Sachkosten. Der Rest verteilte sich auf Zinsen für Betriebsmittelkredite und Steuern sowie Kosten der Ausbildungsstätten. Die Kostenbudgets entfielen zu zwei Dritteln auf die Berliner Krankenhäuser, das traf auch auf die Kosten der Ausbildungsstätten zu. Bereinigt man die Gesamtkosten um die Abzugspositionen für nichtstationäre Leistungen, ergeben sich bereinigte Kosten in Höhe von 4,3 Milliarden EUR. Knapp 90 Prozent der Abzüge entfielen auf die Berliner Krankenhäuser, insbesondere wegen der hohen Konzentration der Hochschulmedizin mit Forschung und Lehre.

In Berlin lagen die durchschnittlichen Kosten je Behandlungsfall mit 3 919 EUR um 13,7 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 3 447 EUR. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten je Behandlungsfall jedoch um –0,7 Prozent gesunken. Vor zehn Jahren waren im Schnitt noch 4 437 EUR je Behandlungsfall angefallen (Tabelle 3).

Im Land Brandenburg sind die Kosten je Behandlungsfall in den letzten zehn Jahren mit Ausnahme des Jahres 1999 zwar kontinuierlich angestiegen, sie blieben aber mit 3 095 EUR trotzdem unter der ausgewiesenen jährlichen Kennziffer des Bundes. Die nebenstehende Abbildung verdeutlicht die unterschiedliche Entwicklung der Fallkosten zwischen beiden Ländern und dem Bundesdurchschnitt.

Die Konzentration der Hochleistungsmedizin, auch in Verbindung mit der Forschung und Lehre, kann Ursache dafür sein, dass die durchschnittlichen Kosten je Vollkraft in Berliner Einrichtungen mit 50 979 EUR weit über denen im Land Brandenburg mit 46 990 EUR liegen.

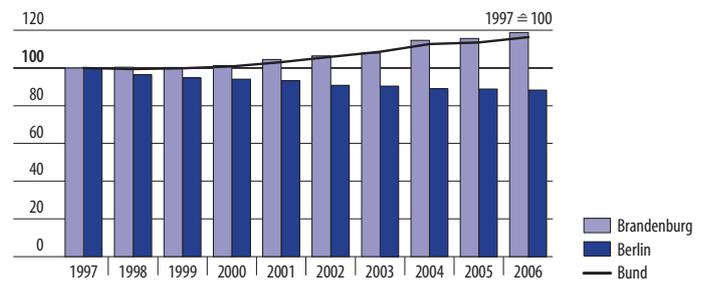
Spezielles Bettenangebot in Vorsorge-Rehabilitationseinrichtungen im Land Brandenburg

Die 27 stationären Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen aus dem Land Brandenburg stellten im Jahr 2006 eine Kapazität von 5 356 Betten zur Verfügung; das waren 209 Betten bzw. –3,8 Prozent weniger als 2005. Ein Drittel der Betten (1 756) stand in den Einrichtungen für Orthopädie zur Verfügung. Das Bettenangebot in den Fachabteilungen der Inneren Medizin betrug 1 501 (28 Prozent), in der Neurologie 929 Betten und in den psychiatrischen Fachabteilungen 912 Betten (jeweils 17 Prozent). Die Einrichtungen meldeten 60 822 Behandlungsfälle, 277 Fälle weniger als 2005. Im Durchschnitt dauerte eine stationäre Rehabilitationsmaßnahme 28,4 Tage, einen halben Tag länger als 2005. Am längsten lagen die Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie und in der Psychotherapie mit durchschnittlich 60 Tagen.

Fast die Hälfte (48,5 Prozent) der Patientinnen und Patienten wurden nach vorherigem Krankenhausaufenthalt zu einer Anschlussheilbehandlung aufgenommen. Das betraf vor allem den somatischen Bereich. Bei den psychiatrischen Fachabteilungen lag dieser Anteil nur bei 2,5 Prozent der psychiatrischen Behandlungsfälle. Aufnahmen in die psychotherapeutische Medizin erfolgten direkt aus dem ambulanten oder privaten Bereich.

Am 31. Dezember 2006 gab es in den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 3 836 Beschäftigte, davon 364 Ärztinnen und Ärzte, 3 414 Personen im nichtärztlichen Dienst und 58 Schülerinnen und Schüler. Im Gegensatz zur Beschäftigtenstruktur der Krankenhäuser arbeitete nur jeder elfte Mitarbeiter im ärztlichen Dienst, da im Vordergrund der Behandlung die Wiederherstellung des Gesundheitszustandes der Patientinnen und Patienten durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistung nach einem ärztlichen Behandlungsplan steht. Die Anwendung geeigneter Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungstherapie, Sprachtherapie oder Arbeits- und

Abb. 2 Fallkosten in Krankenhäusern in den Ländern Berlin und Brandenburg und im Bundesdurchschnitt 1997 bis 2006



Beschäftigungstherapie, sowie andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen, sollen den Patienten bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte helfen. Auf diese Maßnahmen ist auch die Zusammensetzung des Personals ausgerichtet. Die höchste Personalstärke beim nichtärztlichen Personal verzeichnete der Medizinisch-technische Dienst mit 1 015 Mitarbeitern, gefolgt vom Pflegedienst mit 980 Mitarbeitern.

Vier Behandlungsanlässe – knapp die Hälfte der stationären Behandlungen

Anhand der Ergebnisse der aktuellsten Diagnosestatistik aus dem Jahr 2005 lassen sich weitere Aussagen über die 1,2 Millionen Behandlungsfälle in Krankenhäusern der Region treffen. Mit 650 405 Fällen (ohne gesunde Neugeborene) bzw. 53,8 Prozent überwog der Anteil der vollstationär behandelten Frauen gegenüber dem der Männer mit 557 865 Fällen bzw. 46,2 Prozent. Auch wenn man die 42 544 Krankenhausaufenthalte von Frauen im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett außer Betracht lässt, wurden Frauen häufiger im Krankenhaus behandelt als Männer. Die Ergebnisse zeigen weiter, dass vier Behandlungsanlässe knapp die Hälfte aller Krankenhausaufenthalte in beiden Ländern ausmachten. Das waren Krankheiten des Kreislaufsystems mit 197 600 Fällen, gefolgt von Neubildungen mit 148 016 Fällen. Jede zehnte Krankenhausbehandlung (120 077-mal) war wegen einer Krebserkrankung notwendig. Krankheiten des Verdauungssystems mit 122 778 Fällen und Verletzungen und Vergiftungen mit 114 614 Fällen folgten in der Rangfolge der häufigsten Behandlungsursachen.

In Berlin wurden 16 Prozent aller Patientinnen und Patienten aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems behandelt; das waren 110 305 Fälle, davon 58 816 Männer und 51 489 Frauen. Das zweithäufigste Diagnosekapitel stellten die Neubildungen mit 89 156 Patientinnen und Patienten, wobei der Anteil der weiblichen Patienten hierbei den der männlichen um 5 828 Fälle überwog. Die dritthäufigste Ursache für eine Behandlung bei den Frauen waren Erkrankungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Entbindungen (39 976 Fälle). Diese Behandlungsangebote werden wegen der hohen Spezialisierung ausgewählter Einrichtungen auch über die Landesgrenzen hinaus gern genutzt. An dritter Stelle bei den Männern (36 666 Fälle) standen Krankheiten des Verdauungssystems (Titelgrafik).

Tab. 4 **Aus Krankenhäusern entlassene vollstationäre Behandlungsfälle¹ in den Ländern Berlin und Brandenburg 2005 nach den häufigsten Diagnosekapiteln und Geschlecht**

Diagnosekapitel	Ins- gesamt	Berlin		Brandenburg		
		männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Krankheiten des Kreislaufsystems	197 600	58 816	51 489	44 916	42 379	
Neubildungen	148 016	41 664	47 492	29 307	29 553	
Krankheiten des Verdauungssystems	122 778	36 666	35 315	25 718	25 079	
Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen	114 614	30 895	32 965	26 023	24 731	
Krankheiten des Muskel-Skelett Systems und des Bindegewebes	99 853	21 428	32 805	19 048	26 572	
Psychische und Verhaltensstörungen	81 826	26 550	22 443	18 772	14 061	
Krankheiten des Atmungssystems	72 612	21 406	19 373	17 377	14 456	
Krankheiten des Urogenitalsystems	65 146	14 070	22 590	10 671	17 815	
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	62 544	–	39 976	–	22 568	
Krankheiten des Nervensystems	47 239	13 200	12 144	10 997	10 898	1 einschl. Stundenfälle und Sterbefälle

Auch im Land Brandenburg waren die Krankheiten des Kreislaufsystems mit 87 295 Fällen (44 916 Männer und 42 379 Frauen) häufigste Ursache stationärer Aufenthalte (17,2 Prozent aller Fälle), gefolgt von Neubildungen mit 58 860 Fällen, wobei es nur geringe Abweichungen in den Behandlungszahlen zwischen den Geschlechtern gab (29 307 Männer und 29 553 Frauen). An dritter Stelle der Behandlungshäufigkeit standen die Krankheiten des Verdauungssystems mit 50 797 Fällen. Bei den Frauen lagen die Krankheiten des Muskel-Skelettsystems und des Bindegewebes (26 572 Fälle) und Krankheiten des Verdauungssystems (25 079 Fälle) noch vor den Krankheiten im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Entbindungen (22 568 Fälle); sie nahmen Platz 5 in der Rangfolge der Ursachen für einen Krankenhausaufenthalt ein (Tabelle 4).

14 Prozent der Behandlungsfälle in Berliner Krankenhäusern aus anderen Bundesländern

Die Diagnosestatistik informiert auch über den Wohnort der Patientinnen und Patienten. Der überwiegende Anteil der Behandelten in Berliner Krankenhäusern (86,1 Prozent) hatte auch im Jahr 2005 seinen Wohnsitz in der Hauptstadt. Aus dem benachbarten Brandenburg ließen sich 71 913-mal Patientinnen und Patienten (10,4 Prozent) in einem Berliner Krankenhaus behandeln. Rund 24 000 Patientinnen und Patienten waren aus anderen Bundesländern, dem Ausland oder waren unbekannter Herkunft. Bei jedem fünften Nichtberliner (18 548 Fälle) erfolgte eine stationäre Behandlung wegen Neubildungen, darunter 15 144-mal wegen Krebs. 12 136-mal wurde als Hauptdiagnose eine Kreislauferkrankung angegeben. Jede dritte Behandlung erfolgte in einer chirurgischen Fachabteilung und jede sechste in der Inneren Medizin.

Der Patientenanteil aus dem eigenen Land war in den Brandenburger Krankenhäusern (Flächenstaat) höher als in Berlin. Rund 93 Prozent (470 071 Fälle) kamen aus der eigenen Region, etwa 4 Prozent (19 129) aus Berlin und 3 Prozent aus den übrigen Bundesländern.

Krankenhausstatistik – Quo Vadis? Neue Herausforderung – Einführung der DRG¹

Das Spektrum der Statistiken der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ist vielschichtig, ein wichtiges Instrument der Gesundheitsplanung und muss laufend den aktuellen Bedingungen angepasst werden.

Ab 2009 werden die Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung neu geregelt. Bis zum Jahresende 2008 wird mit Einführung der German - Diagnosis Related Groups² ein neues Vergütungssystem³ verbindlich, bei dem es sich in erster Linie um ein betriebswirtschaftliches Instrumentarium handelt. Damit sollen gleiche Krankenhausleistungen bundesweit einheitlich vergütet werden.

Das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK), die DRG-Datenstelle, erhebt die Leistungen der Krankenhäuser jährlich und wertet sie für deren Finanzierung aus. Für diese Erhebung besteht Auskunftspflicht gegenüber dem InEK, nicht gegenüber der amtlichen Statistik [14].

Dem Statistischen Bundesamt wurden bereits für die vergangenen drei Jahre die Daten der DRG-Erhebung übermittelt. Erste Auswertungen zur DRG-Statistik wurden im April und im November 2007 im Rahmen einer neuen Fachserie [15] herausgegeben. Darin wird festgestellt, dass die gewonnenen Ergebnisse aus der DRG-Statistik weitere wichtige Informationen über das Morbiditätsgeschehen und die Morbiditätsentwicklung in der stationären Versor-

1 Diagnosis Related Groups (DRG) bezeichnen ein ökonomisch-medizinisches Klassifikationssystem, bei dem Patienten anhand ihrer Diagnosen und der durchgeführten Behandlungen in Fallgruppen klassifiziert werden, die nach dem für die Behandlung erforderlichen ökonomischen Aufwand unterteilt und bewertet sind.

2 kurz: G-DRG, einfach übersetzt mit „Deutsche diagnosebezogene Fallgruppen“

3 Mit dem Gesundheitsreformgesetz 2000 wurden umfangreiche Änderungen in der Abrechnung von Krankenhausleistungen eingeleitet. Demnach sollte ein pauschalierendes Entgeltsystem in Deutsch-

land zum Einsatz kommen. Als Grundlage für die Entwicklung eines deutschen DRG-Systems fiel die Wahl auf die Australian Refined Diagnosis Related Groups. Dieses australische Modell war das modernste, das gute Voraussetzungen für die Anpassung auf deutsche Verhältnisse sowie für eine künftige

Weiterentwicklung geboten hat. Mit der Anpassung und der Weiterentwicklung auf deutsche Verhältnisse werden aus den AR-DRG's die German Diagnosis Related Groups (G-DRG). Den Auftrag dazu erhielt das eigens für diesen Zweck gegründete Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK).

gung sowie über das Volumen und die Struktur der Leistungsnachfrage liefern können, vorerst als Informationszugewinn für die bestehende amtliche Krankenhausstatistik. Die zusätzlichen Informationen beziehen sich vor allem auf Nebendiagnosen sowie die Art der Operationen und Prozeduren.

Um die Ergebnisse der IneK Daten auch auf Länderebene auswerten zu können, stellte das Statistische Bundesamt für jedes Bundesland neben Eckdatenübersichten einen vollständigen Datensatz zur Verfügung. Die materiell-technischen Voraussetzungen zur Auswertung dieses umfangreichen Datenmaterials wurden durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bereits getroffen. So konnte für

die Länder Berlin und Brandenburg eine erste Qualitätskontrolle vorgenommen werden, indem die DRG-Daten aus dem Geltungsbereich des Entgelt-systems den entsprechenden plausibilisierten Primärstatistischen Daten aus der Krankenhausstatistik gegenübergestellt wurden. Zu Beginn des Jahres 2008 werden durch das Bundesamt unterstützende Verbundprogramme für die Länder bereitgestellt, auf denen weitere Auswertungen aufsetzen können.

Erst durch die Anwendung verschiedener Methoden und unterschiedlicher Datenquellen kann – wie immer in der Statistik – eine höhere Qualität der Ergebnisse und damit ein näheres Abbild der Wirklichkeit gewährleistet sein.

Quellennachweis

- [1] Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (KHSStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3429) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2005 (BGBl. I S. 1534).
- [2] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Homepage): www.statistik-berlin-brandenburg.de/gesundheit
- [3] Statistisches Landesamt Berlin: Jahrbücher 1991 bis 2006
- [4] Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg: Jahrbücher 1990 bis 2006
- [5] Hauswirth, A.: Ergebnisse aus der Berliner Krankenhausstatistik 1995; „Berliner Statistik“ – Monatsschrift 3/97, S. 46 ff.
- [6] Hauswirth, A.: Ergebnisse aus der Berliner Krankenhausstatistik 1998; „Berliner Statistik“ – Statistische Monatsschrift 5/98, S. 204 ff.
- [7] Hauswirth, A.: Krankenhäuser in Berlin; „Berliner Statistik“ – Statistische Monatsschrift 1/2006, Sonderheft 15 Jahre Berliner Einheit, S. 33 ff.
- [8] Bömermann, H.: Entwicklung und Bewertung der Krankenhausverweildauer auf Makro- und Mikroebene; „Berliner Statistik“ – Statistische Monatsschrift 4/2003, S. 145 ff.
- [9] Bache, B.: Die ICD 10-SGB V in der Diagnosestatistik; „Berliner Statistik“ – Statistische Monatsschrift 5/2003, S. 191 ff.
- [10] Statistisches Bundesamt: Gesundheitswesen Fachserie 12 Reihen 6.1 bis 6.3.
- [11] Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Homepage): <http://www.forschungsdatenzentren.de>
- [12] Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz: Gesundheitsberichterstattung Berlin, Basisbericht 2005, Berlin 2006.
- [13] Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg: Krankenhausbericht 2005, Potsdam 2005.
- [14] Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus InEK GmbH (Homepage): <http://www.g-drg.de/> – Rubrik „Systemgrundlagen vom 2. August 2007“.
- [15] Statistisches Bundesamt: Fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) – Diagnosen und Prozeduren der vollstationären Patienten und Patientinnen in Krankenhäusern; Gesundheitswesen Fachserie 12 Reihe 6.4.

Ulrike Brandes, Sylvia Konietzka

Wie entwickelten sich die Steuereinnahmen der Kommunen des Landes Brandenburg?

Für die Finanzierung der kommunalen Aufgaben sind die eigenen Steuereinnahmen eine wichtige Einnahmequelle. Sie hatten im 1. Halbjahr 2007 einen Anteil

Die Steuereinnahmen der Kommunen setzten sich aus der Grundsteuer, der Gewerbesteuer, den jeweiligen Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie einigen kleineren Verbrauch- und Aufwandsteuern zusammen. Seit dem Jahr 2000 – dem Zeitraum dieser Betrachtung – war die Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes Brandenburg durch eine starke Schwankung von etwa –11 bis +17 Prozent zum Vorjahreszeitraum gekennzeichnet.

von 21,7 Prozent an den Einnahmen der laufenden Rechnung. Die wichtigste Säule des kommunalen Einnahmesystems bilden trotz Steuerzuwächsen weiterhin die Landes- und Bundeszuweisungen. Wie die Abbildung 1 zeigt, werden etwa 60 Prozent der Einnahmen durch Zuweisungen des Landes und Bundes erzielt.

Die Steuereinnahmen basieren auf den Aufkommen an Realsteuern, den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie den örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (z. B. Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer, Vergnügungssteuer). Die Realsteuer ist eine Objekt- oder Sachsteuer. Unterschieden werden:

- die Grundsteuer A (für land- und forstwirtschaftliche Betriebe),
- die Grundsteuer B (für sonstige bebaute und unbebaute Grundstücke) und
- die Gewerbesteuer auf den Ertrag der Gewerbebetriebe.

Während die Einnahmen der Grundsteuer im vollen Umfang der Gemeinde zufließen, werden der Bund und die Länder durch eine Umlage am Aufkommen der Gewerbesteuer beteiligt. Sie wird für jede Gemeinde nach der Formel

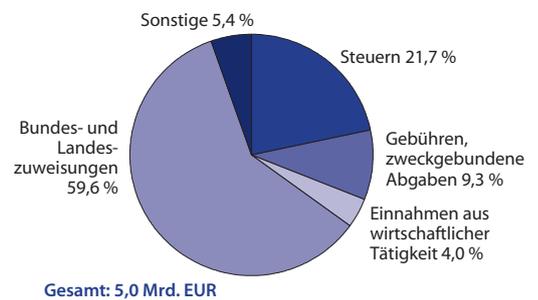
$$\frac{\text{Istaufkommen der Gewebesteuer} \times \text{Vervielfältiger}}{\text{Hebesatz}}$$

ermittelt. In der Tabelle 1 wird die Entwicklung des angewandten Vervielfältigers (Summe Landes- und Bundesvervielfältiger) in den Jahren 2000 bis 2007 für die Gemeinden Brandenburgs dargestellt.

Tab. 1 Bundes- und Landesvervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage von 2000 bis 2007

Merkmal	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bund	19	24	30	36	20	19	16	16
Land.....	26	30	36	42	26	25	22	22
Zusammen	45	54	66	78	46	44	38	38

Abb. 1 Anteil der Einnahmearten an den Einnahmen der laufenden Rechnung des Landes Brandenburg im 1. Halbjahr 2007



Die Höhe der Realsteuereinnahmen kann von der Gemeinde durch die Festsetzung eines Hebesatzes¹ beeinflusst werden. Der Hebesatz ist ein „Vomhundertsatz“ und daher als Prozentzahl zu verstehen. Er wird mit dem vom Finanzamt ermittelten Steuerermessbetrag multipliziert. Die Hebesätze der Realsteuern können für Standortentscheidungen von Unternehmen oder für private Grundstückskäufe eine wichtige Rolle spielen.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 nahmen die Kommunen des Landes Brandenburg 546,7 Millionen EUR netto aus Steuern ein. Das Steueraufkommen (netto) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 85,6 Millionen EUR bzw. 18,6 Prozent. Diese Mehreinnahmen in der 1. Jahreshälfte 2007 lagen über denen des gesamten Jahres 2006 (46,0 Mill. EUR). Die Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden des Landes Brandenburg seit dem Jahr 2000 wird in der Tabelle 2 aufgezeigt.

Mit dem Steueraufkommen des Jahres 2004 wurde erstmalig wieder das Niveau des Steuerjahres 2000 erreicht und damit die Trendwende eingeleitet. Nach dem bereits 2005 erreichten starken Zuwachs der Steuereinnahmen wurde im Jahr 2006 die Höhe der Einnahmen noch übertroffen. Diese positive Entwicklung der Steuereinnahmen wurde maßgeblich durch den starken Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen erreicht. Es ist dabei zu beachten, dass sich

¹ Gemäß Artikel 106 Abs. 6 Satz 2 des Grundgesetzes haben die Gemeinden das Recht, die Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuern im Rahmen der Gesetze selbst festzulegen.

Tab. 2 **Steuereinnahmen (netto) der Kommunen des Landes Brandenburg von 2000 bis zum 1. Halbjahr 2007**

Merkmal	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	1. Halbjahr	
									2006	2007
Steuereinnahmen (netto)	Mill. EUR	849,1	756,3	808,5	759,6	847,9	995,7	1 041,7	461,1	546,7
Veränderung zum Vorjahreszeitraum	%	x	-10,9	6,9	-6,0	11,6	17,4	4,6	x	18,6

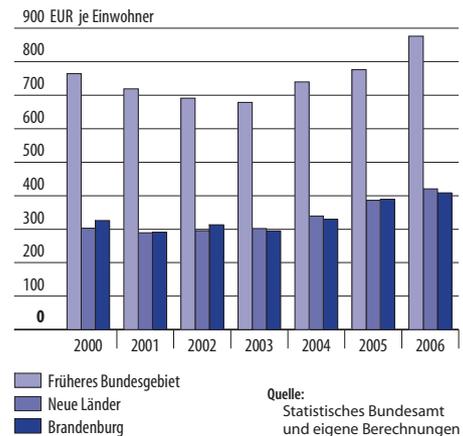
gerade die Gewerbesteuereinnahmen in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedlich entwickeln und dadurch sehr starke Abweichungen von den durchschnittlichen Einnahmen auftreten.

Ein Vergleich der Höhe der Steuereinnahmen der Flächenländer des Früheren Bundesgebietes und der Neuen Länder erfolgt in der Abbildung 2 auf der Grundlage der Einwohner und in der Tabelle 3 in Bezug auf die Einnahmen der laufenden Rechnung. Es wird deutlich, dass die Steuereinnahmen in den Neuen Ländern das Niveau des Früheren Bundesgebiets bei weitem noch nicht erreicht haben. Die Neuen Länder lagen bei den Steuereinnahmen im Jahr 2006 im Durchschnitt bei 420 EUR je Einwohner (Brandenburg 408 EUR je Einwohner). Im Früheren Bundesgebiet betragen sie im gleichen Zeitraum 876 EUR je Einwohner.

Diese Unterschiede spiegeln sich auch im Anteil der Steuereinnahmen an den Einnahmen der laufenden Rechnung wider. Im Früheren Bundesgebiet hatten die Steuereinnahmen (netto) in der ersten Jahreshälfte 2007 im Durchschnitt einen Anteil von 43,3 Prozent an den Einnahmen der laufenden Rechnung. In den Neuen Ländern betrug der Anteil 22,7 Prozent (Tabelle 3).

Im 1. Halbjahr 2007 war die Gewerbesteuer (netto) im Land Brandenburg mit einem Anteil von 56,4 Prozent an den Steuereinnahmen insgesamt mit 308,1 Millionen EUR die ergiebigste Steuerart. Im Vergleich

Abb. 2 **Steuereinnahmen (netto) der Kommunen des Früheren Bundesgebietes und der Neuen Länder sowie Brandenburg von 2000 bis 2006**



zum Vorjahreszeitraum stieg sie um 51,0 Millionen EUR bzw. 19,8 Prozent. An zweiter Stelle kamen die Grundsteuern mit 121,3 Millionen EUR (22,2 Prozent). Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer belief sich auf 88,4 Millionen EUR und hatte einen Anteil an den Steuereinnahmen von 16,1 Prozent. Der Ge-

Tab. 3 **Steuereinnahmen (netto) der Kommunen der Flächenländer im 1. Halbjahr 2007**

Flächenland	Steuereinnahmen (netto)	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Anteil der Steuereinnahmen an den Einnahmen der laufenden Rechnung
	1. Halbjahr 2007		
	EUR je Einwohner	%	
Baden-Württemberg	451	11,6	43,7
Bayern	411	13,0	46,6
Brandenburg	214	18,6	21,7
Hessen	510	7,4	47,4
Mecklenburg-Vorpommern	154	1,3	16,9
Niedersachsen	308	16,0	37,2
Nordrhein-Westfalen	421	11,4	42,6
Rheinland-Pfalz	346	5,6	43,2
Saarland	351	18,0	48,7
Sachsen	224	10,5	26,3
Sachsen-Anhalt	194	16,6	22,0
Schleswig-Holstein	276	-1,7	34,5
Thüringen	187	13,8	22,5
Früheres Bundesgebiet	406	11,0	43,3
Neue Länder	201	12,6	22,7
Insgesamt	370	11,1	39,9

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Abb. 3 **Steuereinnahmen nach Art der Steuern im Land Brandenburg von 2000 bis 2006**

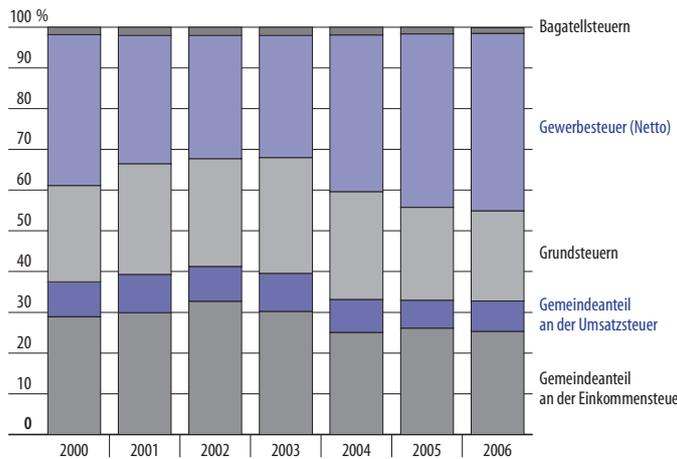
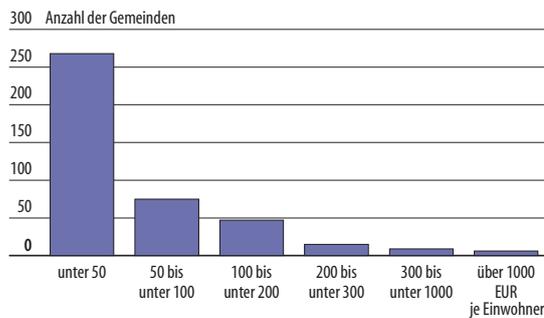


Abb. 4 **Verteilung der Gewerbesteuer (netto) im Land Brandenburg im 1. Halbjahr 2007 nach Größenklassen**



meindeanteil an der Umsatzsatzsteuer betrug 21,2 Millionen EUR. An örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern wurden 7,7 Millionen EUR eingenommen. Die Abbildung 3 zeigt, dass die Bedeutung der Gewerbesteuer als Steuereinnahme über die Jahre zugenommen hat.

In der Tabelle 4 wird die Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen (netto) der Kommunen des Landes Brandenburg in den Jahren 2000 bis 2007 dargestellt. Sie zeigt den erheblichen Einbruch der Gewerbesteuer in den Jahren 2001 bis 2003. Nach der Talfahrt wurde durch den starken Anstieg der Steuereinnahmen in den Jahren 2004 bis 2006 das Aufkommen vom Jahr 2000 deutlich übertroffen. Positiv auf diese Steigerung wirkte neben der konjunkturellen Entwicklung die Senkung der Gewerbesteuerumlage (siehe hierzu auch Tabelle 1).

Bei der Gesamtbetrachtung ist zu beachten, dass aufgrund von Strukturunterschieden die tatsächliche Entwicklung der Steuereinnahmen in der einzelnen Gemeinde stark von der durchschnittlichen Steuerentwicklung abweichen kann. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass nur 170 von 420 Gemeinden im 1. Halbjahr 2007 über dem durchschnittlichen Zuwachs von 19,8 Prozent lagen. In 205 Kommunen wurde sogar ein Rückgang der Einnahmen festgestellt. Sechs Gemeinden verfügten über Einnahmen von über 1 000 EUR je Einwohner, darunter Teichland mit 15 897 EUR je Einwohner (Landkreis Spree-Neiße), Liebenwalde mit 3 450 EUR je Einwohner (Kreis Oberhavel) und Schönefeld mit 1 707 EUR je Einwohner (Landkreis Dahme-Spreewald). Somit haben wenige steuerstarke Gemeinden einen großen Einfluss auf die Gesamtsituation der Gemeinden. Weiterhin lag der Durchschnittswert der Gewerbesteuererinnahmen bei 121 EUR je Einwohner, der Median² jedoch nur bei 30 EUR je Einwohner. Die Abbildung 4 verdeutlicht die Verteilung der Gewerbesteuererinnahmen in EUR je Einwohner.

Bei den kreisfreien Städten hatte Cottbus in der 1. Jahreshälfte 2007 mit 140 EUR je Einwohner die höchsten Gewerbesteuererinnahmen (netto). Bei den Landkreisen war es Spree-Neiße mit 278 EUR je Einwohner. Die Abbildung 5 zeigt, wie unterschiedlich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im Land Brandenburg verteilt sind.

Neben der Gewerbesteuer gehören zu den Realsteuern noch die Grundsteuer A und B. In der Abbildung 6 sieht man, dass sich die Grundsteuereinnahmen seit dem Jahr 2000 kontinuierlich erhöhten. Im

Tab. 4 **Gewerbesteuererinnahmen (netto) der Kommunen des Landes Brandenburg von 2000 bis zum 1. Halbjahr 2007**

Merkmal	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	1. Halbjahr	
									2006	2007
Gewerbesteuererinnahmen (netto)	Mill. EUR	315,4	237,9	245,2	228,0	326,3	424,6	454,3	257,1	308,1
Veränderung zum Vorjahreszeitraum	%	x	-24,6	3,1	-7,0	43,1	30,1	7,0	x	19,8

² Der Median ist derjenige Wert, der in einer sortierten Stichprobe in der Mitte liegt. Er hat den Vorteil, weniger anfällig gegenüber Ausreißern zu sein als der Mittelwert.

Abb. 5 Gewerbesteuererinnahmen (netto) der kreisfreien Städte und Landkreise im Land Brandenburg im 1. Halbjahr 2007

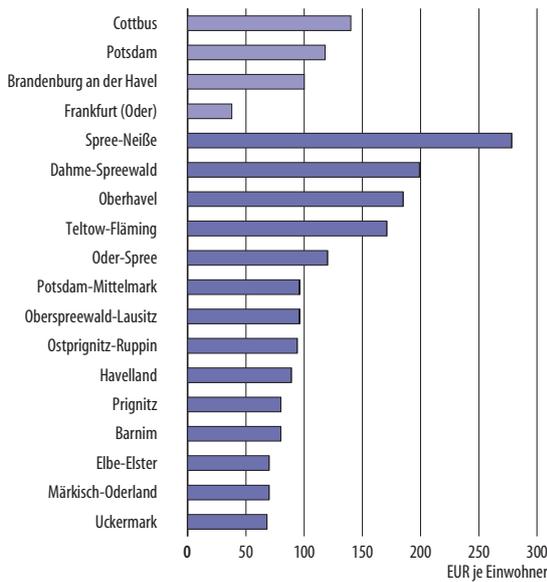
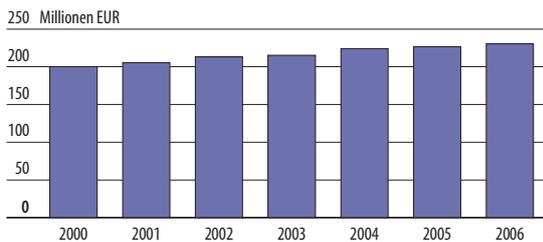


Abb. 6 Grundsteuern der Kommunen des Landes Brandenburg von 2000 bis 2006



1. Halbjahr 2007 betragen die Einnahmen aus Grundsteuern 121,3 Millionen EUR. Sie stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,9 Millionen EUR an.

Die höchsten absoluten Einnahmen aus der Grundsteuer B in der ersten Jahreshälfte 2007 hatte die kreisfreie Stadt Potsdam in Höhe von 8,3 Millionen EUR. Potsdam weist auch den höchsten Hebesatz bei der Grundsteuer B von 493 Prozent aus. Nach Potsdam kamen die kreisfreien Städte Cottbus (7,8 Millionen EUR), Brandenburg an der Havel (3,4 Millionen EUR) und Frankfurt (Oder) (2,7 Millionen EUR).

Den Gemeinden stehen nach dem Gemeindefinanzreformgesetz 15 von Hundert des Aufkommens an Lohn- und an veranlagter Einkommensteuer sowie 12 von Hundert des Aufkommens aus dem Zinsabschlag des jeweiligen Bundeslandes zu. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Steuereinnahme muss beachtet werden, dass im laufenden Haushaltsjahr Abschläge gezahlt werden. Die Schlussabrechnung erfolgt im 1. Quartal des darauf folgenden Jahres. Für die Jahre 2001 und 2004 fiel die Schlussabrechnung besonders hoch aus. Dies schlug sich in den Jahren 2002 bzw. 2005 nieder (siehe Tabelle 5). Die Höhe der Einnahmen am Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden unter anderem beeinflusst durch:

- die Lohn- und Beschäftigungsentwicklung,
- die Reduzierungen des Sparerfreibetrages und
- den Wegfall der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006.

Im 1. Halbjahr 2007 betrug der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 88,4 Millionen EUR.

Seit dem Wegfall der Gewerbesteuer nach Kapital im Jahr 1998 werden die Gemeinden an der Umsatzsteuer beteiligt. Sie erhalten einen Anteil von 2,2 Prozent (nach Abzug des Vorabanteils des Bundes zur Finanzierung eines zusätzlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherung).

Die Tabelle 6 zeigt die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer der brandenburgischen Kommunen von den Jahren 2000 bis 2006. Auswirkung auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hat die Erhöhung des Steuersatzes auf 19 Prozent zum 1. Januar 2007. Im 1. Halbjahr 2007 betragen die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 21,2 Millionen EUR. Nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung wird für 2007 auch beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer mit einem leichten Anstieg gerechnet.

Tab. 5 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Land Brandenburg 2000 bis 2006

Merkmal	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	Mill. EUR	245,2	226,2	264,4	229,4	212,5	259,6	263,4

Tab. 6 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer im Land Brandenburg 2000 bis 2006

Merkmal	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	73,0	71,2	69,4	71,0	68,5	68,8	78,6

Beatrice Groß, Anna Kahle

EU-Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in Unternehmen

Vorbemerkungen

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien führte im letzten Jahrzehnt zu revolutionären Veränderungen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist eine zunehmende Verschmelzung der Technologien von Informationsverarbeitung, Telekommunikation, Software und Unterhaltungselektronik, Informationsdiensten und Medien zu beobachten. Digitalisierte Informationen sind zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor und auch Bestandteil des täglichen Lebens geworden. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien und die Verfügbarkeit des weltweiten Netzes bestimmen wesentlich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Informationstechnologien erleichtern den Zugriff auf Marktinformationen, beschleunigen Geschäftsprozesse und öffnen neue Beschaffungs- und Absatzwege.

Nach Beschluss des Europäischen Rates von Lissabon im März 2000 soll Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt mit mehr Arbeitsplätzen und besserem sozialen Zusammenhalt

ausgebaut werden. Zur Verwirklichung dieses Ziels wurden die Aktionspläne eEurope 2002 und eEurope 2005 vereinbart¹. Die im Juni 2005 beschlossene Initiative „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ ist der neue strategische Rahmen der Europäischen Kommission zur Gestaltung der Informationsgesellschaft mit dem Ziel, Wissen und Innovation im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern².

Zur Gewinnung vergleichbarer Daten zur Evaluierung der Aktionspläne und zur Durchführung eines gemeinsamen Benchmarking werden seit 2002 in fast allen Mitgliedsländern der EU Piloterhebungen zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien sowohl bei Unternehmen als auch bei privaten Haushalten durchgeführt. Dabei werden Informationen über die Ausstattung und den Einsatz von Computern und Kommunikationstechnologien, über die Nutzung des Internets sowie über E-Commerce gewonnen. Die Pilotphase endete mit Ablauf des Jahres 2005. Durch den Erlass einer entsprechenden EU-Verordnung im Jahr 2004 wurde die Erhebung dieser Daten in das feste Programm der amtlichen Statistik übernommen³. Ende 2005 wurde mit dem Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft

(InfoGesStatG) für die Durchführung der Erhebung ab 2006 die nationale Rechtsgrundlage geschaffen⁴. Im Mittelpunkt der folgenden Darstellung steht die IKT-Erhebung bei Unternehmen. Die Erläuterung zum methodischen Konzept wird ergänzt um ausgewählte Ergebnisse zum Berichtsjahr 2006.

Methodische Hinweise

Die Erhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Auswahlgesamtheit der Erhebungseinheiten ist ein jeweils aktueller Auszug aus dem Unternehmensregister der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder⁵. Die Stichprobe wird jedes Jahr durch eine Zufallsauswahl, die nach drei Kriterien geschichtet wird, neu gezogen:

- a) Unterteilung der Auswahlgesamtheit nach Bundesländern,
- b) innerhalb jedes Bundeslandes nach Wirtschaftszweigen,
- c) innerhalb jeder so gebildeten Schicht nach insgesamt vier Beschäftigtenengrößenklassen der Unternehmen.

Die IKT-Erhebung wird nach § 2 InfoGesStatG bei höchstens 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Dabei werden folgende Wirtschaftsbereiche der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1) abgebildet:

- Abschnitt D: Verarbeitendes Gewerbe,
- Abschnitt E: Energie- und Wasserversorgung,
- Abschnitt F: Baugewerbe,
- Abschnitt G: Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern,
- Abschnitt H: Gastgewerbe,
- Abschnitt I: Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
- Abschnitt J: Kredit- und Versicherungsgewerbe,
- Abschnitt K: Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen,
- Abteilung 92: Kultur, Sport und Unterhaltung,
- Abteilung 93: Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.

1 Mitteilung im Internetportal der EU unter <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24226a.htm> bzw. <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24226.htm>

2 Mitteilung im Internetportal der EU unter <http://europa.eu/scadplus/leg/de/cha/c11328.htm>

3 Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Ge-

meinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Abl. Der EU Nr. L 143, S. 49).

4 Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – Info-

GesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685).

5 Groß, B.: Erste Auswertung aus dem sächsischen Unternehmensregister zum 31. Dezember 2003 in: Statistik in Sachsen, 4/2004, S. 32 – 38.

Mit Ausnahme des Landwirtschafts- und Bergbausektors werden somit Unternehmen nahezu aller Wirtschaftszweige befragt. Der Finanzdienstleistungssektor (Abschnitt J der NACE Rev. 1.1) wird wegen seiner strukturellen Unterschiede zu den anderen Wirtschaftsbereichen in einer separaten Untersuchung mit teilweise modifiziertem bzw. reduziertem Frageprogramm erfasst. Schwerpunkte der Befragungen sind z.B. die Ausstattung, Verbreitung, Art und Umfang der Nutzung von PC und Internet. Diese Schwerpunktbereiche können jährlich variieren.

Die Erhebung zum Berichtsjahr 2006 wurde in fünf Bereiche gegliedert:

- A: Allgemeine Informationen zur Informationstechnologie,
- B: Nutzung des Internets,
- C: E-Commerce über das Internet,
- D: E-Commerce über EDI oder andere computergestützte Netzwerke (ohne Internet),
- E: Allgemeine Informationen zum Unternehmen.

Bei der IKT-Erhebung in Unternehmen handelt es sich – im Unterschied zu gegenwärtig üblichen Wirtschaftstatistiken mit Auskunftspflicht – um eine freiwillige Erhebung ohne Auskunftspflicht. Der überwiegende Teil der Fragen ist durch ein einfaches Ankreuzen zu beantworten.

Die Befragung wurde in zwei aufeinander folgenden Wellen durchgeführt. Der Erstversand erfolgte im März 2006. Den Unternehmen, die bis Mitte April noch nicht geantwortet hatten, wurde ein Erinnerungsschreiben mit Fragebogen und der Bitte um Rückantwort bis Mai 2006 zugeschickt. Insgesamt wurden deutschlandweit 18 523 Unternehmen und zusätzlich 1 722 Finanzdienstler für die Erhebung 2006 angeschrieben. Bis zum Beginn der Ergebnisaufbereitung sind insgesamt 10 562 Erhebungsbogen mit verwertbaren Angaben von den befragten Unternehmen an die Statistischen Ämter der Länder zurückgesandt worden. Hieraus errechnet sich eine an den verschickten Erhebungsbogen gemessene

Rücklaufquote von 52 Prozent. In Sachsen lag diese bei 59 Prozent.

Die Ergebnisaufbereitung aller eingesammelten und plausibilisierten Daten wurde durch das Statistische Bundesamt vorgenommen. Die plausibilisierten Landesdatensätze wurden an die Statistischen Landesämter rückübermittelt. Bezüglich der regionalen Schichtung der Stichprobe ist auf eine Besonderheit – die Zusammenfassung der neuen Bundesländer (ohne Berlin) zu einer Schicht – hinzuweisen. Grund dafür ist der geringe Umfang der Stichprobe und damit die geringe Fallzahlbesetzung in einzelnen Schichten. Entsprechend der Schichtung bei der Stichprobenziehung werden Ergebnisse für die neuen Bundesländer nur insgesamt dargestellt.

**Ergebnisse für das Berichtsjahr 2006
Nutzung von Computern**

Im Jahr 2006 setzten 86 Prozent aller Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) Computer in ihrem Geschäftsablauf ein (vgl. Tabelle 1). Dabei verfügten fast alle Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten über einen Computer. Bei Unternehmen mit ein bis neun Beschäftigten verzichteten jedoch noch 15 Prozent auf den Einsatz von PC.

Bei der Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen variiert der Einsatz von Computern deutlich. In Wirtschaftsbereichen, welche auch stark technologiebasierte Branchen enthalten, wie der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen arbeiten alle Unternehmen mit Computertechnik. Im Finanzdienstleistungssektor werden im Geschäftsablauf ausnahmslos Computer eingesetzt. In anderen Bereichen gab es 2006 hingegen eine unterdurchschnittliche Nutzung von Computern. So setzte z. B. im Gastgewerbe nur rund jedes zweite Unternehmen PC-Technik ein.

Viele der Computer nutzenden Unternehmen verfügten im Jahr 2006 über ein Netzwerk. Lokale Netzwerke (LAN – local area network) sind bei den Unternehmen am häufigsten vertreten (48 Prozent). 17 Prozent aller Unternehmen vernetzten ihre Computer drahtlos (wLAN – wireless LAN). Ein Intranet hatten 23 Prozent der Unternehmen. Immerhin 10 Prozent der Unternehmen waren über Extranet vernetzt. Dabei verfügten bei den Unternehmen im Finanzdienstleistungssektor beispielsweise 64 Prozent der Unternehmen über LAN, 88 Prozent hatten Intranet und 39 Prozent Extranet.

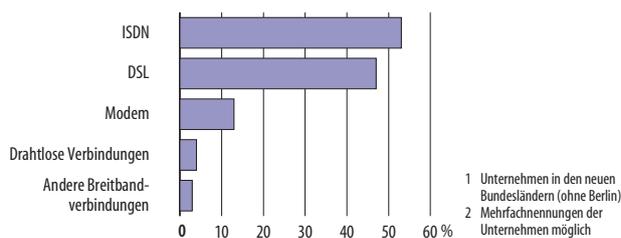
Tab. 1 **Verwendung von Computern in Unternehmen¹ 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsbereichen in Prozent**

WZ 2003	Wirtschaftsbereich ²	Unternehmen mit Verwendung von Computern				
		insgesamt	mit ... bis ... Beschäftigten			
			1 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 und mehr
D	Verarbeitendes Gewerbe.....	90	88	95	97	100
E	Energie- und Wasserversorgung	70	60	100	96	100
F	Baugewerbe.....	84	83	96	100	100
G	Handel	92	92	97	96	100
H	Gastgewerbe.....	56	55	76	100	100
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	85	83	94	100	100
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	100	100	100	100	100
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen, a.n.g.....	100	100	100	100	100
92	Kultur, Sport und Unterhaltung.....	83	82	100	100	100
93	Sonstige Dienstleistungen	51	50	67	100	100
	Insgesamt	86	85	95	98	100

1 Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin)

2 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

Abb. 1 Unternehmen¹ mit Internetzugang 2006
– Verbindungsarten in das Internet²



Zugang zum Internet

Rund 77 Prozent der Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) hatten im Jahr 2006 einen Zugang zum Internet (vgl. Tabelle 2). Die meisten Unternehmen gingen über ISDN online (53 Prozent), rund die Hälfte der Unternehmen nutzte eine DSL- oder andere Breitbandverbindungen (vgl. Abbildung 1). Mit zunehmender Größe der Unternehmen ist die Nutzung des Internets stärker verbreitet. Im Jahr 2006 hatten 75 Prozent der Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten einen Internetanschluss. In der Größenklasse von 10 bis 49 Beschäftigten waren es 93 Prozent der Unternehmen, in der Größenklasse von 50 bis 249 Beschäftigten 97 Prozent. Von den Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten hatten nahezu alle (99 Prozent) Zugang zum Internet. Innerhalb der Wirtschaftsbereiche ist der Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen hervorzuheben, in welchem 89 Prozent der Unternehmen auf das Internet zugreifen.

Im Jahr 2005 nutzten 38 Prozent aller Unternehmen mit Internetzugang in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) das Onlineangebot der öffentlichen Verwaltung. Am häufigsten kommunizierten Unternehmen des Bereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung (79 Prozent) mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet, am wenigsten der Handel (19 Prozent). Betrachtet nach Größenklassen war bei Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten die Nutzung des Onlineangebotes der öffentlichen Verwaltung ein üblicher Weg.

Unternehmen mit eigener Homepage

Jedes zweite Unternehmen mit Internetzugang verfügte 2006 auch über eine eigene Webseite (Homepage). Auch von den kleineren Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten hatten 47 Prozent eine Webseite. Bei den Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten verfügten 70 Prozent über eine Webseite, bei den Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und den Großunternehmen mit 250 und mehr verfügten 86 bzw. 89 Prozent über eine eigene Internetpräsenz.

Im Bereich Kredit- und Versicherungsgewerbe war der Anteil der Unternehmen mit einer eigenen Webseite (84 Prozent) am größten. In den Bereichen Gastgewerbe und Verarbeitendes Gewerbe verfügten jeweils 58 Prozent der Unternehmen mit Internetzugang über eine eigene Webseite, bei den Unternehmen aus den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Baugewerbe war der Anteil der Unternehmen mit einer eigenen Webseite vergleichsweise gering (21 bzw. 41 Prozent). Die Webseite diente den Unternehmen z.B. zur Vermarktung der eigenen Produkte und zur Bereitstellung von Kundenserviceleistungen.

E-Commerce über das Internet

E-Commerce (elektronischer Handel) umfasst alle Ein- und Verkäufe, die über elektronische Netze wie etwa das Internet getätigt werden. Im Jahr 2005 bestellten 34 Prozent aller Unternehmen (ohne Finanzdienstleistungssektor) Waren oder Dienstleistungen über das Internet (vgl. Abbildung 2). Die Nutzung des Onlineeinkaufs variierte deutlich in Abhängigkeit von der Beschäftigtenzahl. So orderte jeweils rund die Hälfte der Unternehmen in den Beschäftigtengrößten ab 10 Beschäftigten Produkte oder Dienstleistungen über das Internet, bei Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten lag der Anteil bei knapp einem Drittel.

Der Anteil der Unternehmen, die 2005 ihre Produkte oder Dienstleistungen über das Internet verkauften, ist mit 12 Prozent aller Unternehmen vergleichsweise gering. Dabei wurde der Vertriebsweg Internet hauptsächlich von größeren Unternehmen

Tab. 2 Verwendung des Internets in Unternehmen¹ 2006
nach Beschäftigtengrößten und Wirtschaftsbereichen in Prozent

WZ 2003	Wirtschaftsbereich ²	Unternehmen mit Verwendung des Internets				
		ins- gesamt	mit ... bis ... Beschäftigten			
			1 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 und mehr
D	Verarbeitendes Gewerbe	81	76	93	97	100
E	Energie- und Wasserversorgung	70	60	100	96	100
F	Baugewerbe	75	72	96	96	100
G	Handel	82	81	97	91	94
H	Gastgewerbe	56	55	76	100	100
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	62	58	83	100	100
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	76	75	100	100	100
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen, a. n. g.	89	88	100	100	97
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	83	82	100	100	100
93	Sonstige Dienstleistungen	51	50	58	93	100
	Insgesamt	77	75	93	97	99

1 Unternehmen in den neuen Bundesländern (ohne Berlin)

2 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)

Abb. 2 Unternehmen¹ mit Einkäufen bzw. Verkäufen über das Internet 2005 nach Beschäftigtengrößenklassen²

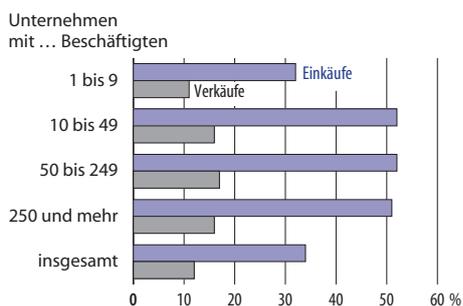
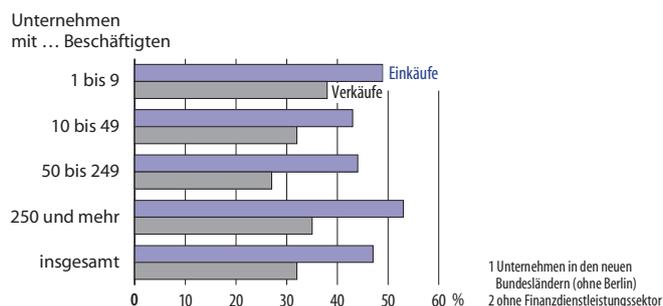


Abb. 3 Beschäftigte mit Computernutzung bzw. Internetzugang in Unternehmen¹ 2006 nach Beschäftigtengrößenklassen



genutzt. Die Beschaffung von Gütern über das Internet war in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung und Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung wirtschaftlicher Dienstleistungen mit 43 bzw. 41 Prozent am höchsten und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (18 Prozent) am niedrigsten.

Nutzung von IKT durch Beschäftigte

Nahezu jeder zweite Beschäftigte in Unternehmen kommt im täglichen Leben nicht mehr ohne den Einsatz von Computern aus (vgl. Abbildung 3). Dabei ist der Nutzungsgrad innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche recht unterschiedlich. So nutzte beispielsweise im Baugewerbe nur rund jeder vierte Mitarbeiter einen Computer während der Arbeitszeit, dagegen im Finanzdienstleistungssektor – berufstypisch – fast alle (97 Prozent). Fast jeder dritte Beschäftigte in Unternehmen hat auch einen Internetzugang und hat dadurch auch außerhalb der Arbeitsstätte bessere Zugriffsmöglichkeiten auf benötigte Daten. Auch hier ist der Finanzdienstleistungssektor hervorzuheben. Mit 79 Prozent hat der überwiegende Teil der Beschäftigten einen Internetzugang. Die Auswertung nach Größenklassen zeigt, dass auch in den unteren Größenklassen die Anteile der Beschäftigten mit Computernutzung bzw. Zugang zum Internet vergleichsweise hoch sind.

Zusammenfassung

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien haben weltweit einen grundlegenden Strukturwandel in Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ausgelöst. In vielen Unternehmen verbessern Netzwerke die Informationsversorgung und erhöhen die Effizienz von Geschäftsprozessen. Unternehmen nutzen das Internet, um auf einer eigenen Webseite mit Unternehmensinformationen präsent zu sein. Das Internet dient aber z.B. auch der Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung. Tendenziell ist festzustellen, dass mit – gemessen an der Beschäftigtenzahl – zunehmender Größe der Unternehmen die Intensität der Nutzung und die wirtschaftliche Bedeutung moderner IKT zunehmen. Die Intensität des Einsatzes wird aber auch stark durch die Unternehmenstätigkeit bestimmt. So gibt es Bereiche, in denen der Einsatz von IKT bereits Arbeitsgrundlage ist. Andererseits gibt es Tätigkeitsfelder, für die PC-Nutzung oder Internetzugang weniger bedeutend sind. Hier können diese Technologien die Arbeit nur zum Teil unterstützen.

Nachdruck aus Statistik in Sachsen 3/2007, S. 54–58

Dipl.-Kauffrau Beatrice Groß ist Fachverantwortliche für Projektentwicklung URS-Neu und Dipl.-Agrarpädagogin Anna Kahle ist Sachbearbeiterin im Bereich Projektentwicklung URS-Neu des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen.

Thomas Heymann

Unternehmen und Betriebe in der Region Berlin-Brandenburg im Jahr 2006

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik 2006

Die Gewerbeanzeigenstatistik¹ hat die Aufgabe, über das Meldegesehen in seiner Gesamtheit zu

Die Region Berlin-Brandenburg verfügt über ein erhebliches Potential an Wirtschaftseinheiten in Form von Unternehmen und Betrieben, deren Bestand durch Existenzneugründungen, Übernahmen, Aufgaben oder Stilllegungen sowie Zu- und Fortzügen, aber auch durch Insolvenzanmeldungen ständig in Bewegung ist. Anhand der Gewerbeanzeigenstatistik, den Unterlagen des statistischen Unternehmensregisters und der Insolvenzstatistik wird die Wirtschaftsstruktur der Unternehmen und Betriebe im Jahr 2006, ihr Gewerbegehen, die damit verbundene Beschäftigung von Arbeitskräften und der erwirtschaftete Umsatz, aber auch die finanziellen Forderungen bei eingetretener Insolvenz dargestellt. Umfangreiche Abbildungen und Tabellen veranschaulichen diese Beschreibung, sowohl für die Region Berlin-Brandenburg insgesamt als auch einzeln für die Länder, teilweise aufgliedert nach Wirtschaftseinheiten oder den Stadtbezirken Berlins und den Verwaltungsbezirken des Landes Brandenburgs.

informieren sowie Existenzgründungen und Stilllegungen von Unternehmen und Betrieben statistisch abzubilden.

Es handelt sich um eine Sekundärstatistik auf der Basis der in der Verwaltung erstellten Gewerbe-meldungen. Um Aufschluss über Zahl und Art der in einem Verwaltungsgebiet ansässigen Gewerbebetriebe zu erhalten, sind Gewerbetreibende gesetzlich verpflichtet, meldepflichtige Vorgänge dem zuständigen Gewerbeamt anzuzeigen. Kopien dieser An- und Abmeldungen werden statistisch ausgewertet.

In diesem Beitrag wird die Region Berlin-Brandenburg nach den Bezirken Berlins und den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburgs untergliedert (vgl. nebenstehende Karte). Auf dieser Regionalebene haben die Berliner Bezirke Charlottenburg, Mitte und Pankow die größten Anteile an den Gewerbeanzeigen. Die niedrigsten Anteile in Brandenburg haben die Landkreise Prignitz, Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz sowie die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel und Frankfurt/Oder. In den Tabellen 1 und 2 werden die Ergebnisse der Gewerbe-

anzeigenstatistik für beide Länder und für die Region Berlin-Brandenburg insgesamt vorgestellt, indem die Hauptmerkmale „Betriebsgründungen“, „sonstige Neugründungen“ sowie Änderungen in der Kontinuität von Gewerbeeinheiten (Umwandlung, Übernahme/-gabe, Um-/Fortzug) für einzelne Wirtschaftsbereiche ausgewiesen werden.

Schwerpunkte des Anmeldegesehens in der Region Berlin-Brandenburg waren 2006 die Wirtschaftsabschnitte „Handel, Instandhaltung und Reparatur von KFZ und Gebrauchsgütern“, „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen,

Dienstleistungen für Unternehmen“ sowie „Baugewerbe“ und „Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen“. Einzig bei den Betriebsgründungen im Baugewerbe hatte Brandenburg 2006 mehr Anzeigen als Berlin.

Die Formulare der Gewerbean- und -abmeldungen sind so gestaltet, dass jedem Merkmalsfeld einer Anmeldung die Merkmalsentsprechung der Abmeldung gegenübersteht. Einer Neuerrichtung steht zum Beispiel die Aufgabe einer gewerblichen Tätigkeit gegenüber. Diese Eigenschaften sind zudem hierarchisch angeordnet. Die feinste Ausgliederung der Arten der Gewerbeanmeldung ist die Betriebsgründung bzw. Betriebsaufgabe.

Außerdem sollen auch „lebenszyklische“ Ereignisse eines Gewerbes gemeldet werden, wie Umwandlungen, Übernahmen (Übergaben) sowie Zu- und Fortzüge. Aus den Tabellen 3 und 4 sind diese Ereignisse der Gewerbeanzeigen, jeweils für die Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen für die Länder Berlin und Brandenburg ersichtlich. Über alle Merkmale hinweg gibt es ein Länderverhältnis von etwa 60 Prozent zu 40 Prozent. Zum Beispiel finden rund 60 Prozent aller Betriebsgründungen oder aller Betriebsaufgaben der Region Berlin-Brandenburg in Berlin statt.

Als „Betriebsgründung“ wird eine Gewerbeanmeldung bezeichnet, wenn eine Niederlassung durch eine natürliche oder juristische Person angemeldet wird, die entweder im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister eingetragen ist oder die Handwerks-eigenschaft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt. Sind diese Bedingungen nicht erfüllt, dann wird die Gewerbeanmeldung als „Sonstige Neugründung“ bezeichnet. Hierbei handelt es sich um eine Kleingewerbegründung durch einen Minderkaufmann.

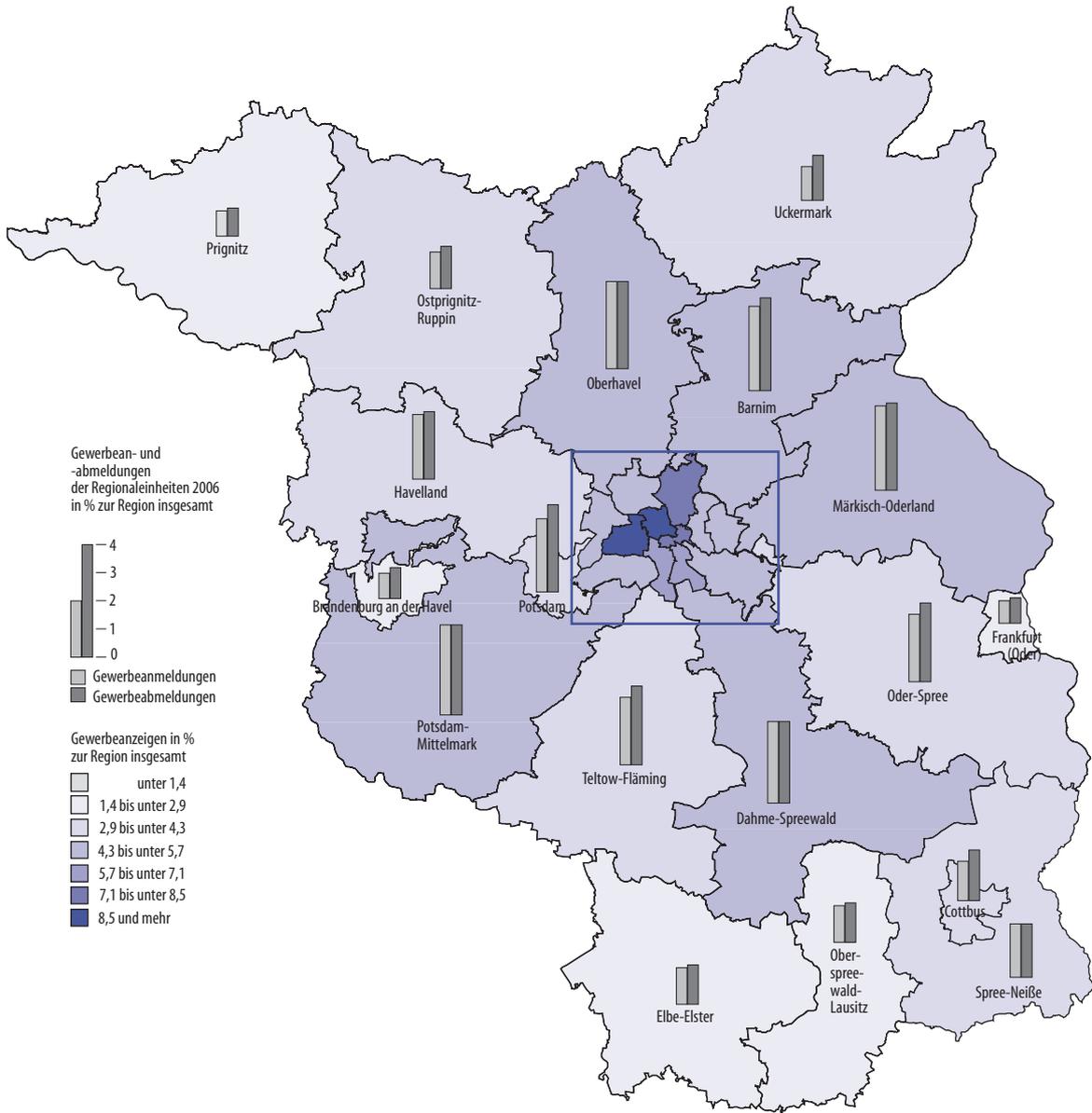
2006 waren rund 23 Prozent der Gewerbeanmeldungen in Brandenburg Betriebsgründungen, das waren 4 Prozentpunkte mehr als in Berlin. Die sonstigen Neugründungen, überwiegend Kleingewerbetreibende, hatten in Berlin einen Anteil von knapp 70 Prozent der Anmeldungen, das waren 22 Prozentpunkte mehr als in Brandenburg.

Der Aufbau der polaren Merkmale des Gründungsgesehens legt nahe, die Merkmale An- und Abmeldungen, Betriebsgründungen/-aufgaben sowie die

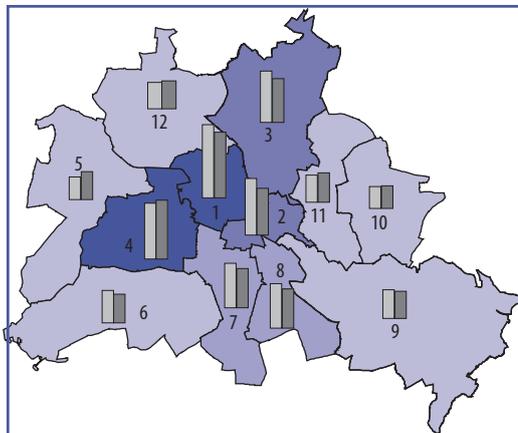
¹ Gewerbeordnung (GewO) vom 1. Januar 1987 (BGBl. I S. 425) in der Fassung vom 22. Februar 1999

(BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970).

Abb. 1 **Gewerbeanzeigen in der Region Berlin-Brandenburg 2006**



Detailkarte



- Berliner Bezirke**
- 1 Mitte
 - 2 Friedrichshain-Kreuzberg
 - 3 Pankow
 - 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
 - 5 Spandau
 - 6 Steglitz
 - 7 Tempelhof-Schöneberg
 - 8 Neukölln
 - 9 Treptow-Köpenick
 - 10 Marzahn-Hellersdorf
 - 11 Lichtenberg
 - 12 Reinickendorf

Tab.1 Gewerbeanmeldungen in der Region Berlin-Brandenburg 2006 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitte nach der WZ 2003	Insgesamt			Betriebsgründungen			sonstige Neugründungen			Änderungen der Kontinuität ¹		
	Berlin- Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin- Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin- Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin- Brandenburg	Berlin	Brandenburg
Land- und Forstwirtschaft.....	693	307	386	87	29	58	547	267	280	59	11	48
Verarbeitendes Gewerbe	2 213	1 487	726	701	413	288	1 147	907	240	365	167	198
Energie- und Wasserversorgung	468	32	436	118	12	106	303	16	287	47	4	43
Baugewerbe.....	10 289	6 785	3 504	2 266	859	1 407	7 258	5 712	1 546	765	214	551
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	17 326	10 500	6 826	4 342	2 702	1 640	10 334	6 551	3 783	2 650	1 247	1 403
Gastgewerbe	5 754	3 875	1 879	1 408	867	541	2 013	1 250	763	2 333	1 758	575
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	2 909	1 783	1 126	585	317	268	1 994	1 350	644	330	116	214
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 397	1 829	1 568	281	184	97	2 800	1 537	1 263	316	108	208
Grundstücks-, Wohnungswesen, Ver- mietung von beweglichen Sachen; Dienstleistungen für Unternehmen	17 315	11 107	6 208	3 204	2 164	1 040	12 309	8 232	4 077	1 802	711	1 091
Erziehung und Unterricht	410	280	130	111	67	44	256	193	63	43	20	23
Gesundheits-, Veterinär- und Sozial- wesen	805	671	134	183	147	36	576	493	83	46	31	15
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen ..	9 662	7 094	2 568	1 626	1 215	411	7 174	5 364	1 810	862	515	347
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²	20	12	8	5	3	2	13	9	4	2	-	2
Insgesamt	71 261	45 762	25 499	14 917	8 979	5 938	46 724	31 881	14 843	9 620	4 902	4 718
	Anteil an der Region insgesamt in %											
Land- und Forstwirtschaft.....	0,97	0,43	0,54	0,58	0,19	0,39	1,17	0,57	0,60	0,61	0,11	0,50
Verarbeitendes Gewerbe	3,11	2,09	1,02	4,70	2,77	1,93	2,45	1,94	0,51	3,79	1,74	2,06
Energie- und Wasserversorgung	0,66	0,04	0,61	0,79	0,08	0,71	0,65	0,03	0,61	0,49	0,04	0,45
Baugewerbe.....	14,44	9,52	4,92	15,19	5,76	9,43	15,53	12,22	3,31	7,95	2,22	5,73
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	24,31	14,73	9,58	29,11	18,11	10,99	22,12	14,02	8,10	27,55	12,96	14,58
Gastgewerbe	8,07	5,44	2,64	9,44	5,81	3,63	4,31	2,68	1,63	24,25	18,27	5,98
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	4,08	2,50	1,58	3,92	2,13	1,80	4,27	2,89	1,38	3,43	1,21	2,22
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4,77	2,57	2,20	1,88	1,23	0,65	5,99	3,29	2,70	3,28	1,12	2,16
Grundstücks-, Wohnungswesen, Ver- mietung von beweglichen Sachen; Dienstleistungen für Unternehmen	24,30	15,59	8,71	21,48	14,51	6,97	26,34	17,62	8,73	18,73	7,39	11,34
Erziehung und Unterricht	0,58	0,39	0,18	0,74	0,45	0,29	0,55	0,41	0,13	0,45	0,21	0,24
Gesundheits-, Veterinär- und Sozial- wesen	1,13	0,94	0,19	1,23	0,99	0,24	1,23	1,06	0,18	0,48	0,32	0,16
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen ..	13,56	9,95	3,60	10,90	8,15	2,76	15,35	11,48	3,87	8,96	5,35	3,61
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²	0,03	0,02	0,01	0,03	0,02	0,01	0,03	0,02	0,01	0,02	0,00	0,02
Insgesamt	100	64,22	35,78	100	60,19	39,81	100	68,23	31,77	100	50,96	49,04

1 Zusammenfassung der Merkmale Umwandlung, Übernahme/-gabe, Um-/Fortzug

2 Fischerei und Fischzucht (B), Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C), Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verteidigung (L); Private Haushalte (P), Exterritoriale Organisationen (Q)

Tab. 2 Gewerbeabmeldungen in der Region Berlin-Brandenburg 2006 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitte nach der WZ 2003	Insgesamt			Betriebsaufgabe			Sonstige Stilllegungen			Änderung der Kontinuität ¹		
	Berlin- Branden- burg	Berlin	Branden- burg	Berlin- Branden- burg	Berlin	Branden- burg	Berlin- Branden- burg	Berlin	Branden- burg	Berlin- Branden- burg	Berlin	Branden- burg
Land- und Forstwirtschaft.....	529	265	264	81	33	48	366	207	159	82	25	57
Verarbeitendes Gewerbe	1 984	1 357	627	675	464	211	873	652	221	436	241	195
Energie- und Wasserversorgung.....	78	19	59	24	7	17	17	4	13	37	8	29
Baugewerbe.....	6 746	4 137	2 609	1 373	718	655	4 512	3 063	1 449	861	356	505
Handel; Instandhaltung und Repara- tur von Kfz und Gebrauchsgütern	15 924	9 533	6 391	4 189	2 532	1 657	8 992	5 604	3 388	2 743	1 397	1 346
Gastgewerbe.....	5 548	3 679	1 869	1 472	930	542	2 270	1 440	830	1 806	1 309	497
Verkehr und Nachrichten- übermittlung.....	2 776	1 661	1 115	596	331	265	1 853	1 205	648	327	125	202
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 994	1 517	1 477	252	169	83	2 364	1 193	1 171	378	155	223
Grundstücks-, Wohnungswesen, Ver- mietung von beweglichen Sachen; Dienstleistungen für Unternehmen	11 108	6 377	4 731	2 297	1 437	860	7 067	4 207	2 860	1 744	733	1 011
Erziehung und Unterricht	315	196	119	106	50	56	154	112	42	55	34	21
Gesundheits-, Veterinär- und Sozial- wesen	448	377	71	83	71	12	315	270	45	50	36	14
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen ..	5 576	3 641	1 935	1 139	798	341	3 635	2 382	1 253	802	461	341
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²	26	14	12	11	6	5	8	5	3	7	3	4
Insgesamt	54 052	32 773	21 279	12 298	7 546	4 752	32 426	20 344	12 082	9 328	4 883	4 445
Anteil an der Region insgesamt in %												
Land- und Forstwirtschaft.....	0,98	0,49	0,49	0,66	0,27	0,39	1,13	0,64	0,49	0,88	0,27	0,61
Verarbeitendes Gewerbe	3,67	2,51	1,16	5,49	3,77	1,72	2,69	2,01	0,68	4,67	2,58	2,09
Energie- und Wasserversorgung.....	0,14	0,04	0,11	0,20	0,06	0,14	0,05	0,01	0,04	0,40	0,09	0,31
Baugewerbe.....	12,48	7,65	4,83	11,16	5,84	5,33	13,91	9,45	4,47	9,23	3,82	5,41
Handel; Instandhaltung und Repara- tur von Kfz und Gebrauchsgütern	29,46	17,64	11,82	34,06	20,59	13,47	27,73	17,28	10,45	29,41	14,98	14,43
Gastgewerbe.....	10,26	6,81	3,46	11,97	7,56	4,41	7,00	4,44	2,56	19,36	14,03	5,33
Verkehr und Nachrichten- übermittlung.....	5,14	3,07	2,06	4,85	2,69	2,15	5,71	3,72	2,00	3,51	1,34	2,17
Kredit- und Versicherungsgewerbe	5,54	2,81	2,73	2,05	1,37	0,67	7,29	3,68	3,61	4,05	1,66	2,39
Grundstücks-, Wohnungswesen, Ver- mietung von beweglichen Sachen; Dienstleistungen für Unternehmen	20,55	11,80	8,75	18,68	11,68	6,99	21,79	12,97	8,82	18,70	7,86	10,84
Erziehung und Unterricht	0,58	0,36	0,22	0,86	0,41	0,46	0,47	0,35	0,13	0,59	0,36	0,23
Gesundheits-, Veterinär- und Sozial- wesen	0,83	0,70	0,13	0,67	0,58	0,10	0,97	0,83	0,14	0,54	0,39	0,15
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen ..	10,32	6,74	3,58	9,26	6,49	2,77	11,21	7,35	3,86	8,60	4,94	3,66
Übrige Wirtschaftsabschnitte ²	0,05	0,03	0,02	0,09	0,05	0,04	0,02	0,02	0,01	0,08	0,03	0,04
Insgesamt	100	60,63	39,37	100	61,36	38,64	100	62,74	37,26	100	52,35	47,65

¹ Zusammenfassung der Merkmale Umwandlung, Übernahme/-gabe, Um-/Fortzug

² Fischerei und Fischzucht (B), Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C), Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung, Verteidigung (L); Private Haushalte (P), Exterritoriale Organisationen (Q)

Tab. 3 Anzeigen für Gewerbebeanmeldungen in der Region Berlin-Brandenburg 2006 nach Art des Ereignisses

Region	Gewerbebeanmeldungen										
	Ins-gesamt	Neuerrichtungen							Um-wand-lungen	Über-nahmen	Zuzug
		ins-gesamt	Neugründungen					sonstige Neu-gründungen			
			Zu-sammen	Betriebsgründungen							
zu-sammen	Hauptnieder-lassung	Zweignieder-lassung									
Anzahl											
Berlin	45 762	41 098	40 860	8 979	5 862	3 117	31 881	238	3 600	1 064	
Brandenburg	25 499	20 955	20 781	5 938	3 748	2 190	14 843	174	1 933	2 611	
Zusammen	71 261	62 053	61 641	14 917	9 610	5 307	46 724	412	5 533	3 675	
Anteil an der Region Berlin-Brandenburg in %											
Berlin	64,2	66,2	66,3	60,2	61,0	58,7	68,2	57,8	65,1	29,0	
Brandenburg	35,8	33,8	33,7	39,8	39,0	41,3	31,8	42,2	34,9	71,1	
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	

Tab. 4 Anzeigen für Gewerbeabmeldungen in der Region Berlin-Brandenburg 2006 nach Art des Ereignisses

Region	Gewerbeabmeldungen									
	Ins-gesamt	Aufgaben							Über-gaben	Fort-zug
		ins-gesamt	Vollständige Aufgaben					sonstige Still-legungen		
			Zu-sammen	Betriebsaufgaben						
zu-sammen	Hauptnieder-lassungen	Zweignieder-lassungen								
Anzahl										
Berlin	32 773	28 136	27 890	7 546	5 485	2 061	20 344	246	3 448	1 189
Brandenburg	21 279	17 037	16 834	4 752	2 851	1 901	12 082	203	1 954	2 288
Zusammen	54 052	45 173	44 724	12 298	8 336	3 962	32 426	449	5 402	3 477
Anteil an der Region Berlin-Brandenburg in %										
Berlin	60,6	62,3	62,4	61,4	65,8	52,0	62,7	54,8	63,8	34,2
Brandenburg	39,4	37,7	37,6	38,6	34,2	48,0	37,3	45,2	36,2	65,8
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

sonstigen Neugründungen/Stilllegungen zu saldieren. Auffällig ist allerdings, dass der Saldo fast immer im positiven Bereich liegt. Es ergibt sich eine Differenz von 24 Prozentpunkten bei den Abmeldungen gegenüber den Anmeldungen, bei den Betriebsgründungen von gut 17 Prozentpunkten gegenüber den Betriebsaufgaben bei den Angaben für die Region Berlin-Brandenburg. Möglicherweise kommen die Gewerbetreibenden ihrer Pflicht zur Abmeldung bei Einstellung ihrer Tätigkeit nicht in jedem Fall nach.

Die Abbildung 2 zeigt den Saldo der An- und Abmeldungen in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004 sowie jenen der Betriebsgründungen- und -aufgaben (auch in den Abbildungen 3 und 4). Für die Abbildung der Zeitreihe einer Saldierung ist bemerkenswert, dass sich beide Salden überwiegend im positiven Bereich bewegen, als ob ein stetes Wachstum im Existenzgründergeschehen stattfindet. Während der Saldo für die Betriebe sich nah der Nulllinie des Wendepunktes bewegt, dokumentiert jener der Gewerbeanzeigen insgesamt eine deutliche Überhöhung. Auffällig bei den Gewerbeanzeigen insgesamt sind die Einbrüche zum Jahreswechsel und der Trend, dass sich das Mehr der Anmeldungen (Maximum 2004 mit einem Plus von 3 500 Anmeldungen in der Region) verringert.

Der größte Anteil an der Differenz zwischen den Salden der Gewerbeanzeigen insgesamt und der Betriebsgründungen/-aufgaben fällt auf die Meldungen des Kleingewerbes (Sonstige Neugründungen/sonstige Stilllegungen). Es hat sich bisher gezeigt, dass sich gerade bei den Meldungen des Kleingewerbes starke Veränderungen bemerkbar machen. Die Abbildungen 3 und 4 weisen die Salden der Betriebsgründungen/-aufgaben und des Kleingewerbes für Berlin und Brandenburg aus. Tatsächlich hat sich das Mehr der Meldungen des Kleingewerbes in Brandenburg seit 2005 stark verringert. Die Abnahme ist deutlich stärker, als es für die Meldungen der Berliner Kleingewerbetreibenden zu verzeichnen ist. Betrag der mittlere Saldo in Brandenburg 2004 rund 820 Meldungen (Berlin: 1 270 Meldungen), so waren es 2006 noch 230 Meldungen im Mittel in Brandenburg (Berlin: 960 Meldungen).

Für den Auftrag an die Gewerbeanzeigenstatistik, das Existenzgründergeschehen abzubilden, bietet sich das Merkmalspaar der Betriebsgründungen und -aufgaben – als dem realen Geschehen am nächsten kommend – dem an diesem Thema Interessierten an. Weitere Untersuchungen dieses Merkmalspaars, auch in Zusammenhang seiner raumzeitlichen Eigenschaften besonders für die Regionalplanung, sind noch erforderlich.

Abb. 2 Saldo der An- und Abmeldungen der Gewerbeanzeigen insgesamt sowie der Betriebe in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004

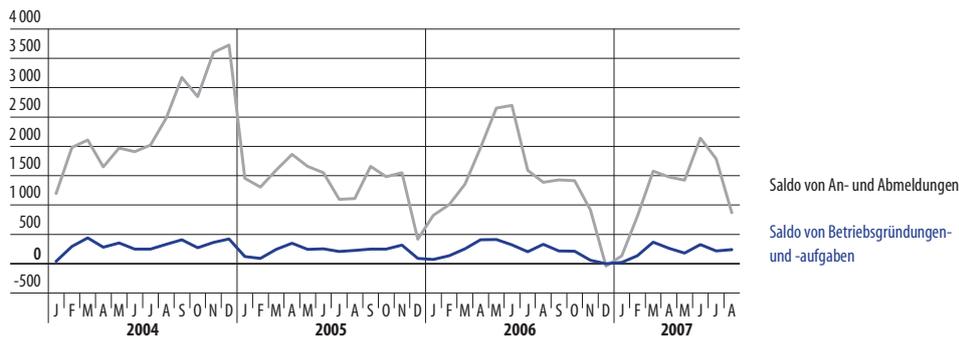


Abb. 3 Saldo der An- und Abmeldungen von Betrieben und Kleingewerbetreibenden im Land Brandenburg seit Januar 2004

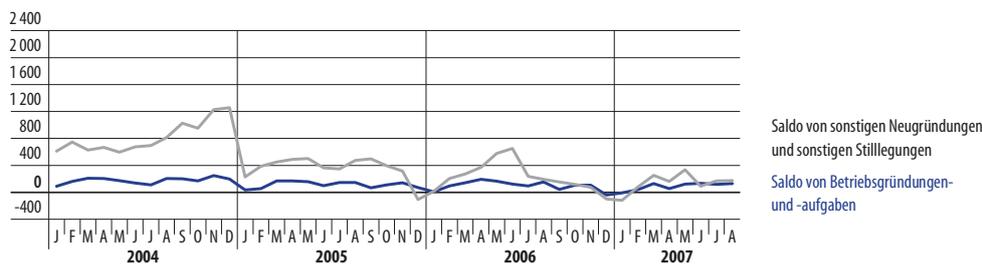
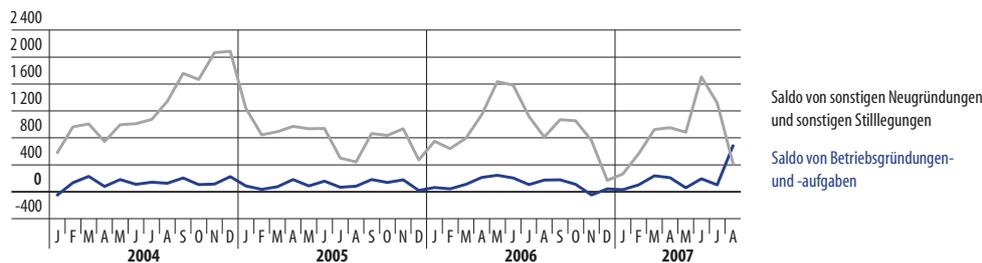


Abb. 4 Saldo der An- und Abmeldungen von Betrieben und Kleingewerbetreibenden in Berlin seit Januar 2004



Ergebnisse 2006 aus den Unternehmensregistern der Länder Berlin und Brandenburg

Das statistische Unternehmensregister² (URS) hat den Auftrag, alle Wirtschaftseinheiten einer Region, die zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, sowie alle rechtlichen Einheiten (Unternehmen), die für sie verantwortlich sind, und alle örtlichen Einheiten (Betriebe), die von ihnen abhängen, abzubilden.

Seine Aufgabe ist die

- Registrierung des Gesamtbestandes von Unternehmen und Betrieben einer Region mit fast jeder Art der wirtschaftlichen Tätigkeit;
- Abbildung der Strukturen von Unternehmen mit ihren Betrieben;
- Pflege der quantitativen Merkmale des steuerbaren Umsatzes und der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eines Berichtsjahres in einer Region;

- Rekonstruktion von komplexen Unternehmen und Unternehmensgruppen;
- Registrierung von Ereignissen, wie z. B. Gründung, Fusion, Aufspaltung, Übernahme, Schließung.

Damit ermöglicht das Unternehmensregister erstmals statistische Analysen für fast alle Wirtschaftszweige auf einer einheitlichen Datengrundlage.

Ein weiteres zentrales Ziel des Unternehmensregisters ist die Entlastung der Unternehmen durch weniger oder einfachere Befragungen sowie die Unterstützung der amtlichen Unternehmensstatistiken durch die Pflege der jeweiligen Berichtskreise.

Wichtige Auswertungsmerkmale sind die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Art der Wirtschaftseinheit, die der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie der geleistete steuerbare Umsatz und die Rechtsform der Unternehmen.

2 Verordnung (EWG) Nr. 21896/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Abl. EG Nr. L 196 S. 1), in Kraft getreten am

25. August 1993, Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Abl. EG Nr. L 76 S.1), in Kraft getreten am 19. April 1993,

geändert durch Abschnitt XV Nr. 1 des Anhangs zu Art. 29 der Akte vom 24. Juni 1994 (Abl. EG Nr. C 241 S. 21, 281), die durch Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 1. Januar 2005 (95/1/EG, Euratom, EGKS / Abl. EG Nr. L 1, S. 1) geän-

dert worden ist, geändert durch Anhang II Nr. 12 der Verordnung (EG) Nr.1882/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. September 2003 (Abl. EU Nr. L 284 S.).

Tab. 5 **Unternehmen und Betriebe der Region Berlin-Brandenburg im Dezember 2006 nach Art der Einheit**

Art der Einheit	Berlin-Brandenburg	Berlin	Brandenburg
Einbetriebsunternehmen.....	291 635	143 007	148 628
Mehrbetriebsunternehmen	7 489	1 786	5 703
Betriebe eines Mehrbetriebsunternehmens	19 693	4 664	15 029
Mehrländerunternehmen	3 155	2 340	815
Betriebe eines Mehrländerunternehmens	22 515	10 170	12 345
Arbeitsgemeinschaften	34	33	1
Betriebe eines ausländischen Unternehmens.....	605	139	466
Einheiten insgesamt	345 126	162 139	182 987

Im URS werden die Wirtschaftseinheiten nach ihren fachlichen oder örtlichen Eigenschaft unterschieden. Ausgewiesen werden die wirtschaftlich aktiven Einheiten zum 31. Dezember des vorausgehenden Kalenderjahres. Einbetriebsunternehmen (vgl. Tabelle 5) sind dabei rechtlich und finanziell selbstständige Wirtschaftseinheiten, die ihre Tätigkeit nur an einem Standort ausüben. Entsprechend haben Mehrbetriebsunternehmen mehrere Niederlassungen in einem einzigen Bundesland, Mehrländerunternehmen in mehreren Bundesländern. Mit dem Begriff „Unternehmen“ wird die rechtlich-finanzielle Selbstständigkeit einer Wirtschaftseinheit umschrieben. Demzufolge werden unter diesem Begriff Ein-, Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen mit den Arbeitsgemeinschaften im Baugewerbe (ARGEN) und den Betrieben ausländischer Unternehmen zusammengefasst. Als Betrieb werden die an einen Standort gebundenen Wirtschaftseinheiten zusammengefasst: Einbetriebsunternehmen, die Niederlassungen von Mehrbetriebs- und Mehrländerunternehmen oder wiederum die ARGEN und Betriebe von ausländischen Unternehmen. In dieser Weise unterschieden, waren in der Region Berlin-Brandenburg im Dezember 2006 rund 303 000 rechtlich-finanziell selbstständige Unternehmen bzw. 334 000 Betriebe wirtschaftlich tätig (vgl. Tabelle 6).

Die quantitativen Merkmale „Umsatz“ und „sozialversicherungspflichtig Beschäftigte“ werden dem URS von den Verwaltungen mit einem zwei Jahren älteren Berichtsjahresstand geliefert (vgl. Tabelle 7). Das hat zur Folge, dass nur etwa die Hälfte der Einheiten ausgewiesen werden können, die einen Wert in den quantitativen Merkmalen erhalten haben. Innerhalb der Zeitdifferenz von zwei Jahren (vom Berichtsjahr der quantitativen Merkmale bis zum Auswertungsjahr des URS) sind Wirtschaftseinheiten einerseits fortgezogen, insolvent oder umgewandelt worden und andererseits Einheiten zugezogen, neu entstanden oder umgewandelt worden. Diesen Einheiten können noch keine quantitativen Werte von einer der beiden Verwaltungen zugeordnet werden. In den statistischen Unternehmensregistern der beiden Länder waren im Dezember 2006 gut 300 000

Tab. 6 **Wirtschaftseinheiten der Unternehmen und Betriebe in der Region Berlin-Brandenburg 2006**

Region	Wirtschaftseinheiten 2006		
	Unternehmen	Betriebe	
Insgesamt			
Berlin	147 305	158 013	
Brandenburg	155 613	176 469	
Berlin-Brandenburg	302 918	334 482	
davon mit steuerbarem Umsatz 2004			
Berlin	106 424	x	
Brandenburg	70 466	x	
Berlin-Brandenburg	176 890	x	
davon mit svB ¹ 2004			
in Berlin	x	78 415	1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
in Brandenburg	x	62 606	
Berlin-Brandenburg	x	141 021	

Unternehmen auswertbar registriert, von denen gut 58 Prozent im Jahr 2004 einen steuerbaren Umsatz von mindestens 17 500 EUR ausgewiesen hatten.

Neben der Zeitdifferenz ist eine weitere methodische Besonderheit zu berücksichtigen. Viele Unternehmen sind Mitglied in einer umsatzsteuerlichen Organschaft. In diesen Fällen wird der Gesamtumsatz bei dem führenden Unternehmen (Organträger) ausgewiesen, das seinen Sitz nicht in der Region haben muss. Für die Mitglieder der Organschaft (Organgesellschaften) wird kein steuerbarer Umsatz ausgewiesen. Diese Information geht damit den statistischen Unternehmensregistern verloren.

Um das Problem zu lösen, wird gegenwärtig von der amtlichen Statistik eine Methode für die Ermittlung eines Schätzumsatzes geprüft. Dieser Schätzumsatz weist unter Berücksichtigung von Wirtschaftszweig, Beschäftigtenanzahl und Besonderheiten der regionalen Wirtschaftsstruktur allen Organschaftsmitgliedern einen Umsatz zu, der sich der tatsächlichen Leistung annähern soll. Auf Bundes- und Landesebene werden Auswertungen des Schätzumsatzes bereits ausgewiesen. Eine regionale Auswertung unterhalb der Landesebene von Unternehmen mit Umsatzangaben ist daher nur sinnvoll mit den steuerbaren Umsätzen der nicht organschaftlichen Unternehmen, kombiniert mit den geschätzten Umsätzen für die Organschaftsmitglieder.

Rund 330 000 Betriebe waren in der Region im Dezember 2006 in den Registern der beiden Länder auswertbar registriert, von denen gut 42 Prozent im Jahr 2004 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet hatten. Neben den erwähnten Folgen der zeitlichen Differenz zwischen Berichtsjahr des Merkmals und Auswertungsjahr macht sich für die Auswertbarkeit der Betriebe der so genannte Masterbetrieb nachteilig bemerkbar. Es handelt sich hier um eine Berichtseinheit der Bundesagentur für Arbeit, die für sich und andere unselbstständige Niederlassungen des eigenen Unternehmens die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt meldet. Dieser Sachverhalt wird den Statistischen Ämtern nicht mitgemeldet. Es ist weder der Masterbetrieb bekannt, noch werden die Niederlassungen gemel-

Tab. 7 Unternehmen und Betriebe in Berlin-Brandenburg im Dezember 2006 nach Regionaleinheiten

Region — Stadtbezirk — Verwaltungsbezirk	Unternehmen		Betriebe		Unternehmen		Betriebe	
	insgesamt	davon mit steuerbarem Umsatz 2004	insgesamt	davon mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004	insgesamt	davon mit steuerbarem Umsatz 2004	insgesamt	davon mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004
Berlin-Brandenburg.....	302 918	176 890	334 482	141 021	100	100	100	100
Berlin	147 305	106 424	158 013	78 415	48,6	60,2	47,2	55,6
Bezirke								
Mitte	17 725	12 371	19 453	10 274	5,9	7,0	5,8	7,3
Friedrichshain-Kreuzberg	12 953	9 472	13 715	6 688	4,3	5,4	4,1	4,7
Pankow	15 533	11 468	16 390	7 299	5,1	6,5	4,9	5,2
Charlottenburg-Wilmersdorf	24 088	17 762	25 606	12 825	8,0	10,0	7,7	9,1
Spandau	6 388	4 606	6 929	3 548	2,1	2,6	2,1	2,5
Steglitz-Zehlendorf	13 286	9 572	13 916	6 391	4,4	5,4	4,2	4,5
Tempelhof-Schöneberg	15 563	11 453	16 572	8 238	5,1	6,5	5,0	5,8
Neukölln	8 872	6 297	9 507	5 047	2,9	3,6	2,8	3,6
Treptow-Köpenick	8 917	6 529	9 579	4 747	2,9	3,7	2,9	3,4
Marzahn-Hellersdorf	6 854	4 870	7 389	3 558	2,3	2,8	2,2	2,5
Lichtenberg	6 791	4 614	7 460	3 792	2,2	2,6	2,2	2,7
Reinickendorf	8 600	6 243	9 253	4 888	2,8	3,5	2,8	3,5
Brandenburg insgesamt.....	155 613	70 466	176 469	62 606	51,4	39,8	52,8	44,4
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel	3 523	1 666	4 213	1 723	1,2	0,9	1,3	1,2
Cottbus	6 454	2 722	7 625	2 888	2,1	1,5	2,3	2,0
Frankfurt (Oder)	3 516	1 500	4 304	1 766	1,2	0,8	1,3	1,3
Potsdam	10 449	4 266	11 844	3 964	3,4	2,4	3,5	2,8
Landkreise								
Barnim	11 602	5 026	12 938	4 108	3,8	2,8	3,9	2,9
Dahme-Spreewald	11 227	5 076	12 561	4 114	3,7	2,9	3,8	2,9
Elbe-Elster	6 795	3 384	7 802	3 137	2,2	1,9	2,3	2,2
Havelland	9 266	4 215	10 372	3 519	3,1	2,4	3,1	2,5
Märkisch-Oderland	12 674	5 476	14 053	4 504	4,2	3,1	4,2	3,2
Oberhavel	12 671	5 636	14 012	4 510	4,2	3,2	4,2	3,2
Oberspreewald-Lausitz	6 044	2 891	7 175	2 825	2,0	1,6	2,1	2,0
Oder-Spree	11 267	4 998	12 610	4 453	3,7	2,8	3,8	3,2
Ostprignitz-Ruppin	6 525	3 195	7 495	3 021	2,2	1,8	2,2	2,1
Potsdam-Mittelmark	14 008	6 542	15 459	5 166	4,6	3,7	4,6	3,7
Prignitz	5 195	2 509	5 966	2 407	1,7	1,4	1,8	1,7
Spree-Neiße	7 279	3 395	8 340	3 057	2,4	1,9	2,5	2,2
Teltow-Fläming	10 123	4 651	11 479	3 996	3,3	2,6	3,4	2,8
Uckermark	6 771	3 171	7 928	3 280	2,2	1,8	2,4	2,3
nicht regionalisiert	1 959	1 314	2 537	1 288	0,6	0,7	0,8	0,9

det, für die der Masterbetrieb berichtet. Dennoch ist dieses Merkmal für regionale Auswertungen unterhalb der Landesebene geeignet, weil die Unschärfen sich in Grenzen halten.

Eine regionale Auswertung der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Gemeinden in Brandenburg und nach Ortsteilen in Berlin zeigt, dass Ergebnisse aus dem Unternehmensregister sich für derartige Analysen anwenden lassen (vgl. 3. Umschlagseite). In den Gemeinden und Ortsteilen wird der Anteil der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen derartigen Betrieben in der Region insgesamt aufgezeigt. In Berlin sind das Kerngebiet im Zentrum erkennbar und Entwicklungsachsen nach Südwesten, Westen, Nordwesten und Osten feststellbar. Der so genannte engere Verflechtungsraum rund um Berlin sowie Kerngebiete im weiteren Umland heben sich für Brandenburg hervor.

Zentralörtliche Schwerpunkte, wie Schwedt, Angermünde, Templin, Rathenow, Brandenburg, Frankfurt, Belzig, Jüterbog, Cottbus, Spremberg und Senftenberg sind erkennbar, aber auch der Einfluss von infrastrukturellen Standortfaktoren wie Autobahnen, Wasserstraßen oder touristische Regionen, wie die Schorfheide, die Ruppiner Schweiz, das Rheinsberger Land als auch der Spreewald.

Es ist zu berücksichtigen, dass in dieser Darstellung die Art der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht unterschieden wird, sondern alle im URS registrierten Wirtschaftsbereiche zusammengefasst sind. Es wurden Betriebe der Industrie, des Verkehrs, des Handels, des Gastgewerbes, der Dienstleistungen als auch der Landwirtschaft sowie der freien Berufe zusammengefasst. Es wäre interessant, wenn für eine derartige Darstellung die landwirtschaftlichen Nutzflächen, Waldgebiete und Wasserflächen sowie die Natur-

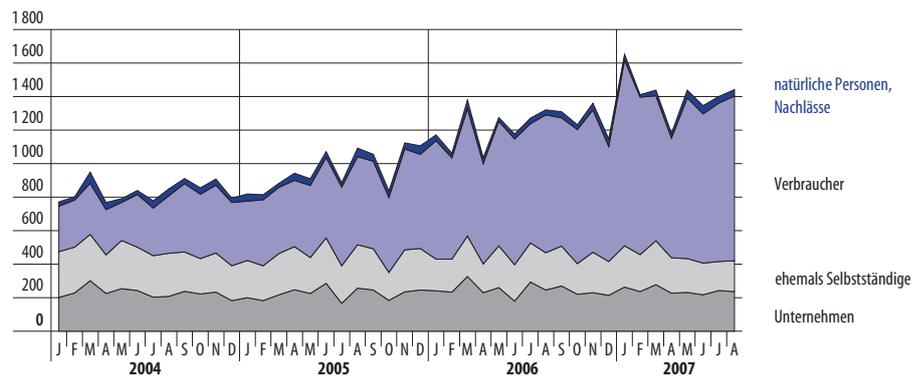
Tab. 8 Unternehmen mit steuerbaren Umsätzen in der Region Berlin-Brandenburg im Dezember 2006 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt nach der WZ 2003	Region Berlin-Brandenburg			Berlin			Brandenburg		
	2006	2004		2006	2004		2006	2004	
	Unter- nehmen	steuerbarer Umsatz		Unter- nehmen	steuerbarer Umsatz		Unter- nehmen	steuerbarer Umsatz	
		insgesamt	je Unternehmen		insgesamt	je Unternehmen		insgesamt	je Unternehmen
Anzahl	1 000 EUR		Anzahl	1 000 EUR		Anzahl	1 000 EUR		
Unternehmen insgesamt	176 890	181 550 953	1 026,3	106 424	128 543 496	1 207,8	70 466	53 007 457	752,2
Verarbeitendes Gewerbe	9 934	30 394 017	3 059,6	5 214	18 710 820	3 588,6	4 720	11 683 197	2 475,3
Baugewerbe	21 476	6 800 762	316,7	9 762	3 116 172	319,2	11 714	3 684 590	314,5
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	39 312	49 416 501	2 422,0	22 088	34 967 268	1 583,1	17 224	14 449 233	838,9
Gastgewerbe	13 755	2 926 083	212,7	8 241	2 066 274	250,7	5 514	859 809	155,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8 002	21 628 299	2 702,9	4 638	17 729 791	3 822,7	3 364	3 898 508	1 158,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	704	1 245 796	1 769,6	421	1 204 806	2 861,8	283	40 990	144,8
Grundstücks- und Wohnungs- wesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirt- schaftlichen Dienstleistungen ...	54 613	46 673 881	854,6	38 924	38 562 390	990,7	15 689	8 111 491	517,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	19 359	5 761 004	297,6	12 965	3 852 075	297,1	6 394	1 908 929	298,6
Übrige Wirtschaftsbereiche	9 735	16 704 610	1 715,9	4 171	8 333 900	1 998,1	5 564	8 370 710	1 504,4

Tab. 9 Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Region Berlin-Brandenburg im Dezember 2006 nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitt nach der WZ 2003	Berlin-Brandenburg			Berlin			Brandenburg		
	2006	2004		2006	2004		2006	2004	
	Betriebe	sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte		Betriebe	sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte		Betriebe	sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigte	
		insgesamt	je Betrieb		insgesamt	je Betrieb		insgesamt	je Betrieb
Betriebe insgesamt	141 021	1 670 613	12	78 415	988 802	13	62 606	681 811	11
Verarbeitendes Gewerbe	9 028	215 057	24	4 226	113 939	27	4 802	101 118	21
Baugewerbe	14 895	90 186	6	6 788	39 225	6	8 107	50 961	6
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	28 722	217 987	8	14 517	118 710	8	14 205	99 277	7
Gastgewerbe	10 925	62 100	6	6 572	43 308	7	4 353	18 792	4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 513	115 160	18	3 180	66 353	21	3 333	48 807	15
Kredit- und Versicherungsgewerbe	2 829	47 160	17	1 536	35 011	23	1 293	12 149	9
Grundstücks- und Wohnungs- wesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirt- schaftlichen Dienstleistungen ...	30 065	256 820	9	21 171	186 463	9	8 894	70 357	8
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	12 189	126 075	10	7 260	84 532	12	4 929	41 543	8
Übrige Wirtschaftsbereiche	25 855	540 068	21	13 165	301 261	23	12 690	238 807	19

Abb. 7 Insolvenzen in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004 nach Schuldnergruppen



schutzgebiete, aber auch infrastrukturelle Faktoren, wie weitere verkehrliche Anbindungen, ergänzend ausgewiesen werden könnten.

Den wirtschaftlichen Schwerpunkt in der Region Berlin-Brandenburg (Tabellen 8 und 9) bildeten die Unternehmen des „Verarbeitenden Gewerbes“ mit rund 3 Milliarden EUR steuerbaren Umsatz je Unternehmen im Jahr 2004, gefolgt vom Wirtschaftsbereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ mit 2,7 Milliarden EUR je Unternehmen. 60 Prozent der Unternehmen der Region hatten im Dezember 2006 ihren Standort in Berlin. Diese meldeten 71 Prozent des steuerbaren Umsatzes 2004 in der Region.

Ergebnisse der Insolvenzzstatistik

Die Insolvenzzstatistik³ liefert monatliche Informationen über die Zahl der Insolvenzen von Unternehmen, Verbrauchern, ehemals selbstständig Tätigen und anderen natürlichen Personen (wie z.B. Gesellschaftern größerer Unternehmen) sowie über die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Bei der Insolvenz eines Unternehmens werden zusätzlich der Eröffnungsgrund, der Wirtschaftszweig, die Rechtsform, das Gründungsjahr, die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer sowie die Anordnung von Eigenverwaltung erfragt. Darüber hinaus wird zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr untersucht, in welcher Weise das Verfahren zu Ende geführt und welches finanzielle Ergebnis erzielt wurde.

In der Region Berlin-Brandenburg wurden im Jahr 2006 insgesamt 14 480 Insolvenzverfahren beantragt. Berliner Insolvenzgerichte eröffneten für nur 58 von 100 Anträgen das Verfahren. In der Region waren es dagegen 89,5 Prozent der Antragstellungen, die eröffnet wurden. Das bedeutet, nur 9,5 Prozent waren abgewiesene Anträge mangels Masse. Der Anteil der abgewiesenen etwa 1 400 Anträge von Unternehmen in Berlin betrug knapp 64 Prozent.

Ein weiterer Unterschied im Ländervergleich des Jahres 2006 ist bei der Höhe der voraussichtlichen Forderungen aus den eröffneten Verfahren festzustellen. Auf die gut 3,1 Milliarden EUR hohe erwartete Tilgungssumme entfielen etwa 70 Prozent auf Berliner Insolvenzverfahren. Dies ist auch deutlich aus der Karte auf der 4. Umschlagseite zu ersehen:

Je eröffnetes Verfahren waren in sieben Berliner Bezirken und fünf brandenburgischen Landkreisen relativ hohe Forderungen zu erwarten. Die geringsten Werte für diese Kennzahl wiesen die Berliner Bezirke Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf auf.

Die Insolvenzzordnung ermöglicht zwei Wege der Verfahrensdurchführung. Regelinsolvenzen werden bei insolventen Unternehmen und vereinfachten Insolvenzverfahren bei verschuldeten privaten Haushalten durchgeführt. Das heißt, den beiden Verfahrensweisen können bestimmte Schuldnergruppen zugeordnet werden.

Regelinsolvenzen werden für Unternehmen angewandt, außerdem aber auch auf jene Schuldnergruppe der ehemals Selbstständigen, die nachweislich unüberschaubare Gläubigerverhältnisse haben (laut Insolvenzzordnung mehr als 19 Gläubiger). Die größte Schuldnergruppe, für die das vereinfachte Insolvenzverfahren gültig ist, sind die Insolvenzen der Verbraucher und die der ehemals Selbstständigen mit übersichtlicheren Schuldenverhältnissen (mit 19 und weniger Gläubigern).

2006 verzeichnete die Region Berlin-Brandenburg 2 321 Unternehmensinsolvenzen, 60 Prozent davon waren Berliner Unternehmen. Von diesen beantragten Verfahren wurden 1 351 eröffnet, mit zu erwartenden Forderungen in Höhe von 1,8 Milliarden EUR. Etwa 78 Prozent davon trafen auf Berliner Unternehmen zu.

Von den knapp 12 200 Verfahren der übrigen Schuldner (Verbraucher, ehemals Selbstständige, Nachlässe und natürliche Personen) entfielen rund 3 000 Verfahrensbeantragungen auf die ehemals Selbstständigen (59 Prozent davon in Berlin) und 8 800 auf die Verbraucher (58 Prozent davon in Berlin). Die voraussichtlichen Forderungen der ehemals Selbstständigen in der Region beliefen sich auf eine Höhe von 655 Millionen EUR und die der Verbraucher auf 534 Millionen EUR (der Anteil der Schuldnergruppen im Land Brandenburg war jeweils 40 Prozent).

Die Ergebnisse der Insolvenzzstatistik für Berlin und Brandenburg seit 2004 lassen zwar Unterschiede in den Größenordnungen erkennen, in der Tendenz ist die Entwicklung in beiden Ländern ähnlich. Die obenstehende Abbildung 7 zeigt die Entwicklung der

³ Seit dem 1. Januar 1999 gelten in Deutschland die Insolvenzzordnung sowie das Einführungsgesetz zur Insolvenzzordnung vom 5. Oktober

1994 (BGBl. I S. 2866, 2911) und § 39 des Einführungsgesetzes (bereinigte Fassung wurde im BGBl. III Gliederungsnummer 300-1 veröf-

fentlicht), in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung insolvenzrechtlicher und kreditwesenrechtlicher Vorschriften vom

8. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2384), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3574).

Abb. 8 **Beantragte Insolvenzverfahren in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004**

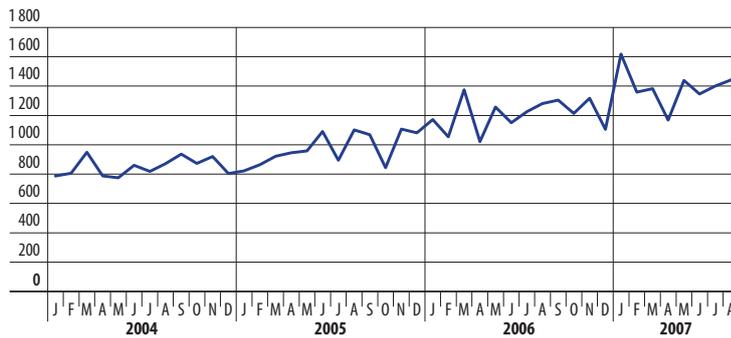


Abb. 9 **Voraussichtliche Forderungen je eröffnetem Insolvenzverfahren in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004**

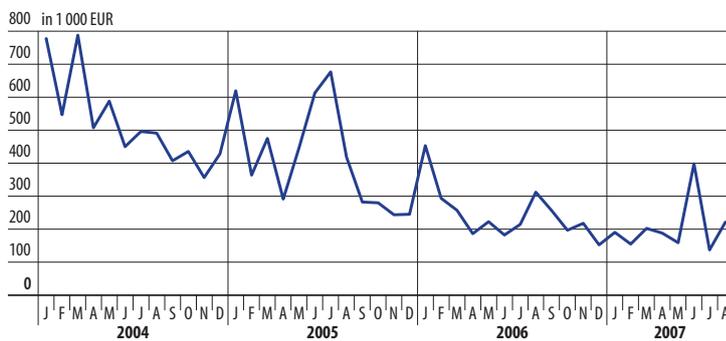
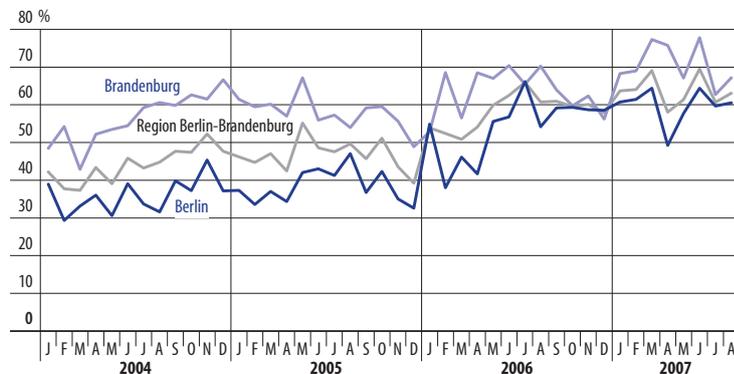


Abb. 10 **Unternehmensinsolvenzen in der Region Berlin-Brandenburg seit Januar 2004**

Anteil der eröffneten Verfahren an den beantragten Verfahren



Schuldnergruppen nach Anzahl der Verfahren seit Januar 2004. Den größten Anstieg an beantragten Verfahren verzeichneten die Verbraucherinsolvenzen. Allein diese Schuldnergruppe nahm im betrachteten Zeitraum um das Vierfache zu. Die Verfahrenszahl der beiden anderen Schuldnergruppen – Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige – bewegte sich auf einem relativ stabilen Niveau.

In der Region Berlin-Brandenburg hat sich die Anzahl der beantragten Insolvenzverfahren seit Januar 2004 fast verdoppelt (vgl. Abbildung 8). Werden die voraussichtlichen Forderungen, die auf den Schuldner zukommen können, ins Verhältnis zu den eröffneten Insolvenzverfahren gesetzt, dann zeigt sich, dass sich die Schuldensummen je eröffnetes Insolvenzverfahren seit 2004 um ein Dreifaches verringert haben (vgl. Abbildung 9).

Neben der Zunahme der Verfahren und der Abnahme der damit verbundenen Forderungen ist außerdem das Verhältnis von eröffneten zu den beantragten Verfahren bei den Unternehmensinsolvenzen von Interesse (vgl. Abbildung 10). Je größer der Anteil der mangels Masse abgelehnten Verfahren, umso größer der Anteil der unbefriedigten Gläubigerforderungen. Hier zeigen sich bei der Betrachtung der Zeitreihe der beiden Merkmale deutliche Unterschiede der jeweiligen Landesergebnisse von Berlin und Brandenburg. In Berlin wurden weniger der beantragten Insolvenzverfahren von Unternehmen eröffnet als in Brandenburg. Oder anders formuliert, in Berlin wurde eine größere Anzahl der beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren mangels Masse abgelehnt.

Seit Sommer 2006 geht die Tendenz dahin, zwischen 60 und 70 Prozent der beantragten Insolvenzverfahren auch zu eröffnen, wobei in Berlin die Quote der mangels Masse abgelehnten Verfahren weiterhin höher ist als in Brandenburg.

Eckart Elsner

Historisches

Georg Hermann In Auschwitz ermordeter Dichter, zeitweilig Mitarbeiter der Berliner Statistik, Bruder des Entdeckers der Nofretete



Bevor Georg Hermann (1871–1943), alias Georg Borchardt, als Schriftsteller und Autor bekannt wurde, arbeitete er einige Zeit für die Berliner Statistik. Die Arbeiten des Dichters umfassen insgesamt 40 Bände. Seine beiden wohl bekanntesten Romane handeln vom Schicksal eines jüdischen Mädchens namens Jettchen Gebert. Als Jude und Humanist lehnte Hermann den Nationalsozialismus ab und brachte dies in seinen Werken zum Ausdruck. Er wusste, dass er in Nazi-Deutschland äußerst gefährdet war und dass man gegen ihn und seine Bücher nach 1933 vorgehen würde. Er musste emigrieren und entschied sich für die Niederlande. Als die Wehrmacht dort einrückte, wurde der schwer herz- und zuckerkrank 73-Jährige am 16. März 1943 über das Konzentrationslager Westerbork ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Mit 995 anderen Juden kam er am 17. März dort an. Am 19. März 1943 wurde er als tot registriert.

Georg Hermann wurde am 7. Oktober 1871 als Kind jüdischer Eltern in der Heilige-Geist-Straße¹ 29 in Berlin geboren. In dieser Straße war damals noch an einer Hausfassade der Neidkopf angebracht², am Haus des Schwiegervaters von Johann Peter Süssmilch (1707–1767), dem Urahn der Statistik in Deutschland. Mit Statistik befasste sich Georg später auch. Zunächst ging es aber um dessen Ausbildung. Einer von Georgs Vorfahren hatte schon um 1750 in der Kleinen Hamburger Straße einen Handel mit Altkleidern aufgemacht. Händler waren die Juden ja häufig, denn andere Berufe waren ihnen lange versperrt gewesen. Auch Georgs früh verstorbener Vater war Kaufmann. Er handelte mit Weißwaren war aber finanziell nicht sehr erfolgreich. In der Gründerzeit, als Berlin boomte, waren die sozialen Gegensätze gewachsen und er verarmt. Sogar in Schuldhaft hat er gesessen.

Georg und seine Brüder konnten dennoch ein Gymnasium besuchen, trotz der drückenden Armut. Georg selbst kam nur bis zur mittleren Reife. Danach absolvierte er die Lehre in einem Krawattengeschäft. Nach dem anschließenden Militärdienst kam er zum Statistischen Amt, wo er als statistischer Hilfsarbeiter³ eingesetzt war [1] [11]. 25-jährig schrieb er sich dann als Gasthörer an der Berliner Universität ein und studierte von 1896 bis 1899 Kunstgeschichte, „um mir ein paar Löcher in den Mantel meiner Unbildung

zu reißen“ [11]. Vermutlich in dieser Zeit wurde er Schriftsteller und gab die feste Anstellung in der Berliner Statistik auf, wurde aber noch als „diätetischer Mitarbeiter“ der Statistik geführt. Er verdiente sich seinen Lebensunterhalt wohl auf Honorarbasis im statistischen Erhebungsgeschäft – wie viele heute noch – oder versuchte dort anderweitig, seine Einnahmen etwas zu verbessern. Seine zwei älteren Brüder hatten es damals schon zu etwas gebracht, der 1863 geborene Ägyptologe⁴, Archäologe und Bauforscher Ludwig Borchardt war acht Jahre älter als Georg, berühmt wurde er durch den Fund der Nofretete, Bruder Heinrich war ein angesehener Architekt.

Georg aber hielt es nicht im Statistischen Amt, ihn zog es zur Schriftstellerei mit ihrem eher ungesicherten Leben [2]. Für seine Publikationen verwendete er fortan den Vornamen seines Vaters Hermann Borchardt als Pseudonym [3] des Nachnamens. In Wirklichkeit hieß er also nicht Georg Hermann, sondern Georg Borchardt. Sein Werk umfasste schließlich 40 Bände. Einen ersten Roman schrieb er noch während der Studienzeit unter Georg Hermann. Er trug den Titel „Spielkinder“ (1897) und behandelt seine Kindheit und Jugend. Er ist im Verlag Friedrich Fontane und später bei Egon Fleischer erschienen, den Originaleinband hatte Max Liebermann entworfen. Ein finanzieller Erfolg wurde der Roman aber nicht. In seinem Werk „Vom gesicherten und ungesicherten Leben – Ernste Plaudereien“ (1915) schrieb er ohnehin, das Ungesicherte sei seine Sache, seine eigenste Lebenssache, und er akzeptiere für sich das ungesicherte Leben. Den Ersten Weltkrieg verarbeitete er in einem sehr ernsten Büchlein mit von ihm gemachten Notizen unter dem eher unscheinbaren Titel „Randbemerkungen (1914–17)“ (1919) und später auch in anderen Werken.

Zuerst arbeitet Hermann viel für Zeitungen und Zeitschriften. Sein Wissen um die Kunst erlaubt es ihm, literarische Feuilletons zu schreiben, Besprechungen von Kunstausstellungen, städtebaulichen Betrachtungen sowie Skizzen und kleineren Erzählungen. 1901 erhält er eine feste Anstellung als Kunstkritiker beim Berliner Ullstein-Verlag. Nun konnte er heira-

1 Dort steht heute das Dom-Aquarée.

2 Die Sage vom Neidkopf rankt um den Soldatenkönig und den in Nr. 38 wohnenden fleißigen Goldschmied Lieberkühn [13]. Heute ist der Neidkopf im Märkischen Museum zu besichtigen. Er ist durch Kriegseinwirkung leicht beschädigt.

3 Das Wort „Hilfsarbeiter“ hat heute eine andere Bedeutung. Früher gab es auch in der Statistik noch „wissenschaftliche Hilfsarbeiter“, die dann „Hilfsreferenten“ und schließlich „Referenten“ genannt wurden

4 Er hat die wunderbare Büste der Nofretete ausgegraben, war Gründer des Deutschen Instituts für Altertumskunde und des (jetzt schweizerischen) Instituts für Bauforschung, beide in Kairo.

ten, eine größere Wohnung in der Kaiserallee 108 (seit 1950 Bundesallee) beziehen und neben seinen Erzählungen und Romanen regelmäßig auch kunstwissenschaftliche Arbeiten publizieren, zu deren wichtigsten „Der Simplicissimus und seine Zeichner“ (1900), „Die deutsche Karikatur im 19. Jahrhundert“ (1901), „Wilhelm Busch“ (1902), „Max Liebermann“ (1903), „Rembrandt“ (1906), Schriften zur Architektur „Aus guter alter Zeit“ (1911), eine Einleitung zu Zeichnungen Rudolf Grossmanns „Um Berlin“ (1912) und die Anthologie „Das Biedermeier im Spiegel seiner Zeit“ (1913) zählen. Er schrieb außerdem eine Einführungen zum „Altberliner Humor“ (1916), zu Heinrich Zilles „Mein Milljöh“ (1918), zu „Das Berliner Lokalstück“ (1920) und zu den „Capriccios“ von Wolfgang Born (1921).

Trotz der einschlägigen Vorbildung, die auf vielen Reisen nach und nach weiter vertieft worden war, verstand sich Georg Hermann nicht als Kunstwissenschaftler. Sein niederländischer Biograf C. G. van Liere betont, dass die kunsthistorischen Studien nicht unwesentlich zum Erfolg der Romane und anderer Prosastücke beigetragen haben, beispielsweise auch zu dem der heute noch viel gekauften Beschreibung der preußischen Residenzstadt „Spaziergang in Potsdam“ (1929) [9].

Georg Hermanns Bedeutung beruht vor allem auf seinem Erzählwerk, das auch die kleinen Dinge des Großstadtlebens [10] beachtet, das Tagesaktualitäten enthält, zeitgenössischen Typen beschreibt, Geschmacksvorlieben, Mode- und Stilaccessoires schildert und z.B. von Sigmund Freud gern gelesen wurde. Mit „Jettchen Gebert“ (1906) gelang der Durchbruch. Im Biedermeier spürt eine Potsdamer Jüdin und Vollwaise nach unbeschwerter Jugend bei dem reichen Onkel Salomon und Tante Riekchen die geistige Enge ihrer Umgebung erst, als sie dem träumerischen nichtjüdischen Literaten Dr. Kössling begegnet und sich zu ihm hingezogen fühlt. Unterstützt wird sie von Onkel Jason, der sie liebt, ihr seine Liebe aber nicht zu offenbaren wagt. Aus Pflichtgefühl und Dankbarkeit heiratet sie schließlich den ungeliebten Julius Jacoby. Der Roman zeigt ein Stück Kulturgeschichte und war einst ein Bestseller. In über 50 Auflagen wurde er bis weit in die zwanziger Jahre hinein geradezu verschlungen [6]. Mit ähnlichem Erfolg erschien dann „Henriette Jacoby“ (1909) als dessen Fortsetzung. Es folgte der Roman „Kubinke“ (1910) [4], für den sein Freund Heinrich Zille den Buchumschlag entwarf und der die Liebesgeschichte zwischen dem vom Unglück verfolgten kleinen Friseurgesellen Emil Kubinke und dem Dienstmädchen Pauline mit leiser Ironie behandelt. „Die Nacht des Doktors Hertzfeld“ (1912) [4] und „Heinrich Schön jun.“ (1915) erschienen noch vor seiner biografisch ausgerichteten und sehr persönlichen Roman-Kette, die zwischen 1917 und 1934 veröffentlicht wurde. In diesen Romanen schildert Georg Hermann den eigenen Lebensweg in der Gestalt des Schriftstellers Fritz Eisner. In „Einen Sommer lang“ (1917) berichtet der Berliner von

der glücklichen Zeit mit seiner Braut, der Professorentochter Martha Heymann, die mit Mutter und Schwester in eine Potsdamer Sommerwohnung gezogen war. Zwischendurch erschien „Schnee“ (1921) als letzter Titel im Berliner Verlag Egon Fleischel und „Mein Nachbar Ameise“ (1922), ein Spiel in drei Akten, das parallel zu den Romanen in dem Jahr herauskam, in dem Hermann zur Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart wechselte, die 1922/23 eine erste Werkausgabe herausbrachte und die kommenden Romane der zwanziger Jahre verlegte. Der zweite Roman der oben erwähnten Kette hieß „Der kleine Gast“ (1925). Darin hat Hermann seiner im Alter von elf Monaten gestorbenen ältesten Tochter ein Denkmal gesetzt. Der Roman spielt am Potsdamer Platz in Berlin und in der Künstlerkolonie Friedenau, wo damals auch er wohnte [11]. Es folgte „November achtzehn“ (1930) als dritter der Kette mit Schilderungen der Revolution und Hinweisen auf das Scheitern seiner ersten Ehe, aus der vier Töchter hervorgegangen waren und die 1918 zerbrach, sowie auf die Liebe zu seiner zweiten Frau, der 25 Jahre jüngeren Ullstein-Redakteurin Lotte Samter. Die Inflationszeit und die Geburt der Tochter aus zweiter Ehe durch seine dann schon vom Blutkrebs gezeichnete zweite Frau, die 1926 nach einjähriger Ehe starb, ist im vierten Roman der Kette verarbeitet, er trägt den Titel „Ruths schwere Stunde“ (1934). Der letzte seiner biographischen Romane hieß „Eine Zeit stirbt“ (1934). Darin erlebt er – wieder als Fritz Eisner – den Niedergang des Kaiserreiches, die Weimarer Republik und er erahnt schon die durch den Nationalsozialismus drohenden Gefahren. Trotz allem waren die beiden letzten Romane noch im Nazi-Deutschland erschienen⁵.

Georg Hermann war kein politischer Schriftsteller⁶. Als Demokrat, Humanist und Pazifist rechnete er sich aber der Linken zu. Schon 1915 bedauerte er in der oben erwähnten Abhandlung „Vom gesicherten Leben ...“⁷, dass das Recht „150 Millionen Menschen vor die Kanonen und 15 Millionen Menschen in den Tod zu jagen“ in Europa bei einem Dutzend Menschen liegt. Den Essay „Der doppelte Spiegel“ (1926) schrieb er gegen den nationalsozialistischen Antisemitismus und Chauvinismus, der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre aufkam, eine weitere Polemik gegen den Antisemitismus folgte mit dem Roman „Tränen um Modesta Zamboni“ (1927), worin er die Brutalität des italienischen Faschismus enthüllte. Im „Grenadier Wordelmann“ zeigte er die Inhumanität des preußischen Militärstaats zur Zeit Friedrichs des Großen.

Bei Georg Hermanns Grundhaltung wundert es nicht, dass ihn die Nazis schon vor 1933 massiv angegriffen hatten. Aktionen „wider den undeutschen Geist“ wie die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 waren absehbar⁸. Ihm blieb nur die Emigration, denn auch die Zeitungsredaktionen wurden „gesäubert“⁹. Nach dem Reichstagsbrand (27. Februar 1933) floh er am 15. März 1933 mit seiner ersten Frau und seinen Töchtern nach Laren in Holland, wo er demüti-

5 im Verlag Der Spiegel

6 Er war einige Zeit Vorsitzender des Schriftsteller-Schutzverbandes und gehörte dem Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an.

7 auf S. 23/24

8 Der Bücherverbrennung ging eine breit angelegte „Aufklärungsaktion“ voran. Die Bücher unliebsamer Autoren wurden anhand „Schwarzer Listen“ gesammelt. Neben Hermanns Werken sind die von Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Thomas

Mann, Berthold Brecht, Walter Mehring und anderen auf dem Berliner Opernplatz (heute Bebel-Platz) verbrannt worden. Hauptredner bei der Berliner Veranstaltung war Joseph Goebbels.

gende Bettelbriefe schreiben musste und doch hoch geschätzt war, da seine Bücher in den Niederlanden schon auf große Resonanz gestoßen waren und folglich auf den Lehrplänen vieler Schulen standen. In Amsterdam fand sich der Allert-de-Lange-Verlag bereit, fortan seine Werke zu drucken. In Holland schrieb Hermann dann den Roman „Der etruskische Spiegel“¹⁰ (1934) [10] über ein Emigrantenschicksal. Auch der Ganovenroman „Rosenmil“ (1935) entstand dort. Er spielt um die Jahrhundertwende im Zuhältermilieu der Lothringer Straße¹¹.

Doch nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde sein Exil Holland von den Deutschen besetzt. Für Juden gab es kaum noch Möglichkeiten des Entkommens. Auch die früheren Berufskollegen, die Statistiker, haben in Deutschland nach 1939 beim Aufspüren der Juden mitgeholfen [14]. Für die Tochter und Enkeltochter hatten Verwandte in der Schweiz in aller Eile Pässe besorgen können, für Georg Hermann war dies nicht möglich. Er war gerade 73 Jahre alt geworden. Der hellstichtige, inzwischen schwer herz- und zuckerkrankte Beobachter politischer Zustände, kannte die Rechtlosigkeit und Amoralität des Hitler-Regimes und wusste mit einiger Sicherheit, was auf ihn zukam. Vermutlich in einer Art Resignation lehnte er es ab, sich zu verstecken und folgte 1943 einer Anordnung der deutschen Besatzungsmacht, sich in ein holländisches Sammellager der Nazis zu begeben. Vom holländischen Konzentrationslager Westerbork wurde er schließlich in einem Transport des Reichssicherheitshauptamtes am 16. November 1943 mit 994 anderen Juden in vermutlich ungeheizten Viehwagons ins Vernichtungslager Birkenau bei Auschwitz deportiert [10].

Georg Hermanns Mörder führten genaue Statistiken. Das Geschlecht der Kinder und Alten interessierte sie allerdings schon nicht mehr. Sie registrierten am Tag seiner Ankunft im Vernichtungslager:

Angekommene Juden in Birkenau am 17. November 1943:

unter 50 Jahre alt	738
darunter	
unter 15 Jahre alt (Kinder)	166
15 bis unter 50 Jahre alt ..	572
davon	
männlich	281
weiblich	291
50 und mehr Jahre alt	257
insgesamt	995

Eine Passage in Hermanns 1935 für seine Kinder verfasstem „Weltabschied“ lautet: »Ich bin im Leben nur Beobachter gewesen – nicht mal interessierter Beobachter, [...] scheinbar habe ich immer gedöst und geschlafen, aber irgend etwas in mir hat immer unbewusst aufgepasst und ist wach dabei gewesen, und so habe

ich vieles – auch in der Judenfrage – früher gesehen als andere, ja, zu früh sogar, so dass man mir nicht glaubte, und meinte, ich übertriebe.« [8].

Wie die Todesbürokratie arbeitete, zeigt der dem seinen ähnlich gelagerte Fall der Amalie Löwenberg. Der Vermerk am Schluss der Akte lautet [15]:

Auch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg will dazu beitragen, dass Georg Hermann nicht in Vergessenheit gerät. In der Hauptstadt gibt es bisher keine Straße, die nach dem Berliner Romancier [12] benannt worden wäre. In der Stubenrauchstraße 6 (Bezirk Schöneberg-Tempelhof) hatte man am 28. August 1962 an der Stelle seines durch Bomben zerstörten Wohnhauses in einer kleinen Grünanlage an ihn erinnert. Dort ist heute allerdings kein Hinweis mehr auf ihn zu finden. Der in vielen neueren Karten noch immer als Denkmal eingezeichnete Gedenkstein ist seit 1978 verschwunden. An dem Ort, wo Hermann bis zu seiner Emigration wohnte, in der Kreuznacher Straße 28¹², gibt es seit dem 19. 11. 1988 eine Gedenktafel aus dem einheitlichen Berliner Gedenktafelprogramm (Porzellantafel der KPM) [7]. In einem Kooperationsprojekt des Fachbereichs Germanistik der Freien Universität Berlin und des Verlags Das Neue Berlin kommt seit 1996 eine Georg-Hermann-Ausgabe in 21 Bänden auf den Markt¹³.



Quellennachweis:

- [1] Methlow, J.: In der Jugend ging es mir nicht gut ... – Der Schriftsteller Georg Hermann (1871–1943); Berlinische Monatsschrift 1996, Heft 1, S. 54–57
- [2] Kähler, H.: Georg Hermanns ungesichertes Leben; Berlinische Monatsschrift 1993, Heft 12, S. 40–45
- [3] n.n.: Georg Hermann; Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden, Mannheim 1974, Bd. 11, S. 736
- [4] <http://kultur-netz.de/archiv/literat/kubinke.htm>
- [5] Schwerk, E.: Ein Gefährte, dem man nicht auf allen Wegen folgen mag; Der Tagesspiegel vom 31. 10. 1996, S. 14
- [6] Berliner Szenen – vor 150 Jahren. Aus dem viel gelesenen Roman Jettchen Grebert; Weihnachtsausgabe 1985, Der Tagesspiegel vom 25. 12. 1985, S. 25
- [7] <http://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/wissenswertes/gedenktafel/hermann.htm>
- [8] <http://www.jungewelt.de/1999/01-26/011.shtml> und <http://www.jungewelt.de/1999/01-27/017.shtml>
- [9] Hermann, G.: Spaziergang in Potsdam; Bd. 14 der Gesamtausgabe, Berlin, 1996, 159 Seiten
- [10] <http://kulturnetz.de/kueko/bewohner/hermann.htm>
- [11] Voss, K.: Reiseführer für Literaturfreunde Berlin; Frankfurt/M., Berlin, Wien, 1980, S. 247
- [12] Fischer, G.: Theodor Fontane und die Tradition des „Berliner Romans“; Berlinische Monatsschrift 1998, Heft 8, S. 16
- [13] Kiessig, I.: Der Neidkopf; Berliner Sagen Berlin-Information, 1990, S. 91–94
- [14] Elsner, E.: Macht und Zahl; Stuttgart, 1999, S. 37–43
- [15] Wetzel, J.: Zur Statistik; Der Bär von Berlin – Jahrbuch 2002 des Vereins für die Geschichte Berlins; S. 128

9 Im März 1933 musste sich z. B. das „Berliner Tageblatt“ von seinem renommierten Chefredakteur Theodor Wolff trennen, weil er nichtarischer Abstammung war.

10 Eine Arbeit, die nicht jedem der heutigen Leser gefällt [5]

11 Zu DDR-Zeiten umbenannt in Wilhelm-Pieck-Straße, heute Torstraße

12 14197 Berlin

13 Preis: 500,- EUR

Aus der amtlichen Statistik

┌ Mitteilungen und Nachrichten

Gerhard-Fürst-Preis 2008 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt zeichnet jährlich herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis, dem Wissenschaftspreis des Statistischen Bundesamtes, aus, die entweder ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder eine empirische Fragestellung unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Mit der jährlichen Auslobung dieser wissenschaftlichen Auszeichnung ist das Statistische Bundesamt bestrebt, die Arbeit der amtlichen Statistik noch stärker als bisher mit den Hochschulen sowie der Wissenschaft zu verbinden. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Die Preisträger des Gerhard-Fürst-Preises 2007 wurden im Rahmen des 16., gemeinsam mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft durchgeführten, Wissenschaftlichen Kolloquiums geehrt. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, konnte auf Empfehlung des unabhängigen Gutachterkreises drei wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 prämiieren.

In der Kategorie „Dissertationen“ wurde die Arbeit von Dr. Michael Beer (Universität Freiburg; Schweiz) zum Thema „Hedonic Elementary Price Indices: Axiomatic Foundation and Estimation Techniques“ wie auch die an der Universität Mün-

chen entstandene Doktorarbeit „Estimation of a Linear Regression with Microaggregated Data“ von Dr. Matthias Schmid von der Jury als gleichermaßen herausragend und preiswürdig erachtet. Beide Arbeiten werden daher mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 für Dissertationen ausgezeichnet und das damit verbundene Preisgeld in Höhe von 5 000 Euro wird zwischen beiden Preisträgern aufgeteilt.

Die an der Universität Hamburg entstandene Diplomarbeit von Herrn Diplom-Volkswirt Max Friedrich Steinhardt zum Thema „Arbeitsmarkt und Migration – eine empirische Analyse der Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung für Deutschland“ wurde in der Kategorie „Diplom- / Magisterarbeiten“ von der Jury als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2007 ausgezeichnet; das damit verbundene Preisgeld beträgt 2 500 Euro.

Die Preisträger werden über ihre Arbeiten in der Schriftreihe des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ in Kürze ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2008 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 01. Januar 2006 und dem 31. März 2008 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der

einreichenden Institutionen. Eine vorherige (Teil-) Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Magister-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen. Alle Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2008 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter

Tel.: +49 611 75 2603

E-Mail: institut@destatis.de,

Internet: im Wissenschafts-

forum unter www.destatis.de

Klaus Evers
**Gastvorlesungen über
 die amtliche Statistik
 in Tbilissi**

*Der Verfasser dieses Berichtes war bis zum Jahr 2002 Referatsleiter für Statistiken der Wirtschaftsbe-
 reiche im Statistischen Landesamt
 Berlin und hat in dieser Funktion
 von 1998 bis 2002 an mehreren
 Projekten zur Bau- und Investitions-
 statistik im Rahmen von TACIS-Pro-
 grammen¹ der Europäischen Union
 für Länder Zentralasiens und des
 Kaukasus teilgenommen.*

Die Verbindung mit ehema-
 ligen Kollegen aus Georgien ist
 bis heute nicht abgerissen. Nach
 dem Regierungswechsel im Jahr
 2003 wurde das bis dahin direkt
 dem Präsidenten zugeordnete
 State Department for Statistics in
 eine Abteilung (Department) des
 Ministeriums für Wirtschaftliche
 Entwicklung umgewandelt. Mit
 einer deutlichen Personalredu-
 zierung ging eine starke Fluk-
 tuation in der Führungsebene
 einher. Auch das dem Statistikamt
 zugeordnete Forschungsinstitut
 für Statistik wurde aufgelöst. Sein
 Direktor, Professor Gelaschwili,
 wechselte an die größte Univer-
 sität des Landes, an die Ivane Ja-
 vakhishvili Tbilisi State University.
 Professor Kbiladse, zuvor Stellver-
 tretender Leiter des Department

for Statistics, wechselte an die Tbi-
 lisi State University for Economic
 Relations. Beide haben durch
 gemeinsame Forschungsprojekte
 auch Verbindung zum Lehrstuhl
 für Statistik und Ökonometrie
 – Leiter: Professor Strohe – an der
 Universität Potsdam.

Auf Anregung Professor
 Kbiladses wurde beim Deutschen
 Akademischen Austauschdienst
 e. V. ein Antrag auf Gastvor-
 lesungen gestellt. An beiden
 Universitäten konnten daraufhin
 im Oktober und November 2007
 Gastvorlesungen zum Thema
 „Official Statistics of the Europe-
 an Union and Germany: Trends
 and Innovations in the Age of
 Globalization“ bzw. „Globalization
 and Modern European Statistics“
 gehalten werden.

Die Vorlesungen wurden
 jeweils von rund 40 Studenten
 und einigen Mitgliedern des
 Lehrkörpers besucht. Das große
 Interesse zeigte sich an vielen Fra-
 gen und lebhaften Diskussionen
 und ist sicherlich auch mit dem
 intensiven Streben Georgiens
 nach einer Annäherung an die
 Europäische Union zu erklären.
 Gute Englischkenntnisse sind
 unter den Studenten und Jugend-
 lichen weitverbreitet, so dass die
 Verständigung keine Probleme
 bereitete.

Vor der Hintergrund der aktu-
 ellen Diskussion in Deutschland
 über die Rolle der Statistik an
 den Universitäten, insbesondere
 nach der Einleitung des Bologna-
 Prozesses, ist von Interesse, dass
 die Erfahrungen in Tbilissi auch
 zeigen, dass bei Studenten der
 beiden Fakultäten (Faculty for
 Economics and Business bzw.
 Faculty for Business and Manage-
 ment) nicht nur ein erhebliches
 Interesse an Studienaufenthalten
 in Deutschland besteht, sondern
 auch an der amtlichen Statistik
 selbst und an Praktika in Statisti-
 schen Ämtern in Deutschland.

¹ Das TACIS- (Technical Aid to the
 Commonwealth of Independent
 States) Programm der Europäischen
 Union fördert den Prozess des
 Überganges zur Marktwirtschaft
 und Demokratisierung in den Nach-
 folgestaaten der Sowjetunion
 (außer den baltischen Staaten, aber
 einschließlich der Mongolei).

**Ausstellung über den
Dichter Lessing und den
Statistiker und Universal-
wissenschaftler Süßmilch
in Kamenz**

Gotthold Ephraim Lessing (1729 bis 1780) wurde in Kamenz geboren. Das dortige Lessing-Museum führt seit 1962 die Reihe Kamenzer Lessingtage durch (22. 1. bis 15. 2. 2008), die zu den kulturellen Höhepunkten der Region gehören. Am 22. Januar 2008 (Lessings 279. Geburtstag) wird dort in dieser Reihe eine Ausstellung „Mit Ordnung zur Vernunft“ über den Dichter aus Sachsen und den Berliner Universalwissenschaftler und Statistiker Johann Peter Süßmilch (1707 bis 1767) eröffnet. Die Ausstellung entstand im Rahmen einer Zusammenarbeit von Prof. Dr. Eckart Elsner mit dem Lessing-Museum in Kamenz und dem dortigen Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen. Elsner, ehemaliger Direktor des Statistischen Landesamtes Berlin, lehrte als Professor für Statistik im Studiengang „Stadt- und Regionalplanung“ an der TU Berlin. Er hat u. a. drei Gedenktafeln für Süßmilch initiiert (in Berlin-Zehlendorf, Berlin-Mitte und in Etzin/Havelland) sowie die Benennung zweier Straßen nach Süßmilch erreicht.

Süßmilch war vom Geist der Aufklärung durchdrungen und hat neben anderem das erste Statistikbuch in deutscher Sprache publiziert. Mit diesem Buch versuchte Süßmilch seinen Landsleuten das Wirken Gottes – „Die göttliche Ordnung“ (Titel seines Buches) – durch Nutzung statistischer Methoden rational vor Augen zu führen. Die erste Ausgabe erschien 1741, als Lessing gerade erst zwölf Jahre alt war.

1748 kam Lessing nach Berlin, wo der Theologe Süßmilch im „Galgenhaus“ (heute Museum Galgenhaus) wohnte und als Propst von Berlin-Cölln schon Vorgesetzter vieler Pfarrer war. Hier lernten sich die beiden Aufklärer kennen. Der deutlich ältere Süßmilch hatte Lessings Genie außergewöhnlich früh erkannt und ihn kurz vor dessen Wegzug nach Breslau auch noch in die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften gebracht (Klasse „Bels Lettres“). Süßmilch, der Medizin und dann Theologie studiert hatte, schätzte den Pfarrerssohn aus Kamenz sehr, der sein – zunächst unterbrochenes – Studium in genau umgekehrter Reihenfolge absolvierte.

Süßmilchs Werke wurden in Lessings Zeitschrift „Briefe die neueste Literatur betreffend“ überaus positiv rezensiert. Der Propst führte ferner Studien über den Ursprung der Sprache durch und erwarb sich Verdienste auch auf weiteren Gebieten; so hat er beispielsweise daran mitgewirkt, Schule und Universität zu reformieren und dafür gesorgt, dass in Berlin die erste Hebammenschule eingerichtet wurde.

Wer mehr wissen will, sollte die Sonderausstellung des Lessing-Museums in Kamenz besuchen, die bis 31. März 2008 im Foyer des Statistischen Landesamtes Sachsen zu sehen ist. Der Eintritt ist frei.

Lessing-Museum Kamenz
Lessingplatz 1-3
01917 Kamenz
Tel. +49 3578 38050
E-Mail:
kontakt@lessingmuseum.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Tel.: +49 3578 33 1913
Fax: +49 3578 33 1921
E-Mail: info@statistik.sachsen.de

Methodische und gesetzliche Änderungen in der amtlichen Statistik

Einführung der neuen Wirtschaftszweigklassifikation 2008

Zurzeit findet eine umfassende Revision verschiedener Klassifikationen auf internationaler und europäischer Ebene statt. Betroffen sind unter anderem

- die International Standard Industrial Classification (ISIC),
- die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE).

Über die Hintergründe, die Verfahrensweise und die sich abzeichnenden Änderungen und ersten Ergebnisse bei dieser Revision hat das Statistische Bundesamt in Aufsätzen in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ berichtet. Inzwischen liegen als Konsequenz aus der Revision der internationalen und europäischen Klassifikationen auch die endgültige Gliederung der nationalen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), sowie der Umsteigeschlüssel von der WZ 2003 vor.

Im Februar 2008 werden die im Unternehmensregister System 95 geführten Einheiten von der Wirtschaftszweigklassifikation 2003 in die neue, revidierte Fassung WZ 2008 auf der Grundlage der NACE rev.2 umgeschlüsselt.

Die Zuordnung von Unternehmen zu Wirtschaftszweigen ist Grundlage zahlreicher Wirtschaftsdaten und ermöglicht Vergleiche auf europäischer sowie internationaler Ebene.

Die vorliegende Gliederung der WZ 2008 wurde unter intensiver Beteiligung von Datennutzern und -produzenten in Verwaltung, Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft geschaffen. Sie berücksichtigt die Vorgaben der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige

in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2), die mit der Verordnung (EG) Nr. 1893/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 (ABl. EG Nr. L 393 S. 1) veröffentlicht wurde. Die Zustimmung der Europäischen Kommission gemäß Artikel 4 Absatz 3 der o. g. Verordnung liegt vor.

Die Anwendung der WZ 2008 für statistische Zwecke ergibt sich aus Artikel 8 der o. g. Verordnung. Danach sind Statistiken, die sich vom 1. Januar 2008 an auf durchgeführte Wirtschaftstätigkeiten beziehen (Berichtsperiode), auf der Grundlage der NACE Rev. 2 (in Deutschland auf der Grundlage der WZ 2008) zu erstellen. Abweichend hiervon sind Konjunkturstatistiken gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 und der Arbeitskostenindex gemäß der Verordnung (EG) Nr. 450/2003 erst ab dem 1. Januar 2009 auf Basis der NACE Rev. 2 (in Deutschland auf Basis der WZ 2008) zu erstellen.

Die aktuelle Revision der Wirtschaftszweigklassifikation ist sehr umfassend. Untergliederte die WZ 2003 die Verschlüsselung der Tätigkeit von Wirtschaftseinheiten auf der obersten Ebene in 17 Abschnitte, erweitert sich die Systematik ab Januar 2008 um weitere 4 Abschnitte.

Formaler Aufbau und Unterschiede der WZ 2003 mit der WZ 2008

Gliederungsebene	WZ 2003	WZ 2008
	Anzahl	
Abschnitte.....	17	21
Abteilungen.....	60	88
Gruppen.....	222	272
Klassen.....	513	615
Unterklassen.....	1 041	839

Dabei bleiben nur 4 Schlüssel der neuen Klassifikation gegenüber der vorherigen unverändert, das bedeutet, von der Umstellung der Wirtschaftszweigklassifikation unberührt bleiben 0,7 Prozent aller Wirtschaftseinheiten in der Region Berlin-Brandenburg.

Knapp 62 Prozent aller Wirtschaftseinheiten in Berlin-Brandenburg kann ein neuer Schlüssel eindeutig zugeordnet werden. Für alle anderen Wirtschaftseinheiten, die in den Registern Berlins und Brandenburgs geführt werden, muss der neue Schlüssel aus mehreren Alternativen der WZ 2008 ausgewählt werden. Für gut 30 Prozent aller Wirtschaftseinheiten in Berlin-Brandenburg muss der zutreffende WZ-Schlüssel aus zwei oder drei alternativen Schlüsseln ausgewählt werden. Bei mehr als 7 Prozent der Wirtschaftseinheiten gliedert sich der neue WZ-Schlüssel in 4 bis zu 14 alternative Positionen.

Die erforderlichen Nachprüfungen müssen u. a. durch Registerbefragungen bei den Unternehmen geklärt werden.

Dr. Thomas Heymann
Tel.: +49 30 9021 3550; E-Mail:
thomas.heyman@statistik-bbb.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik dient der Klassifizierung der Waren für die Statistik des Warenverkehrs mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Intrahandel) und mit Drittländern (Extrahandel).

... Zum 1. Januar 2008 hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften – Wünschen aus Wirtschaft und Verwaltung entsprechend – eine Reihe von Änderungen beschlossen. Sie führten zu der jetzt vorliegenden Neufassung des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2008, die am 1. Januar 2008 in Kraft tritt und die Ausgabe 2007 ablöst.

Nach den umfangreichen Änderungen im Jahr 2007, die durch die Anpassung der Kom-

binierten Nomenklatur an das revidierte Harmonisierte System (HS 2007) erforderlich waren, fiel die Überarbeitung der Nomenklatur in diesem Jahr wesentlich moderater aus. Hauptsächlich wurde die Tiefengliederung für Erzeugnisse der Land- und der Ernährungswirtschaft in den Kapiteln 1 bis 24 reduziert. Das betrifft insbesondere Warennummern mit untergeordneter Bedeutung für die Handelspolitik der Europäischen Union. Im Gegenzug wurden Warennummern – neuen Technologien und umweltpolitischen Interessen Rechnung tragend – an anderen Stellen tiefer gegliedert. Insgesamt verlieren 96 Warennummern ihre Gültigkeit. 75 Warennummern sind neu geschaffen worden. Über die Änderungen im Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik wird detailliert im Internet (www.destatis.de) informiert.

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2008 (Umfang: etwa 800 Seiten, ISBN: 978-3-8246-0805-8, Bestellnummer: 32003000-08700-1) ist zum Preis von 34,- EUR über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) oder den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (SFG Servicecenter Fachverlage; Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Tel. +49 7071 93-5350, Telefax 0+49 7071 93-5335; E-Mail destatis@s-f-g.com) erhältlich. Telefon: 49 (0) 611 75 26 03 E-Mail: institut@destatis.de, Internet: im Wissenschaftsforum unter www.destatis.de

Quelle: ©

Statistisches Bundesamt,
Informationen aus der amtlichen
Statistik Heft 4/2007

Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 62, ausgegeben zu Bonn am 12. Dezember 2007

Das Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) vom 8. Dezember 2007 wurde am 12. Dezember 2007 im BGBl. I S. 2808 verkündet und trat am 13. 12. 2007 in Kraft.

National sind die Vorbereitungen für Deutschlands erste Volkszählung seit der deutschen Vereinigung und damit der Teilnahme an der Zensusrunde der Europäischen Union im Jahr 2011 bereits in vollem Gange. Erstmals wird dabei in Deutschland keine traditionelle Volkszählung, sondern eine Kombination aus registergestütztem Verfahren, Stichprobenerhebung und postalischer Gebäude- und Wohnungszählung angewendet werden. Das Zensusvorbereitungsgesetz 2011 wird die Grundlage sein für erste Datenlieferungen der Landesvermessungsverwaltungen, der Meldebehörden sowie der Bundesagentur für Arbeit, mit denen ab 1. April 2008 beim Statistischen

Bundesamt ein Anschriften- und Gebäuderegister zur Organisation des Zensus aufgebaut werden soll. Das eigentliche Gesetz zur Anordnung des registergestützten Zensus wird für Ende 2008 angestrebt.

Quelle: ©

Statistisches Bundesamt,
Informationen aus der amtlichen
Statistik Heft 4/2007

Zensusvorbereitungsgesetz in Kraft getreten

Am 13. Dezember 2007 wurde das so genannte Zensusvorbereitungsgesetz im Bundesgesetzblatt¹ veröffentlicht.

Die Europäische Union plant für das Jahr 2011 einen gemeinschaftsweiten Zensus. Anfang 2008 wird eine entsprechende Verordnung der EU in Kraft treten, die die Mitgliedsstaaten zur Teilnahme und zur Lieferung eines umfangreichen Datenkranzes verpflichtet. Bereits im August 2006 hatte sich die Bundesregierung für die Teilnahme an einem EU-weiten Zensus ausgesprochen, nachdem in den Jahren zuvor von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder ein Konzept zur Durchführung eines registergestützten Zensus entwickelt worden war, dessen Verfahren und Ergebnisqualität mit einem Zensus test überprüft wurden.

Bei einem statistischen Großprojekt wie einem Zensus ist für die umfangreichen inhaltlichen und organisatorischen Arbeiten ein entsprechender zeitlicher Vorlauf notwendig. Dies umso mehr, wenn wie diesmal ein Methodenwechsel von einer reinen Primärstatistik zu einem kombinierten Verfahren aus Verwaltungsregisterauswertungen, postalischer Befragung der Haus- und Wohnungseigentümer und Haushaltsstichproben erfolgt. In diesen Prozess der Vorbereitungen müssen rechtzeitig diverse Stellen auf Bundes-,

Landes- und Kommunalebene eingebunden werden. Im Jahr 2008 ist mit Arbeiten zu beginnen, die einer bundesweiten rechtlichen Grundlage bedürfen. Das für den Zensus erforderliche Gesetzgebungsverfahren ist deshalb in zwei Abschnitte, die Vorbereitung und die Durchführung, geteilt worden.

Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz wurden die rechtlichen Grundlagen für die Vorbereitungsphase, insbesondere für die im Jahr 2008 beginnenden Datenlieferungen zum Aufbau eines umfassenden Anschriften- und Gebäuderegisters, geschaffen. Über dieses Register werden später alle für die Datenermittlung notwendigen Arbeiten gesteuert. Die Qualität dieses Registers beeinflusst folglich maßgeblich die Qualität der späteren Zensusergebnisse.

Für die Ermittlung relevanter Anschriften und Gebäude über die Melde- und Vermessungsbehörden, sowie die Bundesagentur für Arbeit und zur Feststellung der Gebäude- und Wohnungseigentümer bei den Grundsteuerstellen, den Grundbuchämtern, den Finanzbehörden und den Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben werden im Zensusvorbereitungsgesetz die Modalitäten für Datenlieferungen im Zeitraum von April 2008 bis Ende 2010 und deren Weiterverarbeitung im Zusammenspiel der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder beim Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters geregelt.

In einem weiteren für die Durchführung des Zensus ab dem Jahr 2011 notwendigen Gesetz (Zensusanordnungsgesetz) werden im Laufe des Jahres die weiteren Bestimmungen zur konkreten Durchführung festgelegt, so die im Jahr 2011 anzuwendenden Erhebungsverfahren, die zu erhebenden Merkmale und beispielsweise auch die Regelungen zur Einhaltung des Datenschutzes. Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist für Ende 2008 geplant.

Weitere Informationen zum Zensus 2011 finden Sie im Internet auf der Seite www.zensus2011.de.

Joachim Fuchs
Tel.: +49 30 2091 3762; E-Mail:
grosszaehlungen@statistik-bbb.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

¹ Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz 2011 – ZensVorbG 2011) Bundesgesetzblatt Jahrgang 2007 Teil I Nr. 62, vom 12. Dezember 2007; Seiten 2808-2811

**eSTATISTIK.core:
Meldung per Knopfdruck
jetzt auch bei Dienst-
leistungsstatistiken möglich**

Seit November 2007 gibt es das neue Online-Meldeverfahren der amtlichen Statistik, „eSTATISTIK.core“, auch für die etwa 150 000 meldepflichtigen Unternehmen und Freiberufler der jährlichen Strukturhebung und die etwa 4 000 Meldepflichtigen der vierteljährlichen Konjunkturerhebung im Dienstleistungsbereich.

Mit dem neuen Verfahren sollen Unternehmen spürbar entlastet werden, da hier von der amtlichen Statistik geforderte Daten automatisiert – quasi per Knopfdruck – aus dem Rechnungswesen der Unternehmen gewonnen und dann via Internet in verschlüsselter Form an eine zentrale Dateneingangsstelle der Statistischen Ämter gesendet werden. Diese prüft die Datenpakete und verteilt sie automatisch zur Weiterverarbeitung an das jeweils zuständige Statistische Amt. Voraussetzung ist, dass die erfragten Daten im Unternehmen elektronisch vorhanden sind und ein Statistikmodul in die Unternehmenssoftware integriert ist, welches die Zusammenstellung und Lieferung der Datenpakete übernimmt. Durch Rückfrage bei dem jeweiligen Softwarehersteller kann in Erfahrung gebracht

werden, ob die im Unternehmen eingesetzte Software eSTATISTIK.core bereits unterstützt.

...

eSTATISTIK.core wurde von den Statistikämtern in Deutschland mit Partnern aus der Wirtschaft entwickelt, um die Belastung von Unternehmen durch Bürokratie zu reduzieren. Das Verfahren wird zusätzlich zu den herkömmlichen Meldewegen Papier-Fragebogen und Online-Fragebogen (IDEV) angeboten. Die automatisierte Datengewinnung und -übermittlung spart Bearbeitungszeit und damit Kosten für die Unternehmen. Auf manuelle Eingaben kann komplett verzichtet werden, so dass Abschreibebefehle ausgeschlossen werden können. Dies wiederum verbessert die Datenqualität und damit auch die Häufigkeit von Rückfragen bei Unternehmen. Letzteres trägt zur beschleunigten Weiterverarbeitung der Daten bei, so dass nicht nur die Datenqualität, sondern auch die Schnelligkeit der Datengewinnung steigt.

Unternehmen, die das neue Meldeverfahren einsetzen wollen, können ihre Softwarehäuser auf die neuen Möglichkeiten aufmerksam machen, sofern diese noch kein entsprechendes Modul anbieten. Unter <http://www.statspez.de/core/download.html> finden Softwarehersteller und

-entwickler die Softwarebibliothek CORE.connect mit allen Informationen, die sie benötigen, um das Modul zu erstellen.

Hat der jeweilige Softwareanbieter noch kein entsprechendes Statistikmodul im Programm, ist die PC-Anwendung CORE.reporter häufig eine mögliche Lösung, um Statistikdaten zumindest teilautomatisiert aus dem betrieblichen Rechnungswesen zu gewinnen. Hiermit können Statistikdaten – zum Beispiel aus einer vordefinierten Excel-Datei – eingelesen, in einem Online-Fragebogen angezeigt und via Internet an die Statistikämter versandt werden. Der CORE.reporter eignet sich insbesondere auch für Unternehmen, die keine ERP-Software einsetzen und Daten in nur geringem Umfang liefern müssen. Die Software und die Anleitung für den CORE.reporter sind kostenfrei unter: <http://www.statspez.de/core/downloads/tools/index.html> abrufbar.

Weitere Informationen zu eSTATISTIK.core sind im Internet unter <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/datenOnline.asp> zu finden.

Brigitta Redling, Tel.: +49 611 75 8583;
E-Mail: brigitta.redling@destatis.de
(www.destatis.de) informiert.

Quelle: ©

Statistisches Bundesamt, Methoden ...
Verfahren ... Entwicklungen 2/2007

**Umstellung
des Verbraucherpreisindex
auf ein neues Basisjahr**

Ab dem Berichtsmonat Januar 2008 wird der Verbraucherpreisindex von der bisherigen Basis 2000 auf das Basisjahr 2005 umgestellt. Damit verbunden ist eine Neuberechnung der Ergebnisse ab Januar 2005. Aus diesem Grund werden nicht – wie gewohnt – Ende Januar 2008 die monatlichen Ergebnisse zur Entwicklung der Verbraucherpreise in Brandenburg und Berlin veröffentlicht. Wegen der erforderlichen Arbeiten zur Umstellung und Analyse der neu berechneten Ergebnisse wird der Verbraucherpreisindex für Januar erst gemeinsam mit

den Ergebnissen für Februar 2008 voraussichtlich am 29. Februar 2008 bekannt gegeben.

Der Verbraucherpreisindex der amtlichen Statistik wird alle fünf Jahre auf ein neues Basisjahr umgestellt. Im Dezember 2007 wurde die Indexberechnung letztmalig auf der alten Basis 2000 \pm 100 durchgeführt. Im Mittelpunkt der Umstellung des Verbraucherpreisindex steht die Aktualisierung des Wägungsschemas für die in die Indexberechnung einbezogenen Waren und Dienstleistungen. Das neue Wägungsschema auf Basis 2005 wird sich auf die Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte aus dem Jahr 2005 beziehen.

Elke Zimmer
Tel.: +49 335 560 2110;
E-Mail: elke.zimmer@statistik-bbb.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Veröffentlichungen

┌ Berlin, Dezember 2007 und Januar 2008

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Berlin 2006 j 06 A II 1 4,00 EUR	Baugenehmigungen in Berlin November 2007 m 11/07 F II 1 6,00 EUR	Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege in Berlin 15. März 2007 j 07 KV 7 6,00 EUR
Wanderungen Berlin 2. Vierteljahr 2007 vj 02/07 A III 1 7,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin November 2007 m 11/07 G I 1/G IV 3 7,00 EUR	Verbraucherpreisindex für Berlin Dezember 2007 m 12/07 M I 2 7,00 EUR
Studienanfänger an Hochschulen im Land Berlin Sommersemester 2007 B III 1 7,00 EUR	Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin Oktober 2007 m 11/07 G IV 1/G IV 2 6,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke in Berlin November 2007 vj 11/07 M I 4 6,00 EUR
Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) November 2007 m 11/07 E I 1 7,00 EUR	Ausfuhr Berlins – Endgültige Ergebnisse – Jahr 2006 j 06 G III 1 7,00 EUR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Bruttoanlageinvestitionen im Land Berlin nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2005 j 05 P I 4 7,00 EUR
Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangindex Oktober 2007 m 10/07 E I 3 6,00 EUR	Einfuhr Berlins Jahr 2006 – Endgültige Ergebnisse – Jahr 2006 j 06 G III 3 7,00 EUR	Klimawirksame Stoffe im Land Berlin 2006 j 06 Q IV 1 6,00 EUR
Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) Investitionen der Betriebe 2003 bis 2006 j 06 E I 6 7,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle in Berlin Endgültiges Ergebnis Oktober 2007 m 10/07 H I 1 7,00 EUR	
Baugewerbe in Berlin Oktober 2007 m 10/07 E II 1/E III 1 7,00 EUR	Binnenschifffahrt im Land Berlin November 2007 m 11/07 H II 1 6,00 EUR	
Baugewerbe in Berlin, Ergebnisse der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe und der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe Juni 2007 j 07 E II 2/E III 2 7,00 EUR	Statistisches Jahrbuch Berlin 2007 j 07 J 30,00 EUR Buch und CD-Rom J 45,00 EUR CD-Rom J 30,00 EUR	
Energie- und CO ₂ Bilanz im Land Berlin 2004 j 04 E IV 4 7,00 EUR	Jugendhilfe im Land Berlin Institutionelle Beratung, Betreuung einzelner junger Menschen, sozialpädagogische Familienhilfe 2006 j 06 KV 2 7,00 EUR	

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Dezember 2007 und Januar 2008

Ergebnisse des Mikrozensus Bevölkerung und Erwerbsleben 2006 4-j 06 A IV 2 10,00 EUR	Gewerbeanzeigen Oktober 2007 m 10/07 D I 2 7,00 EUR	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis November 2007 m 11/07 G III 1 7,00 EUR	Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentl. geförderter Kindertagespflege 15. März 2007 j 07 KV 7 6,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Vorläufiges Ergebnis (Stand: Juni 2007) 30.12.2006 vj 4/06 A IV 5 10,00 EUR	Insolvenzen 01. 01. bis 30. 09. 2007 vj 3/07 D III 1 7,00 EUR	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr November 2007 m 11/07 G IV 1 7,00 EUR	Verbraucherpreisindex Dezember 2007 m 12/07 M I 2 7,00 EUR
Arbeitsmarkt Dezember 2007 m 12/07 A VI 7 6,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden November 2007 m 11/07 E I 1 7,00 EUR	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis November 2007 m 11/07 G IV 3 6,00 EUR	Preisindizes für Bauwerke November 2007 m 11/07 M I 4 6,00 EUR
Ergebnisse des Mikrozensus Bildungsstand, Schulbesuch 2006 j 06 A VI 8 7,00 EUR	Auftragseingangindex November 2007 m 11/07 E I 3 6,00 EUR	Straßenverkehrsunfälle, Endgültiges Ergebnis November 2007 m 11/07 H I 1 7,00 EUR	Volkswirtschaftliche Gesamt- rechnungen Bruttoanlageinvesti- tionen nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2005 j 05 P I 4 7,00 EUR
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden Vorläufiges Ergebnis (Stand: Dezember 2006) 30.06.2006 j 06 A VI 14 10,00 EUR	Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) November 2007 m 11/07 E II 1 7,00 EUR	Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 3. Quartal 2007 vj 3/07 H I 4 6,00 EUR	Klimawirksame Stoffe 2006 j 06 Q IV 1 6,00 EUR
Studierende an Hochschulen Vorläufiges Ergebnis Wintersemester 2007/2008 j 07 B III 1/2 6,00 EUR	Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau Ergänzungserhebung 2007 j 07 E II 2 7,00 EUR	Binnenschifffahrt November 2007 m 11/07 H II 1 7,00 EUR	
Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren Endgültiges Ergebnis 2007 j 07 C II 2 6,00 EUR	Bauinstallation und Sonstiges Ausbaugewerbe 3. Quartal 2007 vj 3/07 E III 1 6,00 EUR		
Ernteberichterstattung über Obst im Marktobstbau Endgültiges Ergebnis 2007 j 07 C II 3 6,00 EUR	Jährliche Erhebung 2007 j 07 E III 2 6,00 EUR		
Schlachtungen, Fleischerzeugung November 2007 m 11/07 C III 2 6,00 EUR	Baugenehmigungen November 2007 m 11/07 F II 1 6,00 EUR		
	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis November 2007 m 11/07 G I 1 6,00 EUR		

Die Veröffentlichungen sind auch als
CD-ROM erhältlich.
Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

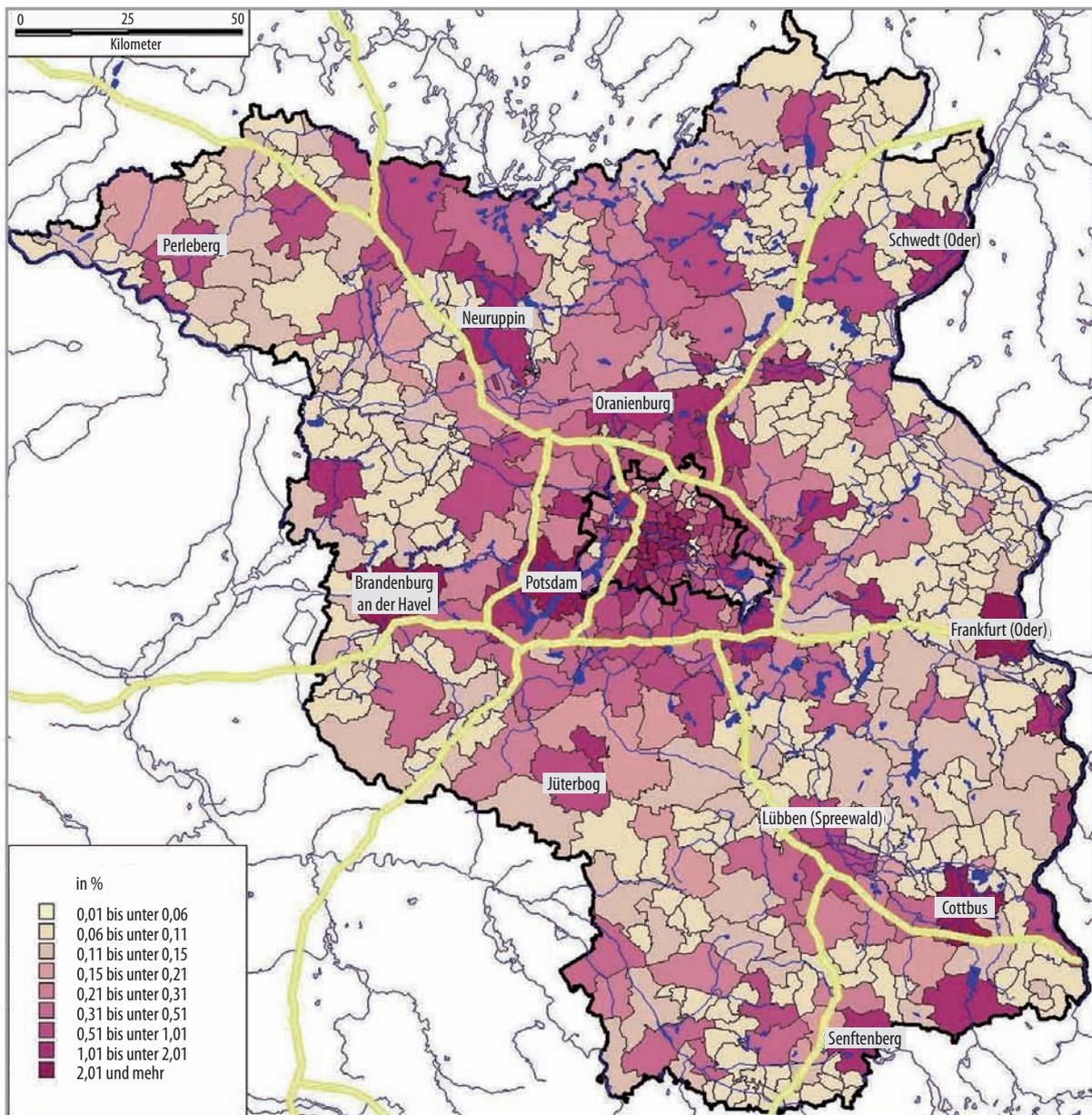
Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418

- ▣ Unternehmensregister-System 95
 (Stand 31. 12. 2006)
 Aktive Betriebe 2006
 mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004
 in den Gemeinden von Brandenburg
 und den Ortsteilen von Berlin
 Anteil der Betriebe der Region insgesamt



Insolvenzen
in der Region Berlin-Brandenburg 2006

